## Rheinland Dfalz

Rheinland-Pfalz Ministerium des Innern und für Sport



Verfassungsschutzbericht 1984

#### Mainz, Juli 1985

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz IBM-Disketten-Satz und Druck: Druckbetrieb Lindner, Mainz

### Verfassungsschutzbericht 1984



#### Vorwort

Der freiheitliche demokratische Rechtsstaat, in dessen Mittelpunkt Menschenwürde und Freiheit des Bürgers stehen, muß sich gegen seine Feinde schützen und wehren können. Denn wer Demokratie und Rechtsstaat bedroht, bedroht auch unmittelbar den Bürger in seinen unveräußerlichen Menschenrechten. Die Konzeption des Grundgesetzes zum Schutz der Demokratie entstand aus den historischen Erfahrungen mit der Weimarer Republik, die in der Diktatur des Dritten Reiches endete. Von Einfluß waren auch die Entwicklungen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Die streitbare Demokratie, die die wertindifferente Toleranz durch eine wertgebundene ersetzt und bestimmte Prinzipien des demokratischen Staatswesens nicht mehr zur Disposition stellt, ist eine entschlossene Antwort auf alle Formen totalitärer Ideologien, gleichviel, ob von rechts oder von links. Sie berührt eine Grundfrage der Selbsterhaltung der freiheitlichen Demokratie. Der demokratische Staat hat gegen seine erklärten politischen Feinde das Recht und die Pflicht zur Selbstverteidigung. Die wehrhafte Demokratie soll vor allem die "legale" Machtergreifung durch extremistische Parteien verhindern, die ein System errichten wollen, das die Grundfreiheiten des Bürgers ausschaltet. Insbesondere dem jungen Bürger, der den totalitären Staat nicht erlebt hat, muß die Notwendigkeit der Verteidigung der Demokratie in der Schule, in den Medien und in der Gesellschaft immer wieder verdeutlicht werden.

Zu den Instrumenten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland ihre verfassungsmäßige Ordnung vor Angriffen schützt, gehört der im Grundgesetz verankerte Verfassungsschutz. Das Sammeln und Auswerten von Nachrichten über extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen durch den Verfassungsschutz sind eine wesentliche Voraussetzung für die Bekämpfung der Feinde der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes stellen aber auch einen unerläßlichen Bestandteil der geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Extremismus dar.

Dem jährlichen Bericht über die Entwicklung verfassungsfeindlicher Kräfte, Gruppen und Parteien fällt gerade in der geistig-politischen Auseinandersetzung mit den Gegnern unseres freiheitlichen Rechtsstaates eine entscheidende Aufgabe zu. Er wendet sich daher vorwiegend an den Bürger und gibt ihm einen Überblick über die Gefahren, die von extremistischen und sicherheitsgefährdenden Bestrebungen ausgehen. Weiter soll er dessen kritisches Bewußtsein und Wachsamkeit stärken, vor allem in einer Zeit, in der die Anhänger totalitärer Systeme verstärkt dazu übergehen, ihre wahren Ziele zu verschleiern. Auch soll er die Bereitschaft des Bürgers fördern, sich zu den grundlegenden Prinzipien der Verfassung zu bekennen und für sie nachdrücklich einzutreten. Ohne die fortwährende aktive Zustimmung und die Mitverantwortung der Bürger verliert die freiheitliche demokratische Grundordnung ihre Geltung und Lebenskraft.

Der Verfassungsschutz trägt mit dazu bei, die Freiheit des einzelnen zu schützen und zu bewahren. Die Verwirklichung der Grundrechte erfordert die Stabilität der demokratischen Ordnung. Diese bildet das Fundament für die freie Entfaltung des Bürgers. Freiheit ist nur in Sicherheit möglich. Hierbei darf das natürliche Spannungsverhältnis zwischen der Freiheit des Bürgers und dem Schutz des Gemeinwesens nicht aufgehoben werden. Der Verfassungsschutz erledigt seine schwierige Arbeit mit rechtsstaatlicher Sorgfalt und achtet insbesondere die gewachsene Sensibilität der Bürger für den Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts; er verdient unser Vertrauen.

(Kurt Böckmann) Staatsminister



	Seite
A. Linksextremismus	9
B. Rechtsextremismus	55
C. Ausländerextremismus	89
D. Spionageabwehr	99
E. Personeller und materieller Geheimschutz sowie personeller Sabotageschutz	105
F. Verfassungstreue im öffentlichen Dienst	107

#### Inhaltsverzeichnis

A. Lin	nksextremismus	Seite
1.	Orthodoxer Kommunismus	9
1.1	Allgemeines	9
1.2	"Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)	9
1.2.1	Ideologisch-politischer Standort	9
1.2.2	Organisatorischer Aufbau	13
1.2.3	Bündnispolitik und Betriebsarbeit	13
1.2.4	Parteitag vom 6. bis 8. Januar 1984 in Nürnberg	19
1.2.5	Kampagne gegen "Berufsverbote"	20
1.2.6	Beteiligung an Wahlen	20
1.3	Nebenorganisationen der DKP	23
1.3.1	"Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation" (JP)	23
1.3.2	"Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)	24
1.3.3	"Marxistischer Studentenbund Spartakus" (MSB Spartakus)	29
1.4	DKP-beeinflußte Organisationen	30
1.4.1	Allgemeines	30
1.4.2	"Deutsche Friedens-Union" (DFU)	30
1.4.3	"Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes - Bund der	
	Antifaschisten" (VVN-BdA)	33
1.4.4	"Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte	
	Kriegsdienstgegner" (DFG-VK)	34
1.4.5	"Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KFAZ)	37
2.	"Neue Linke"	37
2.1	Allgemeines	37
2.2	Situation in Rheinland-Pfalz	38
3.	Linksextremistischer Terrorismus	41
3.1	Allgemeines	41
3.2	"Rote Armee Fraktion" (RAF)	41
3.3	RAF-Umfeld	47
3.4	"Revolutionäre Zellen" (RZ)	47
3.5	Sonstiges terroristisches Umfeld	48
4.	Linksextremistischer Einfluß auf die "Friedensbewegung"	48
4.1	Allgemeines	48
4.2	Aktionen in Rheinland-Pfalz	51
D D.	ah taay taay isaa ga	55
	chtsextremismus	55
1.	Nationaldemokratische Organisationen	55
1.1	"Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)	55
1.1.1	Ideologisch-politischer Standort	55
1.1.2	Organisatorischer Aufbau und Aktivitäten	61

1.2	"Junge Nationaldemokraten" (JN)	67
2.	"National-freiheitliche" Organisationen	67
2.1	Ideologisch-politischer Standort	67
2.2	Organisatorischer Aufbau und Aktivitäten	68
3.	Neonazistische Organisationen	71
3.1	Allgemeines	71
3.2	Ehemalige Mitglieder der verbotenen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA)	71
3.3	"Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG)	79
3.4	Neonazikreis um Curt MÜLLER	79
3.5	"Nationale Volksfront" (NVF)	80
3.6	Ernst TAG	80
3.7	Antisemitische Aktivitäten	86
4.	Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen	86
4.1	"Soziale Vaterländische Partei" (SVP)	86
4.2	"Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG)	87
4.3	"Stahlhelm e.V. Kampfbund für Europa Landesverband-Pfalz"	87
4.4	"Initiative deutscher Interessen e. V." (I.d.I.)	88
4.5	Arbeitskreis Sickingen	88
5.	Rechtsextremistische Einflußnahme auf "Skinheads", Fußballfans u.a.	88
C. A	usländerextremismus	89
1.	Allgemeines	89
2.	Türken	89
2.1	Allgemeines	89
2.2	Linksextremisten	90
2.3	Rechtsextremisten	90
3.	Kurden	93
4.	Iraner	94
5.	Jugoslawen	94
D. Sp	pionageabwehr	99
1.	Allgemeines	99
2.	Werbung von Agenten	99
3.	Auftragsschwerpunkte	101
4.	Führung von Agenten	101
5.	Einzelfälle	102
3.	LINZCHARC	102

	ersoneller und materieller Geheimschutz sowie ersoneller Sabotageschutz	105
F. V	erfassungstreue im öffentlichen Dienst	107
1.	Verfassungstreue der Bewerber für den öffentlichen Dienst	107
2.	Mitwirkung des Verfassungsschutzes bei der Einstellung von	
	Bewerbern für den öffentlichen Dienst	109
3.	Verfassungstreue der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst	109
G. A	nhang	113
Rechtliche Grundlagen		115
Abk	ürzungsverzeichnis	123

#### A. Linksextremismus

#### 1. Orthodoxer Kommunismus

#### 1.1 Allgemeines

Die moskauorientierten Kommunisten blieben auch im Jahre 1984 in der Bundesrepublik Deutschland die bei weitem stärkste Kraft im linksextremistischen Spektrum. Sie sind überwiegend in der am 26. September 1968 anstelle der im Jahre 1956 vom Bundesverfassungsgericht<sup>1</sup> für verfassungswidrig erklärten "Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD) gegründeten "Deutschen Kommunistischen Partei" (DKP) organisiert. Die DKP wird bei ihrer politischen Arbeit durch ihre Nebenorganisationen

- "Junge Pioniere Sozialistische Kinderorganisation" (JP)
- "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)
- "Marxistischer Studentenbund Spartakus" (MSB Spartakus)

#### sowie durch die von ihr beeinflußten Organisationen

- "Deutsche Friedens-Union" (DFU)
- "Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA)
- "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KFAZ)
- "Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG-VK)
   unterstützt.

#### 1.2 "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)

#### 1.2.1 Ideologisch-politischer Standort

Maßgeblich für die politische Zielsetzung der DKP ist im wesentlichen das auf dem 5. Parteitag am 21. Oktober 1978 in Mannheim beschlossene "Mannheimer Programm", das weder auf dem 6. Parteitag 1981 in Hannover noch auf dem 7. Parteitag im Januar 1984 in Nürnberg geändert worden ist<sup>2</sup>.

Danach versteht sich die DKP als "die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik Deutschland" (S. 5, 72, 83). Sie bekennt sich ebenso

Vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Band 5, S. 85 ff.

Die Seitenangaben beziehen sich auf die Broschüre "Programm der Deutschen Kommunistischen Partei", herausgegeben vom Parteivorstand, Düsseldorf 1978.

wie die frühere KPD, deren Wiederzulassung sie fordert (S. 52), zu der "Lehre von Marx, Engels und Lenin" (S. 7, 84, 86, 89), dem "wissenschaftlichen Sozialismus" (S. 7, 72, 84, 86), als "ihrem politischen Kompaß und wissenschaftlichen Fundament ihrer Politik" (S. 7). Mit dem Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus tritt die DKP für die "sozialistische Revolution" und die "Diktatur des Proletariats" ein, die sie nunmehr mit den Synonymen "sozialistische Umwälzung" (S. 68) und "politische Macht der Arbeiterklasse" (S. 59, 63) umschreibt. Sie verpflichtet sich, "stets im Geist des proletarischen Internationalismus zu handeln" (S. 7, 88) und "für die Stärkung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung zu wirken" (S. 7). Dazu gehört die vorbehaltlose Anerkennung der von der "Kommunistischen Partei der Sowjetunion" (KPdSU), der "stärksten und erfahrensten Partei der kommunistischen Weltbewegung" (S. 88), und der "Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (SED) vorgegebenen ideologischen und politischen Linie (S. 88 f).

Die Sowjetunion und die DDR verkörpern für die DKP das Modell des "realen Sozialismus" (S. 10 f, 89). "Das Sowjetvolk hat erfolgreich den Sozialismus aufgebaut und vollzieht den Übergang zum Kommunismus" (S. 11). Das "brüderliche Verhältnis" zur Sowjetunion bekräftigte am 2. November 1984 in Ludwigshafen am Rhein das DKP-Präsidiumsmitglied Fritsch auf der Festveranstaltung zum 67. Jahrestag der Oktoberrevolution in Gegenwart hoher Funktionäre der KPdSU ("Unsere Zeit" (UZ), Zentralorgan der DKP, vom 7. November 1984). Anläßlich des 35jährigen Bestehens der DDR bezeichneten führende DKP-Funktionäre die Erfolge der DDR auf dem Wege des Sozialismus als eine große Ermutigung für das eigene Wirken (UZ vom 12. September 1984). "Unverrückbares" Ziel der DKP ist die Errichtung des "Sozialismus" (S. 7, 59) durch eine "grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland" (S. 59). Der "Sozialismus", "diese grundlegend neue Gesellschaftsordnung, die auf der revolutionären Überwindung der kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse aufbaut" (S. 65), sei "eine Etappe auf dem Weg zum Kommunismus, jener Gesellschaft, in der es keine Klassen mehr gibt" (S. 59). Dieses "sozialistische Ziel" will die DKP nicht in "einem einzigen revolutionären Akt", sondern über die Zwischenstufen der "Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt" (S. 33 ff) und der "antimonopolistischen Demokratie" (S. 66 ff) erreichen. Unter der "antimonopolistischen Demokratie" versteht sie "eine Periode grundlegender Umgestaltungen, in der die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte über so viel politische Kraft und parlamentarischen Einfluß verfügen, daß sie eine ihre gemeinsamen Interessen vertretende Koalitionsregierung bilden können" (S. 66).

Die "antimonopolistische Demokratie" entspricht der Leninschen "revolutionär-demokratischen Diktatur" und stellt sich als Vorstufe der "Diktatur des Proletariats" ("Macht der Arbeiterklasse") dar. Die DKP betrachtet "die antimonopolistische und die sozialistische Umwälzung als miteinander verbundene Entwicklungsstadien in dem einheitlichen revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus" (S. 68).

Zur Tarnung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele<sup>1</sup> versichert die DKP, sie "wirke auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland" (S. 6), "bekenne sich zu seinen demokratischen Prinzipien" (S. 6) und "gehe von den Realitäten des eigenen Landes aus" (S. 7)2. Hierbei bedient sie sich der bereits von der früheren KPD angewandten "Umwertungstaktik"<sup>3</sup>, indem sie elementare Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten (S. 52) und die Volkssouveränität (S. 52) in ihrem Sinne verfälscht, um behaupten zu können, sie trete für deren Verteidigung ein<sup>4</sup>. So läßt die DKP die Grundrechte dann nicht gelten, wenn von ihnen in einer Weise Gebrauch gemacht wird, die dem Ziel des "Sozialismus" oder dem Weg dahin zuwiderläuft. "Der Sozialismus gibt dem Volk alle Freiheit, gibt jedoch keinen Raum .. für diejenigen, die die Errungenschaften des Volks und seine verfassungsmäßige Ordnung beseitigen wollen" (S. 64 f). Nach den Vorstellungen der DKP geht die Staatsgewalt nicht vom ganzen Volk, sondern von der werktätigen Bevölkerung aus. "Entsprechend dem ........ Prinzip der Volkssouveränität ist es das Ziel der DKP, für das arbeitende Volk ein Höchstmaß an realer Einflußnahme auf das politische und gesellschaftliche Leben zu erreichen" (S. 52). Gemeint ist damit die Arbeiterklasse, deren Organisation nach marxistisch-leninistischer Lehre die Kommunistische Partei ist (S. 7, 83).

Auch weitere tragende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition<sup>5</sup>werden von der DKP abgelehnt.

Vgl. zur verfassungsfeindlichen Zielsetzung der DKP das Bundesverwaltungsgericht im sogenannten Peter-Urteil, BVerwG, NJW 1982, 779 (781 ff) und im sogenannten Meister-Urteil, BVerwG, DVBl. 1984, 955 (956 f).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die DKP vermeidet es aber, eindeutig die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beiahen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Vgl. BVerfGE 5, 85 (323).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Auch andere Begriffe, wie Frieden, Freiheit und Faschismus, werden von der DKP in ihrem Sinne umgedeutet.

Vgl. zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung BVerfGE 2, 1 (13).

Sie verwirft die Gewaltenteilung, da "in einer sozialistischen Bundesrepublik die gewählten Volksvertretungen die höchsten staatlichen Machtorgane sein" (S. 64) sollen.

Bereits aus der Ablehnung der Gewaltenteilung ergibt sich die Absage der DKP an die Unabhängigkeit der Gerichte. Ihre Einstellung zur Justiz wird noch deutlicher durch die Aussage, "diese Regierung¹ würde ... die Armee, die Polizei, die Justiz und den Verwaltungsapparat sowie die Massenmedien vom Einfluß neonazistischer und militaristischer Kräfte befreien und den Mißbrauch der staatlichen Machtorgane gegen das Volk und die verfassungsmäßige Regierung unterbinden" (S. 66 f, vgl. auch S. 18 f, 28 f).

Die DKP strebt zwar ein "Bündnis der verschiedenen Parteien an, um den Übergang zum Sozialismus und seinen Aufbau gemeinsam mit ihnen zu vollziehen" (S. 64).

Nach Errichtung des "Sozialismus" läßt sie jedoch für das Mehrparteiensystem und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition keinen Raum, wie sich aus der Verfassung der DDR, die sie als vorbildlich ansieht, ergibt. Nach Art. 1 Abs. 1 Satz 2 der DDR-Verfassung ist die DDR die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Überhaupt zeigt die Identifizierung der DKP mit der Staats- und Gesellschaftsform der DDR die verfassungsfeindliche Zielsetzung der DKP.

Das Bundesverwaltungsgericht<sup>2</sup> hält inhaltlich die politischen Bestrebungen der früheren KPD und der DKP für identisch, "so daß die Aussagen des BVerfG in dem KPD-Verbotsurteil vom 17. August 1956 (BVerfG 5, 85) weiterhin auch für die DKP zutreffen".

Der Parteivorsitzende MIES hat in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 7. Parteitag der DKP vom 6. bis 8. Januar 1984 in Nürnberg die Zielsetzung der DKP bekräftigt, indem er feststellte, "... daß Krisen und Arbeitslosigkeit ... letztlich nur mit der Überwindung des kapitalistischen Ausbeutersystems, durch den Sozialismus verschwinden können" (UZ vom 7. Januar 1984).

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Koalitionsregierung in einer antimonopolistischen Demokratie.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> BVerwG, NJW 1982, 779 (781); BVerwG, DVBl. 1984, 955 (956).

#### 1.2.2 Organisatorischer Aufbau

Die DKP hat bundesweit etwa 40 000 Mitglieder<sup>1</sup>. Gegenüber dem Vorjahr ist der Mitgliederbestand leicht angestiegen. Auf Rheinland-Pfalz entfallen ca. 1200 Personen. Unverändert bestehen bundesweit 12 Bezirksorganisationen<sup>2</sup>.

Die Bezirksorganisation der DKP Rheinland-Pfalz gliedert sich in 10 Kreisorganisationen mit insgesamt 49 Orts- und Stadtteilgruppen. Bezirksvorsitzender ist Herbert KELLNER, Mainz. Hauptamtliche Funktionäre lenken von Mainz aus die Bezirksorganisation. Daneben sind mehrere Kreisvorsitzende hauptamtlich eingesetzt.

Zur ideologischen Festigung nahmen im Jahre 1984 wiederum zahlreiche DKP-Mitglieder an Grund- und Speziallehrgängen der DKP-Parteischule "Karl Liebknecht" in Leverkusen und der "Marxistischen Abendschule" (MASCH) in Ludwigshafen am Rhein teil. Parteimitglieder, die für führende Funktionen vorgesehen sind, wurden nach wie vor in Berlin (Ost) an der SED-Parteischule "Franz Mehring" und in Moskau an dem "Institut für Gesellschaftswissenschaften" beim Zentralkomitee der KPdSU geschult.

Die Öffentlichkeitsarbeit wird in erster Linie durch die Tageszeitung "Unsere Zeit" (UZ) mit einer Auflage von weniger als 25 000 Exemplaren (am Wochenende etwa 48 000) und daneben mit örtlichen Publikationen und Flugschriften bestritten. In Rheinland-Pfalz sind im Jahre 1984 ca. 50 Kleinzeitungen erschienen.

Der aufwendige Verwaltungs- und Agitationsapparat der DKP konnte auch im Jahre 1984 nicht allein aus eigenen Mitteln finanziert werden. Ihr dürften bundesweit erneut mehr als 60 Millionen DM "Spendengelder" aus der DDR zugeflossen sein.

#### 1.2.3 Bündnispolitik und Betriebsarbeit

Insbesondere im Hinblick auf die fehlende Vertretung in den Parlamenten, bemüht sich die DKP um Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Kräften im "außerparlamentarischen Kampf". Hierbei greift sie Sorgen und Forderungen auf, mit denen sich auch Demokraten identifizieren können.

Die DKP gab auf ihrem 7. Parteitag vom 6. bis 8. Januar 1984 eine Mitgliederzahl von 50 482 an.

In Nordrhein-Westfalen und in Bayern gibt es jeweils zwei Bezirksorganisationen, in den übrigen Bundesländern je eine Bezirksorganisation. In Berlin (West) treten die orthodoxen Kommunisten als "Sozialistische Einheitspartei Westberlins" (SEW) auf.

#### In den innenpolitischen Themen

- "Stationierung von NATO-Raketen"
- "Arbeitslosigkeit" und
- "35-Stunden-Woche"

sah die DKP im Jahre 1984 Ansätze zur "Neuformierung parlamentarischer Kräfteverhältnisse" und stellte sie daher auch in den Mittelpunkt ihrer bündnispolitischen Bestrebungen. Mit der von ihr propagierten "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" sucht sie, Sozialdemokraten, Grüne, Gewerkschaften und parteilose Arbeiter anzusprechen. Überall dort, wo die DKP über "eigene parlamentarische Positionen" verfügt, will sie sich "um ein Höchstmaß an praktischer Zusammenarbeit mit der SPD und den Grünen" bemühen (DKP-Pressedienst Nr. 78/84 vom 26. Oktober 1984).

Ihr Bestreben, insbesondere von den Gewerkschaften als Bündnispartner akzeptiert zu werden, stellt die DKP zunehmend als erfolgreich dar. Sie erklärte hierzu:

"Heute ist es möglich, daß auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall ein Dokument beschlossen wird, einstimmig, in dem die Kommunisten mit zum Kern der Gewerkschaft gezählt werden. So etwas war vor zehn Jahren noch keine Selbstverständlichkeit (UZ-Extra vom 29. März 1984, S. 26)."

Im Zusammenhang mit dem Streik der Drucker und Metallarbeiter Anfang des Jahres 1984 benutzte die DKP die gewerkschaftlichen Streikaktivitäten, um ihre eigenen politischen Ziele zu verfolgen. Die Kommunisten traten vor allem mit Solidaritätserklärungen und Spenden sowie agitatorisch in Erscheinung. Sie setzten sich sogar zunehmend für militante Formen der Streikauseinandersetzung ein.

Auf der 3. Parteivorstandstagung am 25. August 1984 sagte MIES, im Streik seien "politische Vorbehalte" abgebaut worden (UZ-Extra vom 31. August 1984, S. 21). Werner CIESLAK, Mitglied des DKP-Präsidiums, führte zu den "Streikkämpfen in diesem Jahr" in der UZ vom 27. Dezember 1984 aus:

"Bedeutende Teile der Arbeiterklasse haben dabei insbesondere die Solidarität der revolutionären Arbeiterpartei, der DKP, kennengelernt, und die Notwendigkeit einer starken kommunistischen Partei, die in den Arbeiterkämpfen eine wichtige Hilfe war."

Die DKP forderte ihre Mitglieder erneut auf, die Betriebsarbeit zu intensivieren und gezielt neue Betriebsgruppen zu gründen.

Zu den Betriebsratswahlen 1984, die vom 1. März bis 31. Mai 1984 stattfanden und bei denen DKP-Mitglieder überwiegend auf gewerkschaftlichen Einheitslisten kandidierten, rief die DKP ihre Mitglieder auf, die Stimmen





## MOTOR

BETRIEBSZEITUNG DER

DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MAINZ

EHEMALS MAGIRUS

WERK MAINZ-MOMBACH

## KAISERSLAUTERER STADTANZEIGER



ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Sept. 84

BETRIEBSZELYUNG DER CKP FOR DIE STADTVERWALTUNG MAINZ

Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei

KORLUNZ



KOBLENZ KURIER

**EXTRA** 



Tel. 31338

Ernst Thälmann - Zentrum

Koblenz, Florinsmarkt 9



BASF-Gewinne stieg

die anzim

19. John go

10 Sept. 84

Stadtzeitung der DKP Idar-Oberstein



FRIEDENSZEIT



ROTER BLITZ

ARBEITERZEITUNG

DKP BETRIEBSZEITUNG FÜR OPEL KAISERSLAUTERN / 10-84

kommunalwahl



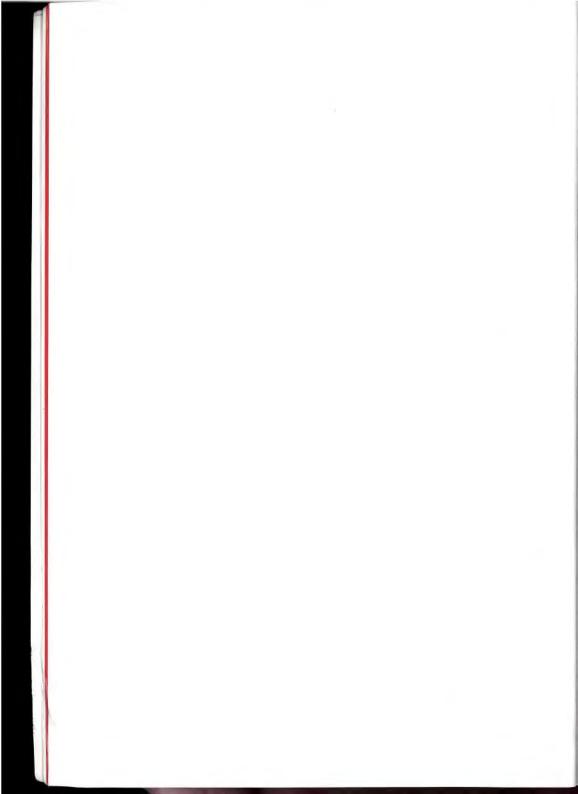
1984

Rieren keiken

Zeitung der DKP für die Stadt Trier

kontra siemens

BETRIEBSZEITUNG DER DKP





Taschen



Gemeinschaftsausgabe von DKP-Betriebszeitungen der Betriebe Schott, Mainz/ Daimler, Worth / Opel, Kaiserslautern / Halberg und Pollux, Ludwigshafen Concordia, Koblenz / Pfaff, Kaiserslautern / Siemens, Speyer / MBB, Speyer / Mainz Industries / Metallbetriebe Worms / Metallbetriebe, Frankenthal / Uni-Kliniken und Stadt Mainz. 1984 Nr. 1

Streiks bei Druck, Urabstimmung bei Metall

# enkzette

Metaller und Drucker braucher iatzt die Solidarität allel

Unternehmerdiktat trotz Urabstimmung beitszeit von 9 Stunden werden, vin Lozever-ist von 10% soll åkzeptiert erden. Der einzige Zweck t die profitable Auslastung er Maschinen. Auch von dem

Die richti igebotenen Vorruhestandsgeld ürden in der Metallindustrie ir 26 von 1000Beschäftigten en, wommung 'e und ur Folannter əmmen nderer wendie planen instieg he zu je Ge-

promisangebote und 2 Spit Angebote der bosse zur Kampfk zengespräche, die die Geduld 1 sogenannten Fiestbilisierung Gegner.

damit Kampfkraft und stärkt den

Metallbosse sagen zum 5. Mal Nein. Im Kampf um die Metallbosse sagen zum 5. Mal Nein. Im Kampf um die 35. Stunden-Woche. Macht die izi einen Zahn zulegen!

Brutto-m Weltatte andern von Lohnstück-

rung kaputt i ware, därfte te Arbeitslose Vor Urabstimmung und Streik n haben, on urabstimmung und Streik n haben, urabstimmung und Streik n Unsere Solida

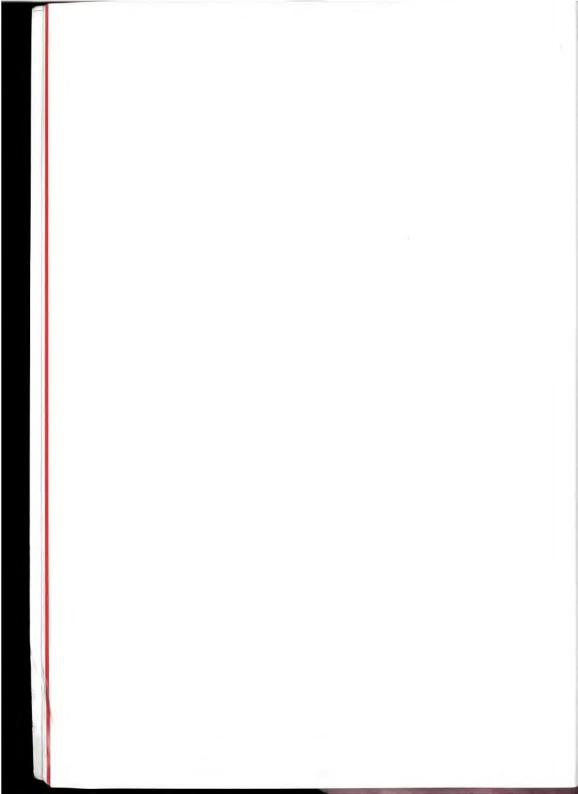
den, muß die 35-Stunden-Weche l Die Metaller werden bei den anst sicherlich den Bossen die notw n, wie die Drucker, de gen die Politik der zutzen. Ihn Knochen zur Wehr setzen. Ihn Druckern, wie auch den Kollege unsere Solid- 'at. Ihr Kampf'

en Banken, gilt v Kampf. Dieser den können, je

falz beteiligten sich an den amstreiks und Kundgebun-n in Koblenz, Mainz, Lud-schafen, Frankenthal und Spever mehrere hundert be-legen. Auch die Kundgebun-gen und Demonstrationen des DGB am 1. Mai standen zanz in Zeichen des Kamples für ich 3-58 tunden-Woche bei vollem Lyhnausgleich.



Wn. Bec. am. 18. April at Spayer, ilomoustierten und streiken in den letzten tagen Meild. Dunck, HINS: und andere kolletzen für die 33 Stindord Weehe between gen Meild. Dunck, HINS: und andere kolletzen für die 33 Stindord Wie die between Angele and Auftre Marie, Kolletse au. Letzt der Weiche am. 21.3 Mai Konntee welt Tagever-tungen segen der Warntströk der Uruck-Kollegen wicht ersehermen, was such die Propagnate Kampagne der Hosse eingfindlich stoffen.



wiederum den "Kandidatinnen und Kandidaten der DGB-Gewerkschaften" zu geben (DKP-Pressedienst Nr. 11/84 vom 2. Februar 1984).

"Als gute Gewerkschafter sind wir Kommunisten für die Stärkung der Einheitsgewerkschaft, für eine Erhöhung ihrer Kampfkraft, ihrer aktiven Einflußnahme sowohl auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik als auch auf das politische Geschehen insgesamt" (MIES, 7. Parteitag, Protokoll S. 85).

In der Diskussion des 7. DKP-Parteitages in Nürnberg wurde verstärktes Streben nach gewerkschaftlichen Kampfstrukturen im Betrieb gefordert. Das heißt, "ohne gewerkschaftliche Kampfstruktur im Betrieb, d.h. ohne funktionierende Vertrauensleutekörper, ist der beste Betriebsrat nicht handlungs- und durchsetzungsfähig, sondern nur verhandlungsfähig" (Protokoll, S. 160).

Gleichzeitig bekundete die DKP auf diesem Parteitag, daß "von den anwesenden 778 Delegierten und Gastdelegierten 741 gewerkschaftlich organisiert" seien (UZ vom 10. Januar 1984). Anders als die Linksextremisten der "Neuen Linken" sind die orthodoxen Kommunisten nicht von den gewerkschaftlichen "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" betroffen. Etwa 75 % aller DKP-Mitglieder gehören DGB-Gewerkschaften an.

Mit dem von Kommunisten erzielten Ergebnis bei den Betriebsratswahlen zeigte sich die DKP zufrieden, weil "die Zahl der Mitglieder unserer Partei, die auf den gewerkschaftlichen Listen kandidierten und das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen erhielten, erneut gestiegen" sei (UZ-Extra vom 28. April 1984, S. 16). Es dürften wiederum mehr als 1 500 der neu gewählten Betriebsratsmitglieder orthodoxe Kommunisten sein.

Im Jahre 1984 wurden im Bundesgebiet etwa 340 und in Rheinland-Pfalz sechs Betriebsgruppen der DKP bekannt. Die DKP gab im Rahmen ihrer Betriebsarbeit bundesweit ca. 380 Betriebszeitungen mit Auflagen zwischen 100 und 7 000 Exemplaren und in Rheinland-Pfalz ca. 20 Betriebszeitungen mit Auflagen zwischen 150 und 6 000 Exemplaren heraus. Sie hält die Betriebszeitungen als "eine der schärfsten Waffen unserer politischen, ideologischen und ökonomischen Aufklärungsarbeit" (UZ vom 13. November 1984).

#### 1.2.4 Parteitag vom 6. bis 8. Januar 1984 in Nürnberg

Der unter der Losung "Der Frieden muß siegen! Arbeitsplätze statt Raketen!" durchgeführte 7. Parteitag bestätigte Herbert MIES in seinem Amt als Vorsitzenden und Hermann GAUTIER als stellvertretenden Vorsitzenden

der DKP. In den 89 Mitglieder zählenden Parteivorstand wurden vier Personen aus Rheinland-Pfalz, unter ihnen der Bezirksvorsitzende Herbert KELLNER, gewählt.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Diskussion um die Mitgliedergewinnung und die Verstärkung kommunistischer Bündnispolitik im Rahmen der sogenannten Friedensbewegung sowie die Verbesserung der ideologischen Arbeit.

#### 1.2.5 Kampagne gegen "Berufsverbote"

Im "Kampf gegen die Wende nach rechts" hat die DKP die Entlassungen von Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst zum Anlaß genommen, ihre langjährige Kampagne gegen die sogenannten Berufsverbote bundesweit zu verschärfen. Die DKP Rheinland-Pfalz hat im Januar 1984 die Landesregierung in einer Presseerklärung aufgefordert, die "Grundsätze der Demokratie und damit auch politisch abweichende Meinungen zu akzeptieren". Die Ludwigshafener DKP-Zeitung "Linksrheinische" vom Februar 1984 wirft der Landesregierung "undemokratische Einschüchterungspolitik" vor.

In Rheinland-Pfalz sind die maßgeblich von orthodoxen Kommunisten mitgetragenen "Bürgerkomitees zur Verteidigung der Grundrechte - gegen Berufsverbote" schwerpunktmäßig in Mainz und Kaiserslautern aktiv.

#### 1.2.6 Beteiligung an Wahlen

Bei der Wahl zum Europäischen-Parlament am 17. Juni 1984 gelang der DKP mit dem Verzicht auf eine eigene Liste zugunsten der von ihr mitinitierten "Friedensliste" ein bundesweites Wahlbündnis. Die "Friedensliste" erhielt mit 1,3 % der abgegebenen gültigen Stimmen eine Wahlkampfkostenerstattung in Höhe von ca. 2,85 Millionen DM. Die DKP sah das Wahlergebnis als Erfolg an und erklärte, ihr "aktives Engagement" für Bündnisse solcher Art zu verstärken (UZ vom 19. Juni 1984).

Dem zentralen Unterstützerkreis der "Friedensliste" für Rheinland-Pfalz gehören neben einem DKP-Bezirkssekretär u.a. die Landesvorsitzenden der DFU und des VVN-BdA an. Als Kontaktadresse fungiert das rheinlandpfälzische DFU-Büro in Mainz.

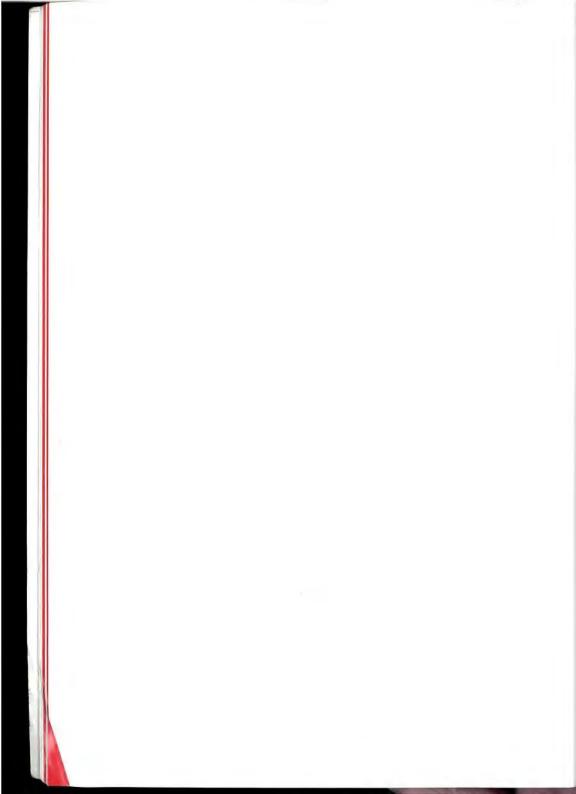
Auf die Kommunalwahlen am 17. Juni 1984 in Rheinland-Pfalz bereitete sich die DKP schon seit Ende des Jahres 1982 intensiv vor. Ihr Schwerpunktthema war hierbei insbesondere der Umweltschutz.

Die DKP büßte mit 0,1 % der abgegebenen gültigen Stimmen gegenüber 0,3 % bei den Kommunalwahlen im Jahre 1979 erhebliche Stimmen ein. In Oppenheim erhielt sie mit 13,1 % der Stimmen nur noch zwei statt bisher drei

## Der Frieden muß siegen



Jetzt erst recht:
Arbeitsplätze
statt Raketen



Mandate. Sie verlor ihre zwei Mandate in Idar-Oberstein, wo sie 4.7 % der Stimmen (1979: 5,2 %) erreichte. Daneben konnten Kommunisten in Obrigheim über eine "Alternative Liste", in Pfeffelbach über eine Wählergruppe und in Steinbach und Körborn durch Persönlichkeitswahlen jeweils einen Sitz erringen.

#### 1.3 Nebenorganisationen der DKP

Die DKP sieht in der ideologischen Beeinflußung der Jugend einen ihrer Agitationsschwerpunkte. In ihrem Parteiprogramm heißt es:

"Die DKP ist als Partei der Arbeiterklasse zugleich Partei der Jugend. Sie betrachtet den Kampf der jungen Generation um die Verwirklichung ihrer Grundrechte als gemeinsame Aufgabe des ganzen werktätigen Volkes" (S. 77).

Hauptträger der orthodox-kommunistischen Jugend- und Hochschulpolitik sind ihre Nebenorganisationen

- "Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation" (JP)

"Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)
"Marxistischer Studentenbund Spartakus" (MSB Spartakus).

#### 1.3.1 "Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation" (JP)

Mit den im Jahre 1974 gegründeten JP will die DKP Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren kommunistisch beeinflussen und durch Bildung "sozialistischen Bewußtseins" auf den "Klassenkampf" vorbereiten. Die DKP bemüht sich, die IP als Träger "kommunistischer Kinderarbeit" organisatorisch und personell weiter zu stärken. Zahlreiche DKP-Mitglieder, die als Leiter und Betreuer in den IP organisiert sind, sorgen dort für einen unmittelbaren Einfluß der DKP:

"Pionierleiter, Stadtteilverantwortliche, Kreisvorsitzende oder Mitglieder der Landes- und Bundesleitung der Jungen Pioniere sind in der DKP organisiert. Wir erklären: Der Arbeit dieser Mitglieder der DKP ist es wesentlich mit zu verdanken, wie sich unsere sozialistische Kinderorganisation entwikkelt hat. Ohne sie wäre ein so starker Pionierverband nicht möglich" (Protokoll der 4. JP-Bundeskonferenz vom 4./5. Dezember 1982, S. 30).

Um die Mitgliederzahl zu erhöhen, führen die IP im wesentlichen Freizeitveranstaltungen, wie etwa Kinderfeste und Zeltlager, durch. Dem gleichen Zweck dienen die seit Jahren von der DKP und den JP unter dem Motto "Wir fahren in ein kinderfreundliches Land" durchgeführten preisgünstigen Ferienlager in der DDR. Auf diesen Fahrten sollen die Kinder die Vorzüge des "kinderfreundlichen realen Sozialismus" kennenlernen. Weiteres Ziel der DKP ist es, über die JP möglichst viele Eltern für die "sozialistische Bewegung" zu gewinnen.

Bundesweit verfügen die JP über ca. 4 000 Mitglieder, von denen ca. 200 Kinder auf Rheinland-Pfalz entfallen. Zur Information und Werbung erscheint bundesweit die Zeitschrift "Pionier".

#### 1.3.2 "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ)

Die SDAJ ist die mitgliederstärkste sozialistische Jugendorganisation in der Bundesrepublik Deutschland. In 12 Landesverbänden¹ verfügt sie über ca. 15 000 Mitglieder. Sie gibt bundesweit die Monatsschriften "elan" mit einer Auflage von ca. 30 000 Exemplaren und die "Jugendpolitischen Blättern" heraus.

Die SDAJ ist ideologisch und personell mit der DKP verflochten. Zu ihren Zielen heißt es in den "Jugendpolitischen Blätter":

"Die SDAJ kämpft für einen Sozialismus nach der Lehre von Marx, Engels und Lenin. Sie kämpft für eine sozialistische Bundesrepublik, in der die Macht des Kapitals zu Ende ist und die Arbeiterklasse die politische Macht errungen hat" (Ausgabe Oktober 1984, S. 17).

"Die SDAJ arbeitet eng mit der marxistischen Partei der Arbeiterklasse unseres Landes, der DKP, zusammen. Mit ihr ist sie durch gemeinsame Weltanschauung, Kampferfahrungen und viele Kommunisten, die im Verband arbeiten, verbunden" (Ausgabe August 1984, S. 17).

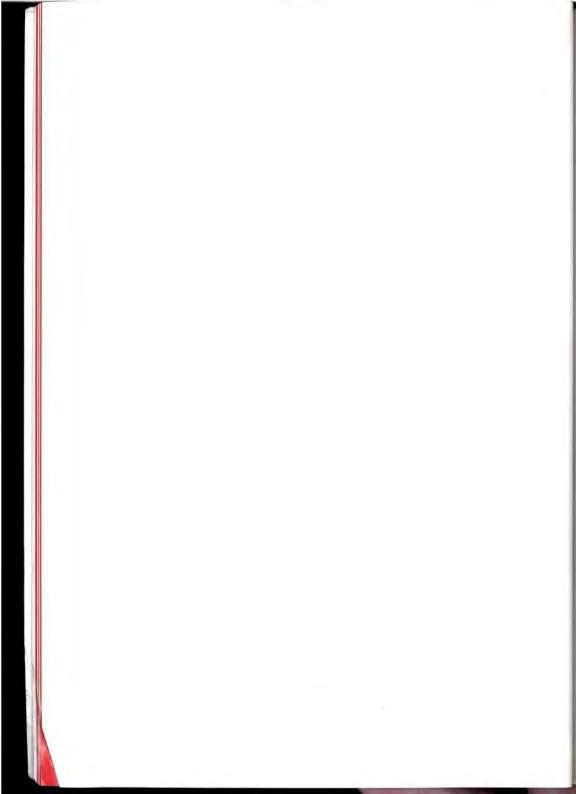
Im Rahmen ihrer Agitation befaßte sich die SDAJ vorrangig mit den Themen "Jugendarbeitslosigkeit", "Lehrstellenabbau" und "Friedensbewegung". Leitmotiv aller Aktionen war hierbei der "Kampf gegen rechts". Am 15./16. Dezember 1984 fand in Bottrop der 8. Bundeskongreß der SDAJ statt, auf dem ein neues "Aktionsprogramm für die Grundrechte der Jugend" beschlossen wurde.

Die SDAJ propagierte im Rahmen ihrer Aktion "Lehrstellen her! Arbeit statt Raketen!" ein eigenes Lehrstellengesetz. Sie war während des Streiks zur Durchsetzung der "35-Stunden-Woche" bestrebt, durch "Solidaritätsaufrufe" und Aktionen verstärkt Ansätze für ihre Gewerkschafts- und Betriebsarbeit zu finden. Eine nennenswerte Resonanz konnte sie hierbei allerdings nicht erzielen.

In der am 24./25. März 1984 in Köln gegründeten Bundesschülervertretung war die SDAJ mit zwei Personen im siebenköpfigen Vorstand vertreten.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In Nordrhein-Westfalen und Bayern gibt es jeweils zwei Landesverbände.









### **OPPENHEIMER**

ZEITING DER SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERJUGEND (SDAJ) GRUPPE OPPENHEIM

## Anzeiger

14. Jahrgang / Nr. 1

Mai 1984

Umsonst

## VENCEREMOS



Zeitung für Ingelheim



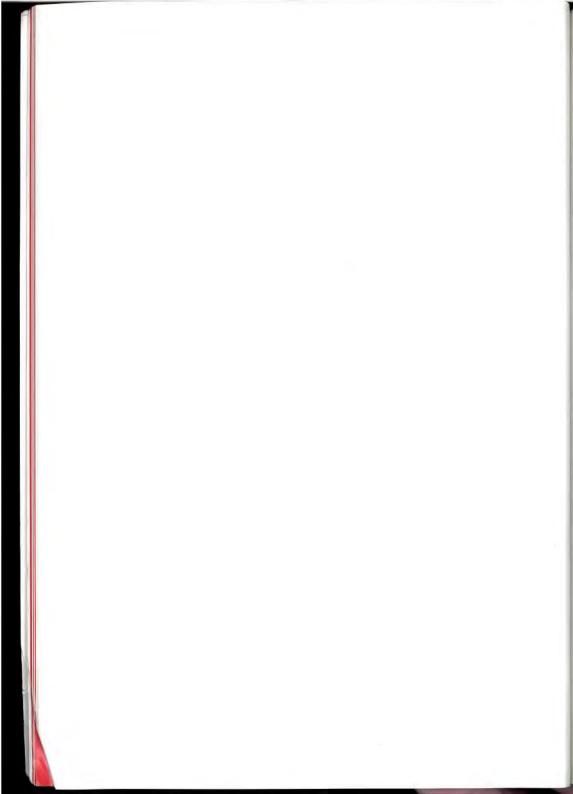


Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend

Ausgabe 1.

Jan. 1384

Der Friedenskampf geht weiter



In ihrem Aufruf zu den Schülervertretungswahlen im Jahre 1984 erklärte die SDAJ:

"Wehrt euch gegen rechte Bildungspolitik - auch bei den SV-Wahlen! Wählt die Aktiven in die Schülervertretungen - wählt die Rotstiftgegner und Friedenskämpfer! Gemeinsam gegen rechts!"

Der Landesverband Rheinland-Pfalz umfaßt ca. 400 Mitglieder und ist in vier Kreisverbände mit etwa 20 Ortsgruppen untergliedert. In Mainz und Ludwigshafen am Rhein bestehen jeweils mehrere Stadtteilgruppen. Bei der BASF in Ludwigshafen am Rhein hat die SDAJ eine Betriebsgruppe.

#### 1.3.3 "Marxistischer Studentenbund Spartakus" (MSB Spartakus)

Der MSB Spartakus ist mit ca. 6 000 Mitgliedern die stärkste linksextremistische Studentenorganisation in der Bundesrepublik Deutschland. Sprachrohr des MSB Spartakus ist die monatlich in einer Auflage von ca. 15 000 Exemplaren erscheinende Schrift "rote blätter".

Im Vorstand der "Vereinigten Deutschen Studentenschaften" (VDS), dem Ende des Jahres 1984 vier Personen angehörten, sind der MSB Spartakus und sein ständiger Bündnispartner "Sozialistischer Hochschulbund" (SHB) mit je einem Mitglied vertreten. In den Arbeitsbereichen "Frieden", "Internationalismus" und "Internationale Beziehungen" haben MSB Spartakus und SHB ein Vetorecht.

Im Jahre 1984 konzentrierten sich die Aktivitäten des MSB Spartakus in erster Linie auf hochschulpolitische Themen. Im Mittelpunkt seiner Agitation stand der Kampf gegen die geplante Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, das laut "rote blätter" (Ausgabe 11/84) zum "Kristallisationskern allgemeinen Unmuts gegen die Regierungspolitik" zum "elementaren Interessenkampf" werden müsse, der als "Klassenkampf" "breite Abwehrfronten" erfordere. Mit der Parole "Gemeinsam gegen rechts" rief der MSB Spartakus zur Zusammenarbeit aller Linkskräfte an den Hochschulen auf. Neben der Mitwirkung in der "Friedensbewegung" engagierte sich der MSB Spartakus auch bei Solidaritätsaktionen für Nicaragua.

In Rheinland-Pfalz ist der MSB Spartakus an den Universitäten Mainz, Trier und Kaiserslautern mit Hochschulgruppen vertreten, die zusammen weniger als 100 Mitglieder haben. Trotz Stagnation der Mitgliederzahl konnte der MSB Spartakus in Rheinland-Pfalz durch Bildung von Listenverbindungen, insbesondere mit dem SHB sowie Unorganisierten, bei Wahlen seinen Einfluß auf Organe der studentischen Selbstverwaltung wahren. So errang die Liste "Bündnis aktiver Linker" (BAL) eine Listenverbindung von MSB Spartakus, SHB und Unorganisierten, an der Universität Mainz bei den

Wahlen zum Studentenparlament im November 1984 mit 8,77 % der Stimmen (Mai 1984: 6,75 %) erneut vier Sitze.

#### 1.4 DKP-beeinflußte Organisationen

#### 1.4.1 Allgemeines

Die DKP bemüht sich seit Jahren, ihren politischen Einflußbereich über ihren Mitglieder- und Sympathisantenkreis hinaus auszudehnen. Sie wird hierbei von ca. 50 überregional tätigen Organisationen und Initiativen unterstützt, die sich nach außen hin in der Regel als unabhängig und demokratisch darstellen, in Wirklichkeit aber die Aufgabe haben, kommunistische Ziele durchzusetzen. Der Einfluß der DKP auf solche Organisationen zeigt sich u.a. dadurch, daß in deren Führungsgremien wichtige Positionen mit Kommunisten besetzt sind, die Organisationen von der DKP materiell unterstützt werden oder unter ihren Mitgliedern zahlreiche Kommunisten sind. Der kommunistische Einfluß auf die einzelnen Organisationen ist unterschiedlich ausgeprägt.

Im Rahmen kommunistischer Bündnispolitik gehören zu den bedeutendsten DKP-beeinflußten Organisationen:

- "Deutsche Friedens-Union" (DFU)

 - "Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes - Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA)

- "Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte

Kriegsdienstgegner" (DFG-VK)

- "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KFAZ).

#### 1.4.2 "Deutsche Friedens-Union" (DFU)

Die bereits im Jahre 1960 gegründete DFU, die dem "Weltfriedensrat" (WFR), einer sowjetisch gesteuerten "Frontorganisation", angeschlossen ist, hält es für "unerläßlich, den Ungeist des Antikommunismus in der Bundesrepublik zu überwinden" (Dortmunder Erklärung vom 30. November 1975, S. 10, ähnlich S. 6, 17). Sie strebt eine "reale Demokratie" an, "in der der antifaschistische, antimonopolistische und antimilitaristische Auftrag des Grundgesetzes und der Länderverfassungen verwirklicht ist" (Dortmunder Erklärung, S. 15 f, 18; vgl. DKP-Programm, S. 5, 51, 61 "reale Grundlage"). Diese "reale Demokratie" bedeutet für die DFU eine "sozialistische Demokratie" (Direktoriumsmitglied Lorenz KNORR unter Übernahme der marxistisch-leninistischen These vom Klassencharakter der Demokratie auf dem 8. Ordentlichen Unionstag der DFU am 15./16. April

STUDENTENMAGAZIN, NOV. NR. 11, 1984, 2 D-MARK

## rote blätter

Die Novellierung des Hechschulrabmengesetzes verschäft die Probleme der Hochschulen die Jugendarbeitslosigkeit wächst, der

Batüg-Kahlschlag greift, individuelle Perspektiven gibt es kaum. Gründe genug für eine

Jugendaktionswoche Enthüllungen Informationen und Dokumente zum HRG

Konservative Zukunitsutopien sollen die Jugend

einfangen, Anspruchsabban im Privaten ist angesagt: Themen in diesem Heft

AuBerdem Barzel-Dissertation,

Buchmesse,
Wallralliade im BMBW Tel 2,
Bruce Cockburn,

Nicaragnavive Mafia PROTESI



1978 in Köln). Hierbei gebraucht die DFU Volkssouveränität in demselben Sinne wie die DKP (Dortmunder Erklärung, S. 15; vgl. DKP-Programm, S. 52). Sie verstehen darunter eine Mitbestimmung des (arbeitenden) Volkes in allen Bereichen.

Die kommunistische Einflußnahme auf die DFU ist nach wie vor erheblich. In den Leitungsgremien der DFU, dem Direktorium und dem Bundesvorstand, sind unverändert zahlreiche ehemalige Mitglieder der verbotenen KPD vertreten, wie etwa der Sekretär des Direktoriums, der in der DDR geschulte Heinz DREIBRODT. Das Direktoriumsmitglied Lorenz KNORR gehört der DKP an. Etwa ein Drittel der Mitglieder des Landesvorstandes Rheinland-Pfalz sind orthodoxe Kommunisten.

Obgleich die DFU mit ca. 1 000 Mitgliedern eine relativ kleine Organisation ist - in Rheinland-Pfalz hat sie annähernd 100 Mitglieder - spielt sie eine maßgebliche Rolle in der kommunistischen Bündnispolitik. Ihre Aktivitäten, vor allem im Kampf gegen die NATO-Nachrüstung, sind mit der DKP abgestimmt. Die DFU tritt insbesondere in Erscheinung, wenn sich die DKP aus taktischen Überlegungen zurückhält.

DFU-Mitglieder beteiligten sich im Jahre 1984 an allen Aktionen der "Friedensbewegung". Im Rahmen der "Ostermärsche" fungierten bundesweit DFU-Landesgeschäftsstellen als Kontaktadressen. Zu ihnen gehörte auch die Geschäftsstelle der rheinland-pfälzischen DFU in Mainz, die darüber hinaus dem örtlichen orthodox-kommunistischen Spektrum bei sämtlichen regionalen und überregionalen Aktionen als Koordinationsstelle diente. Bei der Gründung der "Friedensliste" anläßlich der Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 war sie maßgeblich beteiligt.

Auf ihrem außerordentlichen Unionstag am 31. Mai 1984 in Essen beschloß die DFU die Änderung ihres Status. Danach will sie ihre Ziele nicht mehr als Partei, sondern als "politische Vereinigung" verfolgen und sich in absehbarer Zukunft nicht mehr mit eigenen Vorschlägen an Wahlen beteiligen. Direktoriumsmitglied KNORR erklärte hierzu, die DFU werde in eine "neue Phase ihrer Entwicklung" eintreten. Ihre "bündnisfördernde Kraft" habe sich bewährt. Die DFU werde sich jetzt auf die "Stärkung und Einigung der Bewegung für Frieden, Abrüstung und soziale und demokratische Erneuerung" konzentrieren (UZ vom 5. Juni 1984).

#### 1.4.3 "Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes -Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA)

Der dominierende Einfluß der DKP auf die im Jahre 1947 gegründete VVN-BdA besteht nach wie vor. Mehr als die Hälfte der Mitglieder des "geschäfts-

führenden Präsidiums" sind Kommunisten; der Generalsekretär Kurt ERLEBACH gehört dem DKP-Parteivorstand an.

Die VVN-BdA ist dem prosowjetischen Dachverband "Internationale Föderation der Widerstandskämpfer" (FIR) und dem sowjetisch gesteuerten "Weltfriedensrat" (WFR) angeschlossen. Bundesweit zählt die VVN-BdA ca. 13 000 Mitglieder. Dem rheinland-pfälzischen Landesverband gehören ca. 300 Personen an.

Schwerpunkt ihrer Agitation war im Jahre 1984 der "Kampf" gegen

- "NATO-Nachrüstung"
- "Neo-Faschismus"
- "Ausländerfeindlichkeit"
- "Berufsverbote".

Seit dem Jahre 1984 erscheint regelmäßig die Mitgliederzeitschrift "Antifaschistische Rundschau".

In Rheinland-Pfalz entwickelte die VVN-BdA insbesondere in den Städten Mainz, Worms, Speyer, Ludwigshafen am Rhein und Frankenthal Aktivitäten. Seit Mai 1984 gibt sie ein Informationsblatt mit dem Titel "Informationen gegen Rechts" heraus.

#### 1.4.4 "Deutsche Friedensgesellschaft -Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG-VK)

Die DFG-VK entstand im Jahre 1974 durch den Zusammenschluß der "Deutschen Friedensgesellschaft - Internationale der Kriegsdienstgegner" (DFG-IdK) mit dem "Verband der Kriegsdienstverweigerer" (VK). Mit annähernd 20 000 Mitgliedern ist die DFG-VK die mitgliederstärkste DKP-beeinflußte Organisation. In Rheinland-Pfalz hat sie ca. 500 Mitglieder. Orthodoxe Kommunisten bzw. Mitglieder orthodox-kommunistisch beeinflußter Organisationen haben in ihrem Bundesvorstand kontinuierlich führende Positionen inne. Der Bundesvorsitzende Klaus MANNHARDT ist Mitglied des DKP-beeinflußten KFAZ und gehört dem sowjetisch gesteuerten WFR an. Der kommunistische Einfluß in den Untergliederungen der DFG-VK ist nach wie vor sehr unterschiedlich.

Zentrales Betätigungsfeld der DFG-VK war auch im Jahre 1984 der Kampf gegen die NATO-Nachrüstung. Die von ihr initiierte Kampagne zur "massenhaften Kriegsdienstverweigerung" konnte nur geringe Resonanz in der Öffentlichkeit erzielen.

Die Aufgabe der DFG-VK in der "Friedensbewegung" umschreibt die UZ vom 25. September 1984 folgendermaßen:

Keine neuen Atomraketen

Beendet das Wettrüsten

# FRIEDEN durch ABRÜSTUNG

KOMITEE FÜR FRIEDEN, ABRÜSTUNG UND ZUSAMMENARBEIT Gottesweg 52, 5000 Köln 51, Tel. (02 21) 56 16 76, Postschecksmit Köln 613 12-508 -

DFUi
Deutsche Friedens-Union
Für eine
demokratische =
Bildungspolitik













"Die DKP und die DFG-VK unternehmen weiterhin Anstrengungen, daß die Breite und die Einheit der Friedensbewegung auf der Grundlage der partnerschaftlichen Zusammenarbeit aller beteiligten Strömungen auch in Zukunft gefestigt und weiterentwickelt werden."

#### 1.4.5 "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KFAZ)

Das KFAZ wurde im Jahre 1975 unter maßgeblicher Beteiligung der DKP und der von ihr beeinflußten Organisationen gegründet und erwies sich auch im Jahre 1984 als wichtiges Koordinierungsorgan der kommunistischen "Friedenskampagne". Hierbei stützt sich das KFAZ nach eigenen Angaben auf die Zusammenarbeit mit "hunderten von örtlichen Komitees und Initiativen".

Das KFAZ verfügt weder über eine Satzung noch über feste organisatorische Strukturen. Die Verantwortung für die Planung und Durchführung von "Friedensaktionen" und die Ausarbeitung strategischer Konzepte liegt bei einem sogenannten Büro, in dem orthodoxe Kommunisten entscheidende Funktionen ausüben. Über die Hälfte der "Büro"-Mitglieder gehören unmittelbar oder über die Organisationen DFU und VVN-BdA dem sowjetisch gesteuerten WFR an.

In Rheinland-Pfalz trat insbesondere die Kaiserslauterer KFAZ-Gruppe im Jahre 1984 durch eigene Veranstaltungen sowie bei regionalen und überregionalen "Friedensaktionen" in Erscheinung.

#### 2. "Neue Linke"

#### 2.1 Allgemeines

Die Gruppen der "Neuen Linken" lehnen den Kommunismus sowjetischer Prägung ab. Dieses politische Spektrum wird aufgrund verschiedener ideologischer Grundpositionen in einen dogmatischen und einen undogmatischen Bereich eingeteilt.

Die dogmatische "Neue Linke" ist in ihrer ideologischen Grundposition im wesentlichen nach Marx, Engels, Lenin, Mao Tse-Tung und Trotzki ausgerichtet. Im Jahre 1984 verlor sie überwiegend weiter an politischer Bedeutung. Die Mitgliederzahlen ihrer Organisationen lagen bundesweit zwischen 250 und 1 500 Personen.

Der "Kommunistische Bund Westdeutschland" (KBW), vor Jahren die mitgliederstärkste und finanzkräftigste Organisation in diesem Bereich, stand im Jahre 1984 unmittelbar vor der Auflösung¹. Der "Kommunistische Bund" (KB) und der "Bund Westdeutscher Kommunisten" (BWK) hatten weitere Mitgliederverluste zu verzeichnen. Bei der "Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)" (KPD), deren politisches Vorbild das kommunistische System der Volksrepublik Albanien ist, bei dem "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (AB), der seinen Organisationsschwerpunkt in Bayern hat, und bei der trotzkistischen "Gruppe Internationale Marxisten" (GIM) stagnierte die Zahl der Mitglieder. Hingegen erhöhte sich bei der "Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands" (MLPD) und der "Marxistischen Gruppe" (MG) der Mitgliederbestand.

Die MG, derzeit mit etwa 1 500 Mitgliedern stärkste Gruppierung der "Neuen Linken", trat auch im Jahre 1984 schwerpunktmäßig in Bayern auf. Sie orientiert sich an den Lehren von Marx. Eine eindeutige politische Grundsatzerklärung wurde von ihr im Jahre 1984 nicht abgegeben.

Zur undogmatischen "Neuen Linken", die den Marxismus-Leninismus ablehnt und keine feste Organisationsstruktur hat, zählen im wesentlichen anarchistische und "autonome" Gruppen. Ihre politischen Aktivitäten ergeben sich oft aus tagespolitischen Anlässen und werden durch spontane Aktions- und Demonstrationsformen bestimmt, die bis zum offenen Widerstand gegen Gesetze und staatliche Anordnungen reichen.

Aktionsschwerpunkte waren im Jahre 1984 die Kampagnen gegen

- "NATO-Nachrüstung",

- "US-Munitionstransporte",

- "maschinenlesbaren Personalausweis",

- "Volkszählung".

Der in den letzten Jahren erfolgte Aufschwung der undogmatischen "Neuen Linken" hat sich im Jahre 1984 nicht fortgesetzt.

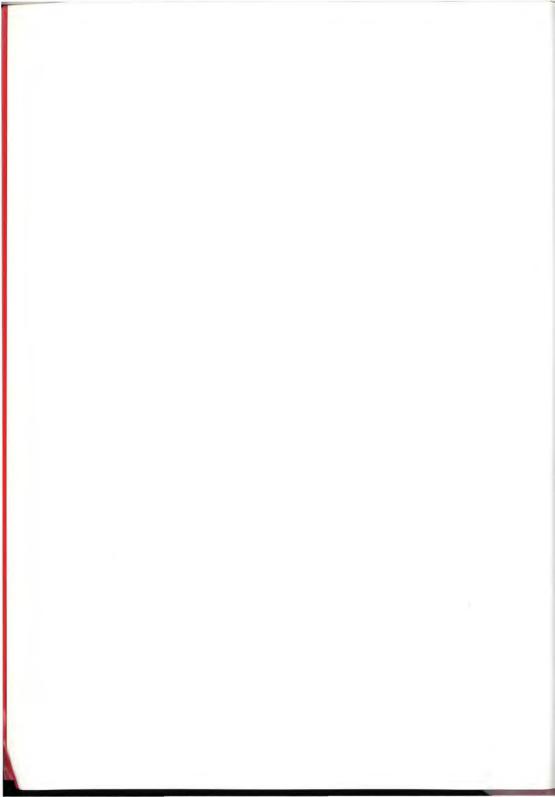
#### 2.2 Situation in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz bestehen Ortsgruppen der MLPD in Mainz und Ludwigshafen am Rhein. Ihre Nebenorganisation, der Ende des Jahres 1983 aus den "Kommunistischen Studentengruppen" (KSG) hervorgegangene "Marxistisch-Leninistische Schüler- und Studentenverband" (MLSV), zeigte in Mainz Aktivitäten.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Am 16. Februar 1985 erfolgte endgültig die Auflösung.



Entlassungen, Ausgliederungen, Rationalisierung stehen bei MAN-Gustavsburg in letzter Zeit auf der Tagesordnung, angefangen vom Aufzugsbau über den Stahlbau und jetzt Montage und der Werkzeugbau.



Während die KPD in Ludwigshafen am Rhein aktiv war, verfügt der AB in Mainz über einen "Stützpunkt".

Die GIM entwickelte Aktivitäten in Mainz und Ludwigshafen am Rhein. Sie unterhielt auch im Jahre 1984 ihre überregionale "Bildungsstätte" in Thalhausen/Westerwald.

Die MG beschränkte ihre Tätigkeit im wesentlichen auf die Verteilung ihrer "Marxistischen Studentenzeitung" (MSZ) und "Marxistischen Arbeiterzeitung" (MAZ) in Mainz und Ludwigshafen am Rhein.

Anhänger der undogmatischen "Neuen Linken" traten in Rheinland-Pfalz vereinzelt durch Schmieraktionen in Mainz, Koblenz, Trier und Worms in Erscheinung.

#### 3. Linksextremistischer Terrorismus

#### 3.1 Allgemeines

Die "Rote Armee Fraktion" (RAF) und die "Revolutionären Zellen" (RZ) sind nach wie vor die bedeutendsten Gruppierungen des linksextremistischen Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Sie stellen eine ernstzunehmende Gefahr für die innere Sicherheit dar.

Die RAF konnte die personelle Einbuße, die sie durch die Festnahme von sieben mutmaßlichen Mitgliedern im Juni/Juli 1984 erlitten hatte, durch Neuzugänge aus dem Umfeld zahlenmäßig ausgleichen. Ende des Jahres 1984 dürften sich etwa 15 Personen wieder im Untergrund befunden haben.

#### 3.2 "Rote Armee Fraktion" (RAF)

Am 26. Juni 1984 wurde in Deizisau bei Esslingen das mutmaßliche RAF-Mitglied Manuela HAPPE bei einer Polizeikontrolle festgenommen. Am 2. Juli 1984 wurden in einer Wohnung in Frankfurt/Main die mußmaßlichen RAF-Mitglieder Ingrid JAKOBSMEIER, Stefan FREY, Helmut POHL, Christa ECKES, Barbara ERNST und Ernst Volker STAUB verhaftet. In dieser Unterkunft wurden Waffen, Geld und umfangreiches Schriftenmaterial sichergestellt. Unter dem Geld befanden sich Banknoten, die aus dem Überfall auf die Zweigstelle der Städtischen Sparkasse Würzburg am 26. März 1984 stammten. Die entdeckten Unterlagen ließen einen Einblick in die aktuelle personelle, logistische und planerische Situation der RAF zu. So

wurde ein "Strategiepapier" aufgefunden, nach dem die RAF für das Jahr 1984 eine "Offensive" mit mehreren aufeinander abgestimmten "Schwerpunktaktionen" vorsah. In der ersten Phase waren Terrorakte auf Pipelines und amerikanische Militäreinrichtungen beabsichtigt, um die Infrastruktur der "Militärmaschine" zu treffen. In der zweiten Phase sollte der Hungerstreik der inhaftierten RAF-Mitglieder von Angriffen gegen den "Justizapparat" begleitet werden. In einer letzten Phase sollten die Terroranschläge gegen die "Militärmaschine" fortgeführt werden.

Hierbei plante der Kernbereich der RAF, die "Inhaftierten" und die Unterstützerszene in diese "Offensive" einzubinden:

"Wir wollen mit Euch zusammen überlegen, wie unsere nächsten Schritte aussehen können, wie wir unsere Strategie, die Machtfrage zu stellen, weiter bestimmen. ... Wir wollen mit Euch zusammen beide Angriffslinien entwickeln - sie gehören zusammen. Wenn wir es schaffen, gemeinsam auf beiden Linien zu intervenieren, wäre das ein entscheidender Sprung nach vorn für uns" ("Strategiepapier").

In den aufgefundenen Unterlagen waren auch Objekte in Rheinland-Pfalz aufgeführt, so etwa die NATO-Pipeline in den Bereichen Eifel/Hunsrück/Mosel und US-Militäreinrichtungen.

Die RAF hat durch entsprechende personelle und logistische Maßnahmen die Voraussetzungen für weitere Terrorakte geschaffen. Folgende im "Strategiepapier" geplante Aktionen wurden durchgeführt:

- Überfall auf ein Waffengeschäft in Maxdorf bei Ludwigshafen am Rhein am 5. November 1984 im Rahmen einer "Beschaffungsaktion", wobei 23 Kurzwaffen, eine Langwaffe und ca. 3 000 Schuß Munition erbeutet wurden.
- Beginn des bundesweiten Hungerstreiks am 4. Dezember 1984, dem sich bis 31. Dezember 1984 32 Häftlinge aus dem Kern- und Unterstützerbereich der RAF angeschlossen hatten. Diese Aktion wurde von Christian KLAR und Brigitte MOHNHAUPT durch eine Erklärung während ihres Prozesses in Stuttgart-Stammheim ausgelöst, die eine Kampfansage gegen den Staat beinhaltete. In der veröffentlichten "Hungerstreikerklärung und Erklärung zur Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF - Dezember 1984" heißt es:

"Wir kämpfen im Bewußtsein der Einheit der Gefangenen aus Guerilla und Widerstand jetzt mit dem Hungerstreik für die Zusammenlegung in große Gruppen. Wir fordern die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention. Gegen die Institutionalisierung von Folter und Kriminalisierung in den NATO-Demokratien ist das die politische Forde-





wir haben am 18.12.84 ein mit sprengstoff beladenes auto in unmittelbarer nähe der shape-school in oberammergau abgestellt.

durt werden die kader für die integrierten stäbe der nato ausgebildet.

ziel der aktion war, die militärs dort direkt auszuschalten.

einheit in der offensive gegen die nato, das multinationale k pital -

den kampf in den metropolen im rahmen des internationalen klassenkriegs führen i

kommando jan raspe rote armee fraktion

warum wir das ziel der aktion nicht erreicht haben:
als der, der das auto reingefahren hatte, zu fuss durch die
pforte zurückging, kam in dem moment ein bundeswehroffizier
auf den pförtner zu und blieb dort stehen.
die anderen vom kommando, die zur absicherung gegenüber in
einem waldstück, ca. 15 meter vom eingang entfernt waren,
hörten noch, wie der offizier fragte und vom pförtner die
antwort bekam "der ist vorhin reingefahren, jetzt geht er
wieder..." - das heisst, von da an hatte der offizier einen

konkreten verdacht. wir sind dann weggegangen.

der zeitzünder war so eingestellt, dass die ladung um 9.30 hochgeht - weil um diese zeit die meisten militärs in der schule sind. "8 stunden zu früh stehengeblieben" und was die bullen sonst noch behaupten, ist quatsch. sie hatten 1 1/2 stunden zeit um das auto zu identifizieren (was bei den 10 autos, die auf dem parkplatz standen, kein problem war) und die bombe zu entschärfen.

das kalkül der bundesanwaltschaft, die aktion gegen den hungerstreik der gefangenen zu drehen wird nicht aufgehen. es zerbricht am kollektiven kampf der gefangenen und an der offensive der westeuropaischen guerilla, der perspektive der revolutionaren front in westeuropa. die jetzt real wird.

daran bestimmen wir unseren angriff.

wir werden in kurze ausführlich was sagen.

rote armee fraktion 20.12.84



rung, für die die Kriegsgefangenen gemeinsam kämpfen, und der mögliche Schutz."

Die Ende des Jahres 1984 in der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken inhaftierten mußmaßlichen RAF-Mitglieder Stefan FREY und Helmut POHL hatten sich dem Hungerstreik angeschlossen.

 Versuchter Sprengstoffanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau am 18. Dezember 1984.

#### 3.3 RAF-Umfeld

Gruppen des RAF-Umfeldes sowie des autonomen Spektrums beteiligten sich im Frühjahr des Jahres 1984 an einer bundesweiten "Gruß- und Paketaktion" für "politische Gefangene". In Aufrufen "Grüsse an politische Gefangene" wurde die "Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand" sowie "freie politische Diskussion und Information für alle Gefangenen" gefordert. Schriften dieser Art wurden auch in den Großräumen Mainz, Ludwigshafen am Rhein und Kaiserslautern festgestellt.

Der am 4. Dezember 1984 begonnene Hungerstreik der Häftlinge aus dem Kern- und Unterstützerbereich der RAF wurde von der Unterstützerszene bis Ende des Jahres 1984 durch 17 Brand- und Sprengstoffanschläge¹ sowie durch Schmieraktionen und Flugblattverteilungen begleitet. In Mainz wurden am 17. Dezember 1984 von unbekannten Tätern an die Türen der Staatsanwaltschaft und des Amtsgerichtes rote Farbeier geworfen. In unmittelbarer Nähe des Tatortes lag ein Flugblatt, in dem Solidarität mit den im Hungerstreik befindlichen "Gefangenen aus RAF und Widerstand" erklärt wurde.

#### 3.4 "Revolutionäre Zellen" (RZ)

Die RZ operieren in mehreren voneinander unabhängigen Kleingruppen und verknüpfen ihre Aktionen mit aktuellen politischen und sozialen Themen, wie "NATO-Nachrüstung", "Arbeitsplatzvernichtung durch Computer" und "Ausbeutung der Frauen".

Die Zahl der Brand- und Sprengstoffanschläge der RZ und ihrer Frauengruppe "Rote Zora" ist gegenüber dem Vorjahr von 27 auf 11 zurückgegangen. Im Jahre 1984 haben die RZ jedoch ihre publizistischen Verlautbarungen deutlich verstärkt. Ihr Ziel war es, durch Diskussionsbeiträge mehr Einfluß in dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum zu gewinnen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis zum Abbruch des Hungerstreiks am 5. Februar 1985 waren es insgesamt 39 Anschläge.

Aktivitäten der "Revolutionären Zellen" wurden im Jahre 1984 in Rheinland-Pfalz nicht bekannt.

#### 3.5 Sonstiges terroristisches Umfeld

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es weiterhin eine Reihe kleinerer Gruppierungen, die sich am Konzept der RAF oder der RZ orientieren und eigenständige Gewalttaten begehen. Im Jahre 1984 wurden durch solche Gruppen insgesamt 116 Anschläge verübt, die in erster Linie mit dem "Kampf" gegen die Nutzung der Kernenergie und gegen die NATO-Nachrüstung begründet wurden.

In Rheinland-Pfalz bekannte sich am 26. März 1984 eine bisher unbekannte Gruppe "Rheinisch-Autonome Freiheitsbewegung - RAF" zu einem Anschlag auf die RWE-Trasse bei Rheinbreitbach (bei Neuwied). Durch Ansägen mehrerer Hochspannungs-Gittermasten entstand ein Sachschaden von ca. 30 000 DM. Der Anschlag wurde damit begründet, daß durch das Abholzen der Trasse ca. 240 000 m² Wald vernichtet wurden.

Am 19. September 1984 wurde die im Bau befindliche Pipeline-Rohrleitung der Firma Ruhrgas/Megal bei Landstuhl von unbekannten Tätern angebohrt. In unmittelbarer Nähe des Tatortes war die Parole angebracht: "Kampf dem NATO-Faschismus", versehen mit einem achtzackigen NATO-Stern und einer Faust in der Mitte.

#### 4. Linksextremistischer Einfluß auf die "Friedensbewegung"

#### 4.1 Allgemeines

Die Demokraten, die in der "Friedensbewegung" die überwiegende Mehrheit bilden, identifizieren sich nicht mit den verfassungsfeindlichen Zielen der Linksextremisten. Allerdings nehmen sie regional verschieden mehr oder weniger stark die Mitwirkung von Extremisten, insbesondere die personelle und materielle Unterstützung der orthodoxen Kommunisten, in Kauf.

Linksextremisten aller Richtungen, vorrangig die orthodoxen Kommunisten, waren auch im Jahre 1984 innerhalb der "Friedensbewegung" aktiv.

Die "Friedensbewegung" bestand ebenso wie im Vorjahr im wesentlichen aus zwei großen Teilen,

- dem "traditionellen" und
- dem "autonomen/unabhängigen" Flügel.

In beiden Flügeln sind sowohl Extremisten als auch Demokraten vertreten. Während die orthodoxen Kommunisten, die DKP einschließlich ihrer Nebenorganisationen und von ihr beeinflußten Organisationen, dem "traditionellen" Flügel angehören, besteht der "autonome/ unabhängige" Flügel vornehmlich aus Gruppen der "Alternativbewegung" sowie aus Extremisten der "Neuen Linken"<sup>1</sup>.

Zur Beschlußfassung über Aktionskonzepte und Strategiepapiere wurden am 11./12. Februar 1984 und 5./6. Mai 1984 bundesweite "Aktionskonferenzen" durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Konferenzen, im wesentlichen eine Erweiterung des sogenannten Minimalkonsenses und ein Aktionskonzept für den "Friedensherbst 1984", verdeutlichen den Einfluß der DKP und deren Umfeld. Die orthodoxen Kommunisten konnten sich mit ihrem Konzept von den "vermittelbaren massenwirksamen Aktionen" und der fast völligen Aussparung der Rüstung des Ostblocks aus der "Friedensdiskussion" gegenüber den "Autonomen/ Unabhängigen" durchsetzen.

Die Planung der "Herbstaktionen" oblag wie im Jahre 1983 dem "Koordinationsausschuß" der "Friedensbewegung". Dem "Koordinationsausschuß" gehören u.a. die orthodox-kommunistisch beeinflußten Organisationen

- "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KFAZ)
- "Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes -Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA)

und die anarchistisch orientierte

- "Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen" (FöGA)

an.

Die "Geschäftsführung" des Ausschusses, die sich im Dezember 1983 wegen interner Differenzen auflöste, reaktivierte sich im Juli 1984. In der neuen "Geschäftsführung" ist u.a. die orthodox-kommunistisch beeinflußte "Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner" (DFG-VK) vertreten.

Neben der "Friedensbewegung" bildete sich eine sogenannte Antikriegsbewegung. Sie setzt sich aus gewalttätigen, antiimperialistisch und anarchistisch orientierten Gruppen und Personen zusammen, die zum Teil der terroristischen Randszene angehören.

Im November/Dezember 1984 beriet der "Koordinationsausschuß" über die Perspektiven der "Friedensbewegung" nach dem "Friedensherbst 1984". Mehrere Organisationen beantragten, daß der Ausschuß künftig nur noch als "Beratungsorgan" fortbestehen sollte. Die Koordination von Großaktionen und bundesweiten Konferenzen würde dann entfallen. Hiergegen wandten sich vor allem die orthodoxen Kommunisten und Anhänger der "Neuen Linken", die auf eine bundesweite Aktionsplanung nicht verzichten wollten. Offensichtlich sieht die DKP ihre bundesweite Bündnispolitik bei einem derartigen Verzicht gefährdet. Auf der Sitzung am 14. Dezember 1984 beschlossen die Gruppen den Kompromiß, daß der "Koordinationsausschuß" im Jahre 1985 in erster Linie Beratungsfunktion haben solle. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß auch Aktionen diskutiert und beschlossen werden könnten.

Die DKP sieht in der "Friedensbewegung" ein erfolgversprechendes Agitationsfeld ihrer bündnispolitischen Bestrebungen. Der Parteivorsitzende Herbert MIES hat zur Integration der DKP in dieser Kampagne und der von ihr verfolgten Ziele in dem Bericht des Parteivorstandes an den 7. Parteitag ausgeführt:

"Sie (die Friedensbewegung) hat den Beweis dafür erbracht, daß das Bündnis von Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen, Grünen und Liberalen im Friedenskampf möglich und notwendig ist. .... Und wenn die Friedensbewegung ihre Einheit bewahrt, ihre Reihen erweitert und ihren Kampf mit neuem Elan fortsetzt, ist sie auch weiterhin ein starker Faktor der Friedenssicherung. Zur weiteren Stärkung dieses Faktors werden wir Kommunisten auch künftig unseren Beitrag leisten" (Protokoll, S. 33).

"Eine der bedeutendsten Lehren des Kampfes gegen die Raketenstationierung - das möchten wir all unseren Mitstreitern in der Friedensbewegung sagen - ist die: Der wichtigste Verbündete der Friedensbewegung in der Welt des Kapitals ist die sozialistische Staatengemeinschaft. Die sozialistische Gesellschaft ist eine Friedensgesellschaft. Die Außenpolitik der sozialistischen Staaten ist Friedenspolitik" (Protokoll, S. 37 f).

Die DKP bewertet ihre Einflußnahme innerhalb der "Friedensbewegung" als bündnispolitischen Erfolg. Ihre Hauptforderung nach Auflösung der NATO findet dort eine breite Anhängerschaft. Hierzu führte das Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats der DKP, Jupp ANGENFORT, anläßlich der 4. Tagung des Parteivorstandes der DKP am 24./25. November 1984 aus:

"Hier zeigt sich, wie an vielen anderen Tatsachen, daß die Hartnäckigkeit richtig war und ist, mit der die Friedensbewegung am Thema blieb: Die Stationierung der US-Atomraketen muß gestoppt werden! Sie müssen raus aus unserem Land! Der Druck der Friedensbewegung hat dazu geführt, daß der Stationierungsprozeß zum Ausgangspunkt einer andauernden Diskussion über den Kurs der NATO geworden ist" (UZ-Extra vom 1. Dezember 1984, S. 5).

Für das Jahr 1985 zählte Sepp MAYER, Mitglied des Sekretariats des DKP-Parteivorstandes, folgende Zielsetzungen für das "eigenständige politische Wirken der Kommunisten in der Friedensbewegung" auf:

"Wir Kommunisten kämpfen um eine klare Ursachenanalyse in bezug auf Hochrüstung und Kriegsvorbereitung; um eine sachliche Aufklärung über die Friedenspolitik der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten, um so den Bedrohungslügen der Raketenpolitiker entgegenzuwirken. Wir stellen die politische Bedeutung einer Politik der friedlichen Koexistenz und der Entspannung gegen die Politik des Revanchismus und der Hochrüstung" (UZ vom 20. Dezember 1984).

#### 4.2 Aktionen in Rheinland-Pfalz

An den vom "Koordinationsausschuß" beschlossenen Großaktionen der "Friedensbewegung"

- "2. Nationaler Widerstandstag" am 30. Januar 1984

- "Ostermärsche" vom 19. bis 23. April 1984

 "Volksbefragung" zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles am 17. Juni 1984

- "Regionale Großaktionen" am 20. Oktober 1984, so u.a. "Menschenkette" Hasselbach (Hunsrück) - Duisburg

- "Bundesweite Verweigerungstage" vom 20. bis 24. November 1984

nahmen auch in Rheinland-Pfalz Linksextremisten, unter ihnen vorrangig orthodoxe Kommunisten, teil.

Die "Ostermärsche 1984" wurden im wesentlichen vom "Ostermarschkreis Rheinland-Pfalz" getragen. Diesem Kreis gehören u.a. ein rheinland-pfälzischer DKP-Funktionär, die Landesvorsitzende der DFG-VK und die Landesgeschäftsführerin der DFU an.

Bei der "selbstorganisierten Volksbefragung" zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles am 17. Juni 1984 war das Mainzer Büro der DFU die Zentralstelle für Rheinland-Pfalz, von der ein Überblick über die Befragungsaktion an den bundesweiten "Koordinationsausschuß" weitergegeben wurde. Mitorganisator der "Volksbefragung" war der "Ostermarschkreis Rheinland-Pfalz".

Zur Mitwirkung der DKP an der "Volksbefragung" erklärte Martha BUSCHMANN, Mitglied des DKP-Präsidiums, daß sich die "Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten" genauso bewährt habe wie das "Zusammenwirken unterschiedlicher demokratischer Kräfte" (UZ vom 22. Juni 1984).

Gegen den Flugtag der US-Streitkräfte in Ramstein fanden am 23./24. Juni 1984 Demonstrationen statt, an denen auch Personen aus dem linksextremistischen Spektrum teilnahmen.

Am "Frauenwiderstandscamp", das in der Zeit vom 2. Juli bis 31. August 1984 unter dem Motto

"Frauenwiderstand im Hunsrück"

in Reckershausen stattfand, beteiligten sich zeitweise bis zu 200 Frauen; unter ihnen befanden sich auch Personen, die der "Neuen Linken" zuzurechnen sind. Die Frauen, die sich teilweise militant verhielten, führten u.a. Demonstrationen und Schmieraktionen vor der Cruise Missiles-Baustelle in Hasselbach (Hunsrück) durch.

Die "Menschenkette" zwischen Hasselbach (Hunsrück) und Duisburg am 20. Oktober 1984 wurde in Rheinland-Pfalz durch den "Ostermarschkreis Rheinland-Pfalz" unter der Anschrift der Landesgeschäftsstelle der DFU in Mainz koordiniert.

# MOTO

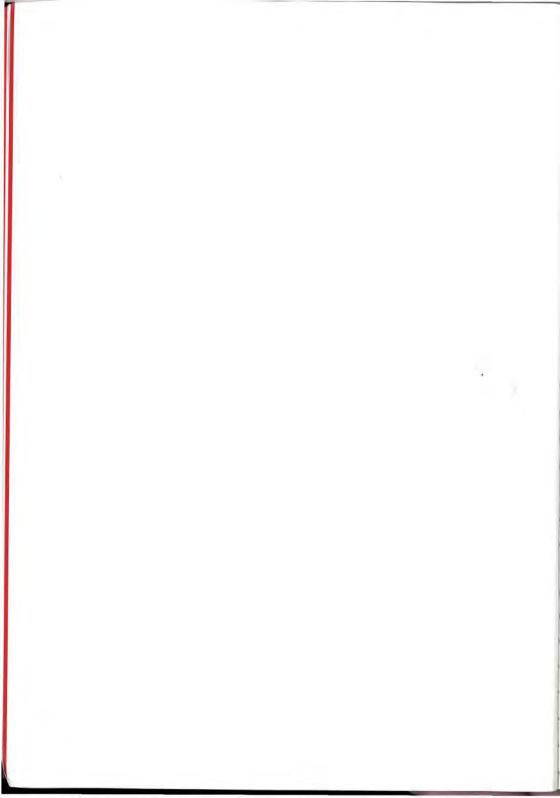
Betriebszeitung der DKP Mainz

MAGIRUS - DEUTZ

WERK MAINZ-MOMBACH

# MAINZ!





#### B. Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus insgesamt bildet gegenwärtig zwar keine ernsthafte Bedrohung für unsere verfassungsmäßige Ordnung. Gleichwohl birgt er infolge seiner Irrationalität und teilweisen Unberechenbarkeit, seines Fanatismus und gesteigerten Fremdenhasses ein gefährliches Gewaltpotential in sich. Die Gewaltbereitschaft von Rechtsextremisten, überwiegend von Neonazis, zeigte sich 1984 in 74 Gewaltakten, davon 11 Terrorakten, sowie in zahlreichen Funden von Waffen, Munition und Sprengstoff. Seine Ideologie beruht auf den tragenden Fundamenten Rassismus und Nationalismus, die zu einer Überbewertung der eigenen rassischen und nationalen Position gegenüber anderen ethnischen Gruppen führen. Daneben spielt der Totalitarismus eine wichtige Rolle, der sich in der Ablehnung der Demokratie und in der Errichtung einer Regierungsform nach dem Führerprinzip äußert. Diese Merkmale sind allerdings bei den einzelnen Organisationen nicht gleichmäßig ausgeprägt.

#### 1. Nationaldemokratische Organisationen

#### 1.1 "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)

#### 1.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Die verfassungsfeindliche Zielsetzung der NPD ergibt sich nicht direkt aus dem Wortlaut der Satzung und des "Düsseldorfer Programms" vom Jahre 1973, sondern vielmehr aus Äußerungen von Funktionären, Aufsätzen in der offiziellen Parteizeitung "Deutsche Stimme" und Propagandaschriften, die der NPD politisch zuzurechnen sind<sup>1</sup>.

Die von der NPD angestrebte "Nationaldemokratie" ist gekennzeichnet durch einen der nationalsozialistischen Weltanschauung entnommenen völkischen Kollektivismus, der biologisch begründet wird und rassistische Merkmale erkennen läßt. Die "Volksgemeinschaft" (Kollektiv) ist der personalen Autonomie des einzelnen übergeordnet. Der Wert der einzelnen

Nach Abschnitt C I 1 des "Düsseldorfer Programms" gibt die NPD vor, sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu bekennen.

Person ergibt sich aus ihrer Stellung und Funktion in der "Volksgemeinschaft". Der Mensch als Individuum bezieht seine eigentliche Daseinsberechtigung aus dem gesellschaftlichen Ganzen. Das Wohl des eigenen Volkes muß für jedermann oberstes Gesetz sein. Das Volk, das nach Auffassung der NPD zerrissen ist und in eine Vielzahl von eigensüchtigen Interessengruppen und Parteien zerfällt, soll zur Einheit der Nation fortentwickelt werden. "Die Nationaldemokratie ist die Verwirklichung der Einheit von Volk und Staat ....". "Oberste Richtschnur ist das Wohl der Volksgemeinschaft". Die übrigen Parteien werden als "System"-, "Lizenz"- oder "Kartellparteien" bezeichnet. Die Interessengegensätze innerhalb der Gesellschaft, auch das natürliche Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft, werden durch die uneingeschränkte Einbindung der Individualinteressen in die "Volksgemeinschaft" aufgehoben. Die Einheit von Mensch, Volk und Nation ist oberster Grundsatz jeglichen Handelns. Diese pauschale Überbetonung der "Volksgemeinschaft" und des "Volksganzen" gegenüber den Individualrechten ist nicht mit der Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, der Volkssouveränität und dem Mehrparteiensystem, die zu den tragenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung¹ gehören, zu vereinbaren.

Die rassistischen Ziele der NPD, die sich durch Erklärungen zur Gefahr der "Rassenvermischung", des "Einheitsbreis" und des "biologischen Volkstods der Deutschen" zeigen, widersprechen der unantastbaren Menschenwürde und dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes<sup>2</sup>.

Das Bundesverwaltungsgericht<sup>3</sup> bestätigt die verfassungsfeindliche Zielsetzung der NPD.

Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts<sup>4</sup> beruhen die rechtlichen Wertungen des Bundesministers des Innern<sup>5</sup> und des Bundesverwaltungsgerichts<sup>6</sup>, die NPD verfolge Ziele, die mit der freiheitlichen demokratischen

Vgl. zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung BVerfGE 2, 1 (13).

<sup>2</sup> Vgl. zu dem von der NPD vertretenen Prinzip der Ungleichheit aller Menschen Abschnitt B 5 des "Düsseldorfer Programms".

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BVerwG, NJW 1981, 1390 (1391); BVerwG, NJW 1981, 1392 (1393); BVerwG, NJW 1984, 813 f.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> BVerfG (die Wertungen des Bundesministers des Innern betreffend), NJW 1981, 1359 (1360) und BVerfG (die Wertungen des Bundesverwaltungsgerichts betreffend), NJW 1981, 2683.

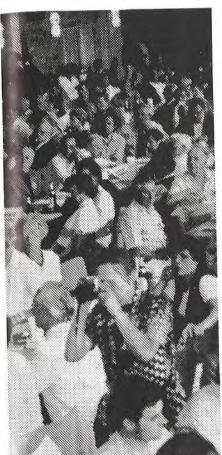
<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Beantwortung der Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion der CDU/CSU zum Rechtsextremismus vom 9. November 1978 (BT-Drucksache 8/2268) durch den Bundesminister des Innern am 11. Januar 1979 (BT-Drucksache 8/2463).

<sup>6</sup> BVerwG, NJW 1981, 1390 (1391).



# Ein Herz für Deutschland...

... damit die Zukunft gestalten ....



In unseren Reihen ist ein Platz leer . . .

# **DER DEINE!**

Umweltschützer, Naturfreunde und Tierschützer, die nicht wollen, daß der deutsche Wald stirbt . . .

Lebensschützer, Christen, die nicht einfach hinnehmen, daß man ungeborenes Leben auf Krankenschein abtreiben kann . . .

Handwerker, Techniker und Ingenieure, die mit ihrem Ideenreichtum und Leistungswillen die Voraussetzung für eine lebenswerte
Umwelt schaffen . . .

#### gehören in die Reihen der Nationaldemokraten!

Deinen Rat und Deine Hilfe brauchen wir, um die Zukunft zu gestalten.



# AUSLÄNDER.

DEUTSCHLANDdenDEUTSCHEN! Die Nationaldemokratische Partel Deutschlands (NPD) sagt dazur

Wir wollen, daß Deutschland das Land der Deutschen bleib! Wir wollen keine Chicago-Zustände in Westdeutschland! Die Nationaldemokratische Pariel Deutschlands (NPD) fordert

- Ausländerstoppl Keine weiteren Ausländer mehr nach. Westdeutr Kriminelle und lilegale Ausländer raus! Wer das Gastrech hat bei uns nichts mehr zu suchen.
- Förderung der Rückkehrbereitscheft, Hilfen rür rückke'
- Erhaltung der Kultur. Die Ausländer haben ein Menstwer eigenen Nationalität. Kultur und Religion. Keine Intertwer eigenen Nationalität.

An alle Freunde der NPD Aller Anlang ist Deine Anständigkeit! Deulsche Palriolen werden vertolgi! Sells one realized by the sells of the sells

Damit DEUTSCHLAND wieder in ORDNUNG komp

Wir beugen uns nicht! Secretary of the secret To get four forms of an other fact of the control o Wir Werden nationaldemokralischen Gemeinsinn vorlebeni Will the light of the light of

Informatio<sup>,</sup>

O JA, ich will bei der NPD-Aktion Aus/ O Schicken Sie mir weiteres Information

GEFAHR! Ausländerflut steigt

Jahr für Jahr kommen Hunderttausende Ausländer in uneer Land. Schon letzt in der die häne in d Wissenschahler haben errechnet: Wir Deutschen werden auf die Dauer zur werden auf die Dauer zur werden auf die Dauer zur deutschen werden auf die Dauer zur zur deutschen auf deutschen werden werden auf die Dauer zur zur deutschen schall geführt das Bild an Auslander behavischen schan jeur das Bild an Auslander behavischen schan jeur das Bild

in US-Amerika Zustände wie

Nern das Pruder in der Auslanderpolisk nicht bald herungeworten wird, dann haben wird.

Wern das Pruder in der Auslanderpolisk nicht bald herungeworten wird, gluck nach wender werden werden wird. Brude nach werden werde

Ausländerstopp NPD fordert

-echtes Elend -nung sind die Folge werden sich aber auf die uer nicht den imperialistischen Machinteressen Nur souverane selbstverantwort unterordnen che und ungeteilte Volker und Staaten bringen die Welt wieder in Ordnung und garantieren den

Nationaldemokratische Partei Deutschlands Rheinland-Pfalz

vfruf an das deutsche Volk

Kriegsgefahr liegt in der Aufrechterhaltung r deutschen Teilung

> e jedes ane die tiefe zu leben jenseits

Ausbeu-

ite Le-

ch-

Das deutsche Volk ist immer Das deutsche Volk ist immer noch geteilt und Spielball fremder Interessen Das erstarrte Bonner Parleiensystem von SPD-FDP-CDU-CSU hat sich mit ger den Ernsten hertrehenden Teilme in Frieden bedrohenden Teilung unrnieden bedronentien reilung un-seres Landes abgefunden. Sie ha-ben die Staatsfinanzen ruiniert und stehen der zunehmenden Arbeitslosigkeit hillos gegenüber Soziale Ungerechtigkeit, innerer Soziale Ungerechigkeit, innerer Unfriede und die abschreckende Zerstorung unserer Umwelt ge-fahrden die Zukunft kommender

Daher wollen wir NATIONALEN DEMOKRATEN eine neue Politik

In Verantwortung für unser Volk und den Frieden in Europa rufen wir alle deutschen Frauen und Manner auf, sich zu unserer neuen Politik der sozialen Gerechtigkeit. deutscher Unabhangigkeit Einheit zu bekennen



Grundordnung nicht vereinbar seien, nicht auf willkürlichen, sachfremden Erwägungen, sondern sind nachvollziehbar.

Bereits im Jahre 1979 hat die NPD mit ihren Nebenorganisationen im rechtsextremistischen Lager die ersten systematischen Akzente einer ausländerfeindlichen Agitation gesetzt. Mit dem zentralen Thema "Ausländerstopp - Deutschland den Deutschen" stellt diese Partei eine Parole in den Mittelpunkt ihrer Agitation, mit der sie ein ihren politischen Zielen entsprechendes und zugleich das Bewußtsein der Bürger bewegendes Thema gefunden zu haben glaubt.

Die NPD fordert in dem sogenannten Germersheimer Manifest den Zusammenschluß beider deutscher Staaten zu einer "Konföderation Deutschland" als Vorstufe zur Wiedervereinigung und ein neutrales Deutschland als Vorbild für ein neutrales Europa.

#### 1.1.2 Organisatorischer Aufbau und Aktivitäten

Die NPD verfügt in Rheinland-Pfalz über einen Landesverband mit 24 Kreisverbänden, von denen allerdings weit weniger als die Hälfte aktiv sind. Funktionsfähige Kreisverbände bestehen überwiegend im südlichen Landesbereich. Eine personelle und auch organisatorische Verbesserung dürfte in nächster Zeit nicht zu erwarten sein.

Die NPD sieht sich nach vielen Jahren stetigen Wähler- und Mitgliederschwundes wieder im Aufwind. Nachdem die Mitgliederzahl der Partei bundesweit von rd. 28 000 im Jahre 1969 auf weniger als 6 000 im Jahre 1982 gesunken war, konnte sie in den letzten beiden Jahren ihre Abgänge durch Neuaufnahmen ersetzen, ihren Mitgliederbestand zum Teil verjüngen und sogar geringfügig steigern. Sie hat derzeit ca. 6 100 Mitglieder. Auch in Rheinland-Pfalz hat die Mitgliederstärke im Jahre 1984 leicht zugenommen; sie beträgt derzeit zwischen 300 und 400 Mitgliedern.

Neben dem regelmäßig erscheinenden Parteiorgan "Deutsche Stimme" gibt die NPD als Informations- und Schulungsmaterial Schriften wie "NPD-Aktuell" und "NPD-Info-Blitz" heraus. Die Anfang des Jahres beim NPD-Landesverband Rheinland-Pfalz erschienene Publikation "Süd-West-Kurier", die das Sprachrohr des Landesverbandes darstellen soll, liegt bisher nur in einer einzigen Ausgabe vor.

In den ersten Monaten des Jahres 1984 konzentrierte die NPD all ihre Kräfte auf die Teilnahme an der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 1984. Der Wahlkampf stand unter dem Motto "Ein Herz für Deutschland". Als Propagandamaterial standen neben einer Wahlsonderausgabe der "Deutschland".

schen Stimme" im wesentlichen Plakate und Flugblätter zu den Themen "Europäische Gemeinschaft", "Ausländerwesen", "Agrar- und Vertriebenenfragen" zur Verfügung. Neben Veröffentlichungen in der Tagespresse wurden als weiteres Werbemittel Korsofahrten mit Lautsprecherwerbung durchgeführt. Zugunsten einer gezielten Betreuung der ländlichen Bereiche wurde weitgehend auf die Durchführung von Großveranstaltungen in Städten verzichtet.

Die NPD erhielt bundesweit 0,8 %¹, in Rheinland-Pfalz 0,7 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Sie hat somit ein Wahlziel, mindestens 0,5 % der Stimmen bundesweit zu erhalten, um an der Wahlkampfkostenerstattung beteiligt zu werden, erreicht². In Rheinland-Pfalz erzielte die NPD in einigen ländlichen Gebieten überdurchschnittliche Stimmengewinne.

Ihren Wahlerfolg führt die NPD auf ihre Forderungen nach einer Revision der Römischen Verträge, nach dem Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der Europäischen Gemeinschaft (Motto: "EG plündert Deutsche aus") und nach den Stopp weiterer Ausländerzuwanderung (Motto: "Deutschland den Deutschen") zurück. Die NPD konnte ihr in den 70er Jahren verlorengegangenes (Wähler-)Potential in geringem Umfang zurückgewinnen und sich neues erschließen.

Die finanzielle Situation der NPD hat sich durch die Erstattung der Wahlkampfkosten für die Wahl zum Europäischen Parlament unerwartet verbessert. Die Partei erhielt ca. 1,8 Millionen DM, mit denen sie ihre Schulden aus früheren Wahlkampfkostenvorauszahlungen in Höhe von 700 000 DM begleichen konnte.

Ihren 18. ordentlichen Bundesparteitag führte die NPD am 3./4. November 1984 in München durch. Er war verbunden mit dem 20jährigen Jubiläum der Partei. Anwesend waren etwa 1 000 Delegierte und Gäste. Etwa 100 Personen demonstrierten mit Transparenten und Sprechchören gegen diese Veranstaltung.

Der diesjährige Landesparteitag der rheinland-pfälzischen NPD fand am 14. Oktober 1984 in Forst an der Weinstraße statt. Die Versammlung stand unter dem Motto "Ein Herz für Deutschland". Als Gäste waren der Parteivorsitzende Martin MUSSGNUG und der Pressesprecher Karl-Heinz VORSATZ anwesend. Der Parteitag verlief ohne besondere Vorkommnisse.

Die Erstattung von Wahlkampfkosten richtet sich nach §§ 18 ff des Parteiengesetzes.

Damit hat die NPD ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl von 1983 in etwa verdoppelt.

DEUTSCHE

Ein Herz für Deutschland ha

Es geht um Deutschlands Zuku

Was Nationalde

rsche 🛅 st



nur ein Deutschland!

TSCHE



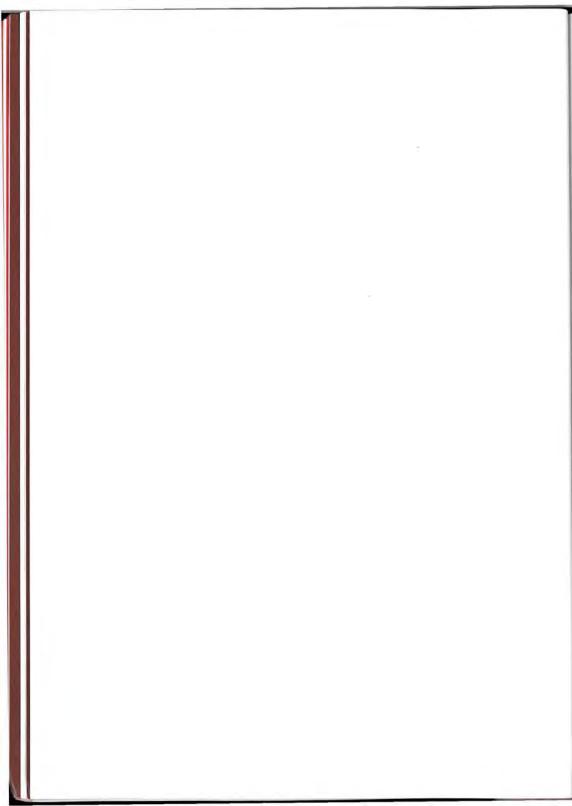
**Europa ist gescheitert!** 

Nationaldemokraten für eine neue Politik!

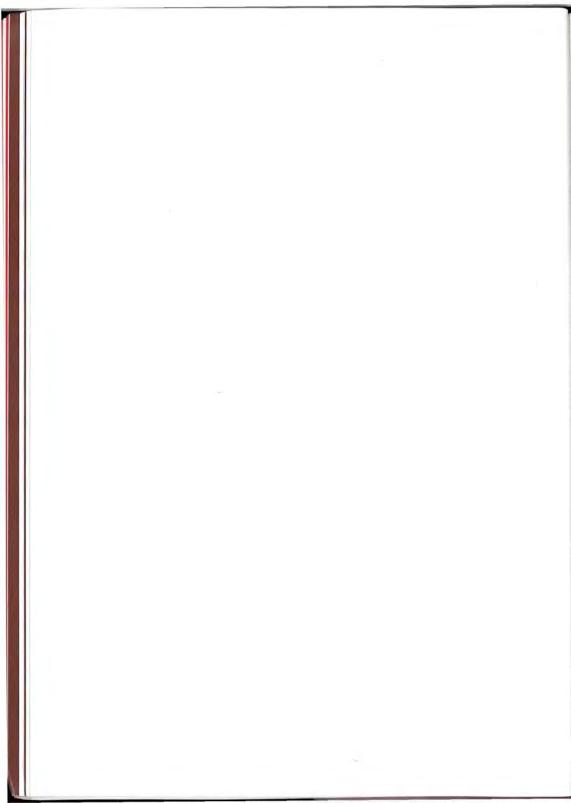




**Wo blieb die Wende, Herr Bundeskanzler?** 







#### 1.2 "Junge Nationaldemokraten" (JN)

Bei den JN zeigt sich nach den letzten Jahren lähmender parteiinterner Streitigkeiten eine gewisse Konsolidierung. Sie konnten ihre Mitgliederzahl von ca. 500 auf etwa 550 Mitglieder erhöhen. Der 13. ordentliche Bundeskongreß am 13./14. Oktober 1984 in Darmstadt demonstrierte eine weitgehende Einheitlichkeit. Die JN sehen sich als Vertreter für alle sozialen Schichten des Volkes. Sie fordern eine "sozialgerechte Gemeinschaft der Völker" und verstehen sich als "lebendige Gemeinschaft des gemeinsamen Ideals – der Wiedervereinigung der deutschen Teilstaaten zu einem Gesamtdeutschland, das gleichberechtigt neben allen anderen Völkern der Welt seinen Platz hat". Ihre Beziehungen zu neonazistischen Gruppierungen, insbesondere zur ehemaligen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA), scheinen die JN im Sinne des "Unvereinbarkeitsbeschlusses" der "Mutterpartei" bereinigt zu haben; hierzu hat das Verbot der ANS/NA sicherlich beigetragen.

Auch die JN in Rheinland-Pfalz scheinen nach der Führungskrise im vergangenen Jahr die "Talsohle" überwunden zu haben und sich in einer Aufwärtsentwicklung zu befinden. Sie haben derzeit etwa 20 Mitglieder. Das Rückgrat des Landesverbandes bildet der Kreisverband Koblenz. Arbeitsfähige Stützpunkte befinden sich in Neustadt an der Weinstraße und in Worms; darüber hinaus betätigen sich Einzelaktivisten im gesamten Landesbereich. Das Verhältnis zwischen den JN und der NPD hat sich wieder verbessert.

#### 2. "National-freiheitliche" Organisationen

#### 2.1 Ideologisch-politischer Standort

Die sich als "national-freiheitliche" Rechte bezeichnenden Organisationen, die durch die "Deutsche Volksunion e.V." (DVU) und deren Aktionsgemeinschaften verkörpert werden, empfinden sich als "eine Solidargemeinschaft politisch Gleichgesinnter". Ihnen fehlt es an einer eindeutig ideologischen Ausrichtung. Ähnlich wie bei der NPD – ausgehend von einem rassistischen Volksverständnis – agitieren sie gegen die "Überfremdung" des deutschen Volkes. Juden werden regelmäßig als Deutschenverfolger dargestellt; Türken gelten als besonderes Zielobjekt einer Fremdenfeindlichkeit. Darüber hinaus wird eine starke antikommunistische Haltung vertreten.

#### 2.2 Organisatorischer Aufbau und Aktivitäten

Die "Deutsche Volksunion e.V." (DVU) mit ihren Aktionsgemeinschaften

"Aktion deutsche Einheit e.V". (AKON)

"Volksbewegung für Generalamnestie" (VOGA)

"Initiative für Ausländerbegrenzung" (I.f.A.)

"Aktion deutsches Radio und Fernsehen" (ARF)

"Ehrenbund RUDEL - Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten" (ER) und neuerdings

"Schutzbund für Leben und Umwelt",

deren Mitglieder zugleich der DVU angehören, bildet im organisierten Rechtsextremismus mit über 12 000 Mitgliedern¹ die zahlenmäßig stärkste Organisation. Der Zulauf hielt auch im Jahre 1984 an. Die Organisationen, die ihren Sitz in Bayern haben, werden von dem Münchner Verleger Dr. Gerhard FREY gesteuert und entscheidend beeinflußt.

Ihnen gehören auch in Rheinland-Pfalz zahlreiche Mitglieder an. Außenwirksame Aktivitäten waren hier jedoch nicht erkennbar; sie erfolgten vor allem als Vortragsveranstaltungen mit dem britischen Historiker David Irving in einzelnen Großstädten der Bundesrepublik Deutschland.

Die von Dr. FREY herausgegebenen Wochenzeitungen "Deutsche National-Zeitung" (DNZ) und "Deutscher Anzeiger" (DA), Presseorgan der DVU, betreiben u.a. Anti-Ausländer-Agitation durch suggestive Schlagzeilen wie etwa "Kommt neue Ausländerflut?", "Die große Ausländergefahr-Stoppt Bonn die Überfremdung?", "Droht neue Türkenschwemme?", "Bald mehr Ausländer als Deutsche?". Der Inhalt der dazu gehörenden Artikel bleibt zwar häufig hinter den durch die Überschriften geweckten Erwartungen zurück, findet aber einen breiten Leserkreis.

Daneben besteht unter der Anschrift des "Druckschriften- und Zeitungsverlages GmbH" (DSZ-Verlag) ein verbreiteter Versandhandel mit einschlägiger Literatur über den 2. Weltkrieg mit Gedenkmünzen und mit anderen Militaria.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ihr Leiter Dr. FREY spricht von mehr als 14 000 Mitgliedern.

### So muß Rudolf Heß leiden

Die Schande der Sieger / Seite 3

# Deutscher Anzeiger

## **Ging Zweiter Weltkrieg** durch Verrat verloren?

Wie Deutschland überlistet wurde

Bald mehr Ausländer als Deutsche? **Durch Streik in den Ruin?** 

Wie Regierung Kohl gestürzt werden soll

35-Stunden-Woche — Wahnsinn des Jahrhunderts?

> Wie das Ausland Oberst Rudel ehrt



Hat Prof. Hackethal richtig gehandelt?

# <u>Das Attentat auf Hitler</u>

Wahrheiten, die verheimlicht werden/s, 3

Deutsche

freiheitlich II unabhängig II iiberparteilich

# <u>Die große Ausländer-Gefahr</u>

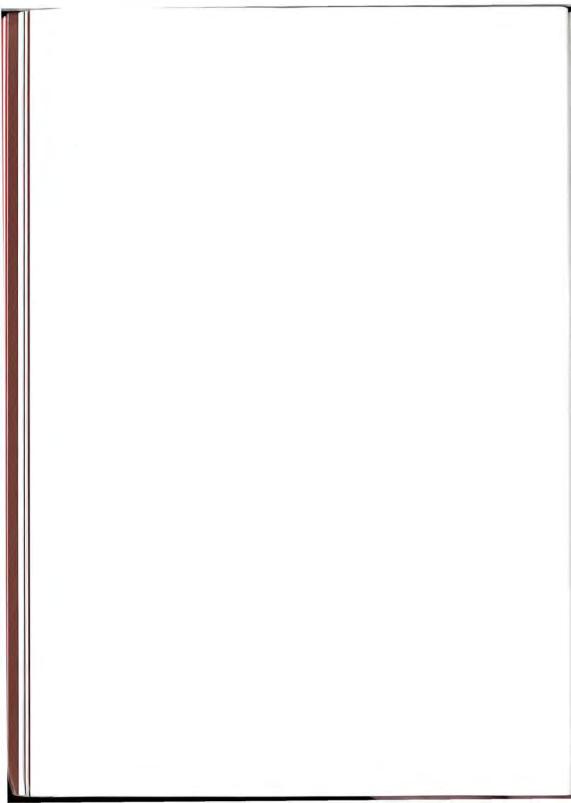
Strait um Irvings Verhaftung

**Stoppt Bonn die Überfremdung?** 

Der Gaskammer-Schwindel von Dachau

Sensationelles Foto entdeckt

Kommt neue Türken-Lawine?



# 3. Neonazistische Organisationen

## 3.1 Allgemeines

Gestützt auf die Weltanschauung der früheren NSDAP des 3. Reiches zielen die neonazistischen Organisationen auf die Wiederherstellung eines dem nationalsozialistischen Staat vergleichbaren oder ähnlichen Systems. Zur Durchsetzung ihrer Ziele schließen Neonazis die Anwendung von Gewalt nicht grundsätzlich aus. In der Agitation des Neonazismus werden der NSStaat und seine Repräsentanten, insbesondere Hitler, glorifiziert, jede Schuld am Ausbruch des 2. Weltkrieges geleugnet sowie Kriegs- und KZ-Verbrechen bestritten oder zumindest verharmlost. Ein ausgeprägter Nationalismus ist Ausgangspunkt für Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus.

Die Gesamtzahl der erkannten Neonazis ist im Jahre 1984 von etwa 1 400 auf ca. 1 350 Neonazis leicht zurückgegangen. Davon sind etwa 1 150 Personen 34 neonazistischen Organisationen zuzuordnen. Das Ansteigen der Zahl der Organisationen um 18 gegenüber dem Jahre 1983 ist auf die Gründung örtlicher "Leserkreise" und anderer Gruppierungen nach dem am 7. Dezember 1983 vom Bundesminister des Inneren verfügten Verbot der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) zurückzuführen. In Rheinland-Pfalz beträgt die Zahl der Neonazis nach wie vor zwischen 25 und 30 Personen.

Der größte Teil der Anhänger und Mitglieder neonazistischer Organisationen ist im jugendlichen Alter. Deutsche Neonazis unterhalten vereinzelt Verbindungen zu Gesinnungsgenossen im westlichen Ausland. Versuche, eine einheitliche westeuropäische NS-Bewegung aufzubauen, blieben im Ergebnis ohne Erfolg.

# 3.2 Ehemalige Mitglieder der verbotenen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA)

Seit dem Verbot der ANS/NA versuchen die ehemaligen Funktionäre und Anhänger, durch die Bildung neuer sowie die Unterwanderung anderer Organisationen eine Basis für ihre extremistischen Aktivitäten und Ziele zu schaffen.

Sie bildeten sogenannte Leser- und Freundeskreise, die als Auffangbecken der ehemaligen ANS/NA-Sympathisanten dienen sollte. In Rheinland-Pfalz wurde im Dezember 1983 ein "Leserkreis Mainz" gegründet, der später in der "Nationalen Volksfront" aufging.

Die bereits seit dem Jahr 1979 im Raum Stuttgart bestehende, aber bisher zahlenmäßig und politisch unbedeutende "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) soll für die Ziele der ANS/NA unter Nutzung des Parteienstatuts der FAP umfunktioniert werden<sup>1</sup>.

Bemühungen, bundesweit Kreis- und Landesverbände der FAP zu gründen, sind nur zum Teil erfolgreich gewesen.

Seit Mai 1984 werden Publikationen, Flugblätter und Aufkleber der ehemaligen ANS/NA unter der Bezeichnung "Bürgerinitiative - Deutsche Arbeiterpartei" (BI-DAP) bekannt. KÜHNEN, der sich im März 1984 nach Frankreich abgesetzt hatte, erklärte in seiner von dort aus verbreiteten Informationsschrift "Neue Front", die BI-DAP sei von ihm am 24. Februar 1984 mit der Zielsetzung gegründet worden, "alle politischen Bestrebungen zu unterstützen, die in irgendeiner Weise den Aufbau einer DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI fördern können".

Durch die Flucht von KÜHNEN verlor die Anhängerschaft der verbotenen ANS/NA teilweise das Vertrauen in ihre "politische Führung". Sie vertrat zunehmend die Auffassung, daß KÜHNEN sich in Paris "ein schlaues Leben mache". Nach Medienberichten, denen zufolge Michael KÜHNEN seine Gesinnungsgenossen im Stich gelassen habe, verstärkten sich diese Auflösungserscheinungen. Infolge zahlreicher exekutiver Maßnahmen waren viele Anhänger der ehemaligen ANS/NA nicht mehr bereit, persönliche und finanzielle Opfer zu bringen. Der Nachfolger KÜHNENs, der Neonazi Thomas BREHL aus Fulda, besaß zudem nicht die Führungs- und Integrationskraft, die teilweise untereinander zerstrittenen "Kameraden" weiterhin in einer festen Organisationsform zu binden.

Mit der Festnahme KÜHNENs<sup>2</sup> im Oktober 1984 trat eine starke Verunsicherung der gesamten neonazistischen Szene ein.

Mitglieder und Sympathisanten der ehemaligen ANS/NA beteiligten sich auch im Jahre 1984 an den bekannten Veranstaltungen des Neonazikreises um Curt MÜLLER in Mainz-Gonsenheim.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In Baden-Württemberg beteiligte sich der Kreisverband Ulm der FAP am 25. März 1984 erfolglos an den Landtagswahlen. Der Kreisverband Frankfurt am Main der FAP nahm am 15. März 1985 ebenfalls ohne Erfolg an den hessischen Kommunalwahlen teil.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Am 25. Februar 1985 wurde KÜHNEN vom Landgericht Frankfurt am Main wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Informationsbriefe zur Lage der Bewegung

# Widecstand



Herausgeber: Michael Kühnen

Redaktion: ChristianWorch Postfach 1103 2114 Hollenstedt

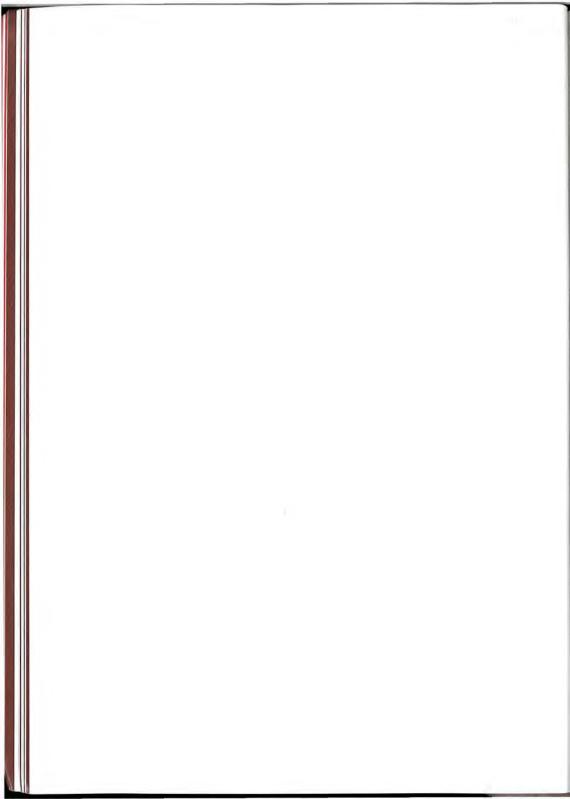
# Die Neue Front

Nr. 18

November 1984



Vorstehender Aufkleber (selbstklebend, Format 10,5 x 7,5 cm, kann bestellt werden bei Kamerad Lutz Altendorf, Kurt-Hubert-Str. 1, 4048 Grevenbroich. 80 Stück kosten 2,-- DM. Da die Kameraden nur auf Bestellung drucken, müßte im Voraus gezahlt werden.



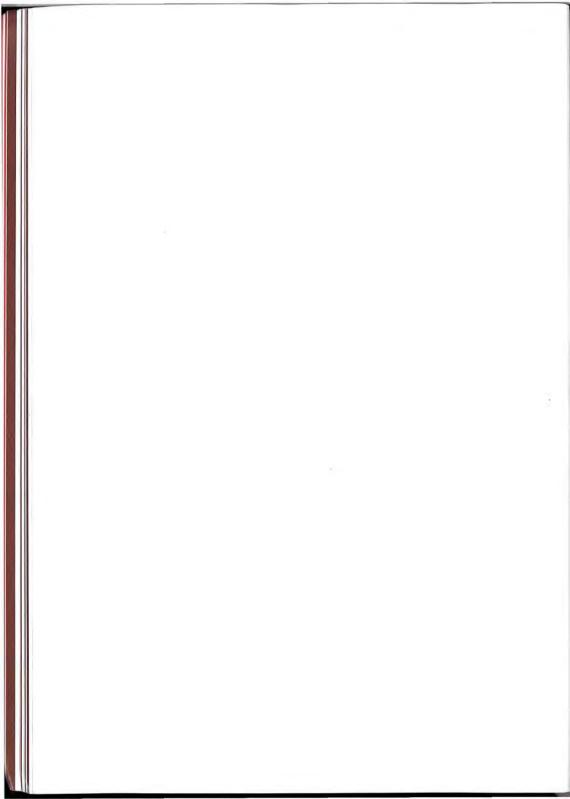
# AKTION/FRONT NATIONALER /OZIALI/TEN

-TROTZ VERBOT NICHT TOD!



Der Kampt geht weiter

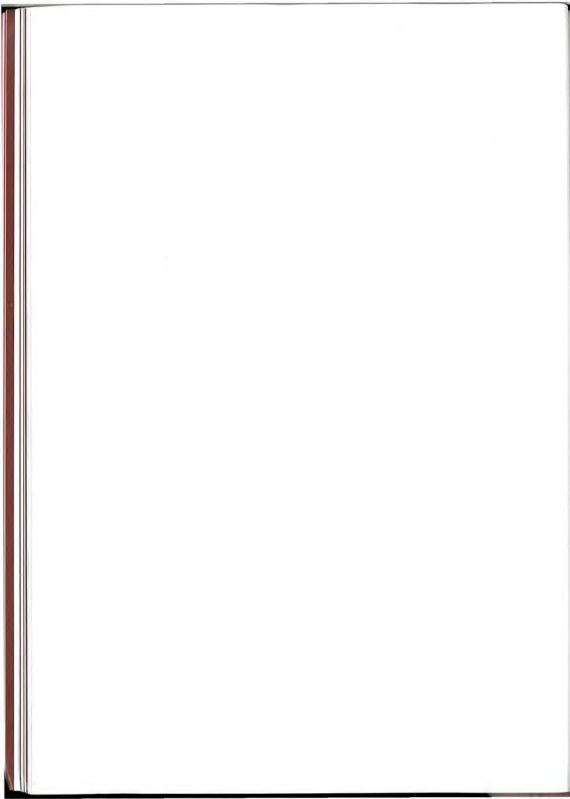
Estaktanachrift: NOTRE EUROPE - Doutsche Ausgabe - S.P.76, P-75462 Paris Codez to FRANKREICS



# NACHRICHTEN DER



Nr. 55 November 1984



# 3.3 "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG)

Gemäß ihrer Satzung betreut und unterstützt die HNG inhaftierte Gesinnungsgenossen sowohl finanziell als auch ideell. Der HNG gehören führende Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet an. Ein großer Teil der HNG-Mitglieder ist darüber hinaus in anderen neonazistischen Gruppierungen organisiert. Mit annähernd 250 Mitgliedern ist die HNG die zahlenmäßig stärkste neonazistische Organisation.

Am 25. Februar 1984 fand in Speyer eine außerordentliche Mitgliederversammlung der HNG statt, an der über 100 Personen teilnahmen.

Die Versammlungsteilnehmer wählten die ehemalige ANS/ NA-Aktivistin Christa GÖRTH aus Bielefeld zur neuen HNG-Vorsitzenden. Der frühere Vorsitzende Henry BEIER aus Frankfurt wurde durch Akklamation Ehrenvorsitzender¹. Der ehemalige ANS/NA-Funktionär Christian WORCH aus Hamburg wurde als verantwortlicher Redakteur der HNG-Schrift "Information der HNG" in seinem Amt bestätigt.

Nach dem Verbot der ANS/NA im Dezember 1983 zeigt sich, daß die HNG eine gewisse Auffangfunktion für ehemalige ANS/NA-Mitglieder ausübt. Eine Radikalisierung der HNG kann daher nicht ausgeschlossen werden, wenn sie auch bemüht ist, alles zu unterlassen, was sie in die Nähe der ehemaligen ANS/NA rücken könnte.

#### 3.4 Neonazikreis um Curt MÜLLER

Dem Neonazikreis um Curt MÜLLER kommt nach wie vor besondere Bedeutung zu. Das Anwesen des Ehepaares Curt und Ursula MÜLLER in Mainz-Gonsenheim war auch im Jahre 1984 Treffpunkt von Neonazis aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland. Die Eheleute MÜLLER üben in der neonazistischen Szene eine überregionale Führungsfunktion aus und unterhalten Kontakte zu Neonazis im westlichen Ausland. Anläßlich der "Hitler-Geburtstagsfeier" im April 1984 versammelten sich bei dem Ehepaar MÜLLER weit mehr als 100 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter zahlreiche Anhänger der verbotenen ANS/NA. Bei der polizeilichen Durchsuchung des Anwesens wurden fünf ehemalige ANS/NA-Anhänger wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte vorläufig festgenommen. Unter den Überprüften befand sich auch die HNG-Vorsitzende Christa GÖRTH aus Bielefeld. Es wurde Propagandamaterial gefunden.

In der Zwischenzeit wurde BEIER auch von diesem Amt entbunden.

Wie in den vergangenen Jahren fanden im Juni und Dezember 1984 ebenfalls im Anwesen der Eheleute MÜLLER "Sonnwendfeiern" statt, an denen jeweils über 100 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen. An den Zufahrtsstraßen zum Grundstück führte die Polizei Personenkontrollen wegen des Verdachts der Teilnahme von ehemaligen Mitgliedern der verbotenen ANS/NA durch. Dabei wurden jeweils mehrere als ehemalige ANS/NA-Anhänger erkannte Personen zurückgewiesen.

#### 3.5 "Nationale Volksfront" (NVF)

Am 19. Februar 1984 haben sich die nach dem Verbot der ANS/NA im Dezember 1983 aufgetretenen "Leserkreise" Mainz und Rüsselsheim zur NVF als neue neonazistische Organisation im Rhein-Main-Gebiet zusammengeschlossen. Die NVF besteht aus wenigen Mitgliedern. Sie wurde bisher maßgeblich von dem Neonazi Willibald KRAUS beeinflußt und geleitet, der bei den Eheleuten Müller in Mainz-Gonsenheim wohnt. Ziel der NVF sind u.a.

- "die Aufhebung des NS-Verbotes",
- "ein Friedensvertrag mit dem deutschen Volk",
- "die Schaffung eines gesamten Deutschen Reiches."

Publikationsorgan der NVF ist die Monats-Broschüre "DIE EISERNE FAUST", die erstmals mit der Ausgabe Nr. 3, 1. Jahrgang, März 1984, erschien.

Die NVF beschränkt sich im wesentlichen auf interne Zusammenkünfte, die auch im Anwesen der Eheleute MÜLLER stattfinden<sup>1</sup>.

Einzelne Mitglieder der NVF wurden zudem bei dem bekannten Neonazi Ernst TAG in Ludwigshafen festgestellt; einige haben an der HNG-Veranstaltung am 25. Februar 1984 in Speyer und an den bekannten Veranstaltungen des Ehepaares MÜLLER teilgenommen.

#### 3.6 Ernst TAG

Der in Ludwigshafen am Rhein wohnhafte Ernst TAG, der sich selbst als "Nationaler Sozialist" bezeichnet, tritt bekanntlich seit dem Jahre 1980 für folgende politische Organisationen auf:

Anfang des Jahres 1985 wurde eine neue neonazistische Organisation mit der Bezeichnung "Sozialistischer Bund Reichstreuer Patrioten" (SRP) in Mainz bekannt. Publikationsorgan ist die Broschüre "Reichswart".



# DIE 1. Jahrgang EISERME FAUST

#### STIMME DER NATIONALEN VOLKSFRONT (NVF)



#### LEBEN HEIBT KAMPF

Deutschland in Not Das trifft uns alle Deutschland sind wir. Uns geht es an. Jetzt kneifen – nein – In keinem Falle Oh nein Wir denken nicht dazan.

Trutz Terror, Unzucht, Schmach und Schande. Wir stellen die Ordnung wieder her. Im lieben deutschen Vaterlande. Und wenn die Welt Voll Teufel war!



OSIN Detai Dem Hann, Der fichn

Lenzing/Mänz 1984/ 94 JdF

Numer 2/1

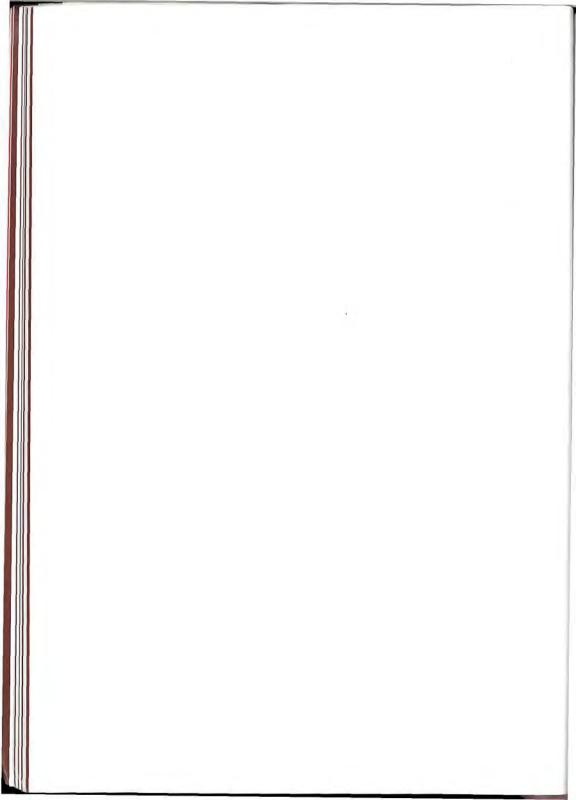
DIE 1. Jahraana

# EISERNE FAUST

STIMME DER NATIONALEN VOLKSFRONT (NVF)



Ausgabe für die Monate Brachet und Heuert Juni und Juli 1984/95 Jdf





# **NATIONALERSOZIALISTISCHER** WIDERSTAND

DIE DEUTSCHE JUGENDBEWEGUNG

Druck : REICHSDRUCKEREI

# Auf zum letzten Gefecht!

ZU DEUTSCHLAND UND ZU UNS SELBST.

TROIZ DER MILLIONENFACHEN MORDE UND VERBRECHEN VON AUSLANDISCHEN STAATEN UND VOLKERN VOR-UND INSBESONDEER NACH DEM 11. WELTKRIEG, SIND HIP BEREIT HIT ALLEN DIESEN VOLKERN IN FRIEDEN UND EINTRACHT ZU LEBEN. WIR ERKENNEN AN DAD ALLE MENSCHEN GLEICHBERECHTIGT: JEDOCH NICHT GLEICH SIND, RASSENMISCHUNG LEHNEN WIR ALS VOLKERMORD, AB.

SO, WIE JEDER KURPER UND JEDES DING SEINEN PLATZ BRAUCHT, BRAUCHEN AUCH VOLKER INREN PLATZ IN DER WELT, AUCH WIR DEUTSCHE BRAUCHEN UNSEREN PLATZ AUF DIESER FORL JUM LESEN ZU KONNEN.

DEUTSCHLAND IST KEIN EINWANDERUNGSLAND.

FREMDARBEITER UND GEBER ABROMMI INGE SOWIE GEREN ABROMMI INGE GIE IN WEST-DEUTSCHLAND GEBOREN WURDEN SIND KEINE DEUTSCHEN, WIR SIND NICHT BEREIT, UNSER LAND MIT AUSLANDERN ZU TEILEN, DIE AUS WIRTSCHAFTLICHEN GRONDEN INRE EIGENE HEIMAT VERLASSEN HABEN.

IN DER TORKET SIND UNS TORKEN FREUNDE. IN DEUTSCHLAND SIND SIE UNSERE ARBEITS-PLATZKONKURENTEN , GEGNER .

WIR FORDERN UNSERE DEUTSCHE JUGEND AUF HIT UNS ZU KAMPFEN.WER LEBEN
MILL,DER MUB SICH DEHAUPTEN.

WIR SIND GEGEN :

DIE WEITERE ZERSTORUNG DER JUGEND, GLGEN JUGENDARBEITSLOSIGKEIT, GEGEN MASSUNGIFT, GEGEN PONDOGRAPHE, GEGEN PONDOGRAPHE, GEGEN SER KARTELLPARTEIEN. GEGEN SER KARTELLPARTEIEN.

WIR SIND FOR :

DEUTSCHLAND.
FOR FREINEIT.
FOR MENSCHENWORDE.
FOR MENSCHENWORDE.
FOR WORSE UND MENSCHENACHTUNG.
FOR WORDE UND AMSTANO.
FOR WORLSTAND FOR ALLE DEUTSCHE.

FOR FRIEDEN IN DER WELT. FOR EIN UMMELTFREUNDLICHES DEUTSCHLAND IN GERECHTEN GRENZEN .

NATIONALESOZIALISTISCHE Jugend in der ' G A D 'Anschrift: MS-W , Postf, 21 14 65,6700 Ludwigshafen,Telefon; 0621-69 76 25 Jugendtreff: Jaden Mittwoch ab 19 Uhr in 67 Ludwigshafen,Sedanstr.37 V.1.S.d.P.GAO Landesvorstand Rheinland-Ffalz,Ernst Te, Sedanstr.37





- VDR<sup>1</sup>= "Verein zur Förderung und Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und des Deutschen Volkes in Frieden und Gleichheit vor allen Völkern e.V."
- GAD = "Grüne Aktion Deutschland Landesverband Rheinland-Pfalz" und
  "Volksbegehren/Bürgerinitiative gegen Pornographie und
  Sittenverfall"

Er verbreitet Flugblätter dieser Organisationen als Briefkastenwurfsendungen vorwiegend im Stadtgebiet Ludwigshafen.

In der letzten Zeit hat TAG, der dem Neonazikreis um Curt MÜLLER zuzurechnen ist und als Sympathisant der verbotenen ANS/NA gilt, seine eigenen "politischen" Aktivitäten verstärkt. So gründete er Anfang 1984 den "Bundesrepublikanisch-jüdischen Wiedergutmachungs-Club" (WC) mit dem Ziel, "das Verhältnis zwischen Bundesbürgern und Juden auf einen akzeptablen Nenner zu bringen". Der "WC-Club" dient ihm als Plattform, um mit versteckter Ironie gegen die Juden zu polemisieren.

Außerdem unterhält TAG an seinem Anwesen in Ludwigshafen am Rhein einen Schaukasten, in dem er im ständigen Wechsel seine rechtsextremistischen Druckwerke offen zur Schau stellt. Darüber hinaus betrieb er bis vor kurzem über einen telefonischen Anrufbeantworter "politische" Agitationspropaganda. Dieser Anrufbeantworter wurde aufgrund des Urteils des Amtsgerichts - Schöffengericht - Ludwigshafen am Rhein vom 25. Juli 1984 (Az. 140 Js 16238/83) eingezogen<sup>2</sup>.

Neuerdings versucht TAG, eine eigene neonazistisch ausgerichtete Gruppe aufzubauen. Am 29. Dezember 1984 wurden in Ludwigshafen am Rhein und Mannheim Flugblätter mit der Aufschrift "Nationalsozialistischer Widerstand - Auf zum letzten Gefecht" verteilt, für die TAG verantwortlich zeichnet und mit denen für eine "Nationale Sozialistische Jugend" geworben wird. Anläßlich einer Demonstration von Antifaschisten am 22. September 1984 vor dem Anwesen von TAG wurden fünf Neonazis erkannt, die offensichtlich als "Objektwache" eingeteilt waren.

Von den bisher gegen TAG eingeleiteten zahlreichen Ermittlungsverfahren,

<sup>2</sup> Seit Anfang 1985 läßt TAG über seine Telefonnummer wieder rechtsextremistische Pamphlete abspielen. Am 27. März 1985 wurde das Gerät erneut eingezogen.

Auch bekannt als "Deutsches Vereinigtes Reich e.V." (DVR); allerdings nicht im Vereinsregister eingetragen.

die in der Regel Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung zum Gegenstand hatten, mußte aus Rechtsgründen die überwiegende Anzahl eingestellt werden.

Zuletzt wurde TAG im Juli 1984 wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten auf Bewährung verurteilt<sup>1</sup>, da er Flugblätter mit der Überschrift "Vom Wächteramt der Juden" in einer Auflage von 13 000 Exemplaren gedruckt und verteilt hatte.

#### 3.7 Antisemitische Aktivitäten

Zu den von Neonazis durchgeführten Aktionen gehörten auch im Jahre 1984 gegen jüdische Mitbürger gerichtete NS-Schmierereien, vornehmlich Hakenkreuze, und die Verbreitung von volksverhetzendem Schriftenmaterial.

Von den beiden Personen, die verdächtigt wurden, Ende des Jahres 1982 Exemplare eines mit "Jude ärgere dich nicht" überschriebenen "Spieles" versandt zu haben, wurde die eine im September 1984 vom Landgericht Zweibrücken wegen eines Vergehens der fortgesetzten Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von 9 Monaten mit Bewährung verurteilt, die andere freigesprochen<sup>2</sup>.

# 4. Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen

## 4.1 "Soziale Vaterländische Partei" (SVP)

Eine neue Partei<sup>3</sup> macht seit Anfang 1984 durch Verbreiten von Flugschriften in einzelnen Bundesländern, u.a. in Rheinland-Pfalz, auf sich aufmerksam.

Urteil des Amtsgerichts - Schöffengericht - Ludwigshafen am Rhein vom 25. Juli 1984 (Az. 140 Js 16238/83). Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Im Zusammenhang mit Aktivitäten des VDR war TAG im Jahre 1982 rechtskräftig zu einer Geldstrafe von 6 000 DM verurteilt worden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Gegen das Urteil des Landgerichts Zweibrücken vom 19. September 1984 (Az. 26 Js 2508/83) wurde von dem einen mutmaßlichen Täter und der Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Die Revisionen wurden in der Zwischenzeit vom Bundesgerichtshof verworfen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Die SVP hat sich bei der Kommunalwahl in Hessen am 10. März 1985 in Frankfurt am Main zur Wahl gestellt.

Gründer und Vorsitzender der SVP ist Volker FINK aus Rennerod (Westerwald). Die bisher erkannten Aktivitäten der SVP bestehen maßgeblich in der Agitation gegen die Integrationspolitik zugunsten der Ausländer, die aus Gründen der "Rettung unseres Volkstums und unserer Wirtschaft" abzulehnen sei. Ihre Forderungen konzentrieren sich hauptsächlich auf "die bedingungslose Rückführung aller Ausländer" mit den Argumenten "der Sicherung der Arbeitsplätze für Deutsche sowie der Bewahrung unseres Volkes vor dem Untergang in fremden, geburtenstarken Völkern und vor dem wirtschaftlichen Chaos".

Die Flugblätter der SVP sind Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts der Volksverhetzung bei der Staatsanwaltschaft Koblenz.

## 4.2 "Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG)

Das DKEG, eine bereits im Jahre 1950 gegründete rechtsextremistische Kultur- und Weltanschauungsvereinigung, hat sich "die Förderung und Erhaltung deutschen Geistes- und Kulturlebens im Zusammenleben der europäischen Völker" zum Ziel gesetzt. Es sieht in der "Verdorbenheit der Lebenssubstanz" ein "neues rassisches Problem" und spricht davon, daß das "Untermenschentum allenthalben seine Verbrüderung findet zur Befriedigung der Augenblicksbedürfnisse". Für seine Mitglieder unterhält es in einzelnen Bundesländern sogenannte Pflegstätten, die dem Gedankenaustausch im Sinne des DKEG und der Geselligkeit dienen.

Interne Auseinandersetzungen über den politischen Standort der Organisation führten in den vergangenen Jahren zum Austritt zahlreicher Mitglieder.

Die von der in Rheinland-Pfalz bestehenden "Pflegstätte Pfalz" des DKEG organisierten kulturellen Vortragsveranstaltungen in Neustadt an der Weinstraße fanden auch im Jahre 1984 ein interessiertes Publikum. Als Referenten treten u.a. so bekannte Rechtsextremisten wie Dr. Rolf KOSIEK aus Nürtingen und Wolfgang JUCHEM aus Bad Neuenahr-Ahrweiler auf.

## 4.3 "Stahlhelm e.V. Kampfbund für Europa Landesverband- Pfalz"

Die bereits im Jahre 1983 erkennbare rückläufige Tendenz in der Mitgliederentwicklung im "Stahlhelm Landesverband-Pfalz" hat sich im Berichtsjahr weiter fortgesetzt. Auch ist es dem amtierenden Landesvorsitzenden bisher nicht gelungen, den Verband zu aktivieren. Die sogenannten Appelle finden regelmäßig statt. Am 24. Juni 1984 wurden im Pfälzer Wald eine "Sonnwendfeier" und wie jedes Jahr auch 1984 im November eine "Heldengedenkfeier" in Weilerbach durchgeführt.

#### 4.4 "Initiative deutscher Interessen e.V." (I.d.I.)

Die im Jahre 1980 durch rechtsextremistische Bestrebungen bekanntgewordene I.d.I. in Worms hat ihre wehrsportartigen Übungen weitgehend eingeschränkt. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt derzeit bei Verteileraktionen im vorderpfälzischen Raum. Hierbei wird neben Flugblättern der I.d.I., in denen gegen die Wirtschafts- und Ausländerpolitik der Bundesregierung polemisiert wird, auch Schriftenmaterial der NPD, der DVU und anderer rechtsgerichteter Gruppierungen verbreitet.

Neben zum Teil engen Verbindungen einiger Mitglieder zur NPD bestehen auch Kontakte zum "Stahlhelm Landesverband-Pfalz".

# 4.5 Arbeitskreis Sickingen

Der von der NPD nahestehenden Personen getragene und auf Rheinland-Pfalz beschränkte Arbeitskreis Sickingen führt Veranstaltungen aus besonderen Anlässen durch. Es handelt sich vornehmlich um "Sonnwend- und Gedenkfeiern", in deren Mittelpunkt die Pflege des "Deutschtums" steht. Besonderes Interesse fand eine Vortragsreihe des Arbeitskreises Sickingen im Juli 1984 in der Pfalz, auf der der ehemalige Pilot Adolf Hitlers, Flugkapitän a.D. Hans Baur, über seine Erlebnisse sprach.

# 5. Rechtsextremistische Einflußnahme auf "Skinheads", Fußballfans u.a.

Die im Jahre 1983 festgestellten Versuche von Rechtsextremisten, insbesondere von Neonazis, auf bestimmte Gruppierungen junger Menschen, wie sogenannter Skinheads und Fußballfans, die vereinzelt durch provokantes Verwenden von NS-Kennzeichen und -parolen auffallen, Einfluß zu nehmen, haben sich im Berichtszeitraum nicht weiter verstärkt. Die Rechtsextremisten mußten erkennen, daß die meisten ihrer Zielpersonen kein politisches Interesse haben.

In Rheinland-Pfalz hat der im Dezember 1983 beim Landgericht Kaiserslautern geführte "Skinhead-Prozeß" seine Wirkungen nicht verfehlt und zur Zurückhaltung in der Szene beigetragen. In diesem Prozeß wurden als Fußballfans auftretende "Skinheads" aus Kaiserslautern wegen eines Überfalls auf eine überwiegend von Türken besuchte Gaststätte im September 1983 zu Freiheitsstrafen verurteilt.

# C. Ausländerextremismus

# 1. Allgemeines

In der Bundesrepublik Deutschland lebten im Jahre 1984¹ ca. 4,4 Millionen, in Rheinland-Pfalz ca. 166 000 Ausländer. Wie in den vergangenen Jahren bilden auch in Rheinland-Pfalz Türken, Italiener und Jugoslawen die größten Gruppen ausländischer Staatsangehöriger.

Der weit überwiegende Teil der Ausländer verhält sich nach wie vor gesetzestreu und achtet die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Loyalität gegenüber dem Gastland zeigen auch diejenigen Ausländer, die sich extremistischen Ausländerorganisationen² angeschlossen haben, ohne sich mit deren politischen Zielen aktiv zu identifizieren. In erster Linie suchen sie dort Kontakte zu Landsleuten oder erwarten Betreuung und Unterstützung in der Fremde.

Die Aktivitäten extremistischer Ausländer werden weiterhin von den Konflikten und Krisen in ihren Heimatländern, in erheblichem Ausmaß aber auch von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt. Einige Vereinigungen mußten Mitgliederverluste hinnehmen. Hingegen stieg die Zahl der Gewaltakte gegenüber dem Vorjahr bundesweit um 16 auf 108. Gleichwohl war die Sicherheit unseres Landes im Berichtsjahr durch extremistische Ausländer nicht akut gefährdet.

## 2. Türken

# 2.1 Allgemeines

Im Unterschied zu den orthodox-kommunistischen Türken sind die Gruppen der türkischen "Neuen Linken" gewaltorientiert und stellen daher ein gewisses Sicherheitsrisiko dar. Sie schlossen Aktionseinheiten und Bündnis-

Stand: 30. September 1984

Es handelt sich um Organisationen von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern, deren Bestrebungen sich nach § 3 Abs. 1 des Landesverfassungsschutzgesetzes (LVSG) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

se, teilweise mit deutschen Linksextremisten, die auf eine Veränderung des derzeitigen politischen Systems in der Türkei abzielen. Extrem nationalistische Türken hielten sich dagegen mit öffentlichen Aktivitäten weitgehend zurück.

Die bekannten Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextremistischen Türken nahmen im Berichtsjahr in Rheinland-Pfalz weiter ab. Bei Schlägereien zwischen rivalisierenden Türken, wie etwa bei den Messerstechereien in Ludwigshafen am Rhein am 18. August 1984 und in Mutterstadt am 26. August 1984 sowie bei der schweren Schlägerei in Kaiserslautern am 26. August 1984, ließ sich ein politischer Hintergrund nicht mehr eindeutig belegen.

#### 2.2 Linksextremisten

Die linksextremistischen Türken agierten gegen die in ihrem Heimatland bestehenden Regierungsverhältnisse. In diesem Zusammenhang fanden mehrfach Protestaktionen mit unterschiedlichen Schwerpunkten, insbesondere gegen angebliche staatliche Übergriffe in Verbindung mit der Strafverfolgung von Gesinnungsgenossen im Heimatland statt. Darüber hinaus richteten sich Aktionen linksextremistischer Türken gegen staatliche Organe sowie das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland.

Eine der mitgliederstärksten türkischen Organisationen, die orthodoxkommunistisch ausgerichtete "Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V." (FIDEF), hielt im April 1984 in Essen ihren 8. Jahreskongreß ab. Sie setzte sich dabei u.a. für eine Unterstützung der "Friedensbewegung" in der Bundesrepublik Deutschland und für eine Generalamnestie in der Türkei ein. Unter den etwa 800 Teilnehmern befanden sich als Gäste auch Vertreter deutscher linksextremistischer Organisationen. Aus Rheinland-Pfalz beteiligten sich ebenfalls türkische Staatsangehörige an diesem Treffen.

#### 2.3 Rechtsextremisten

Bei den türkischen Rechtsextremisten handelt es sich um extrem nationalistische oder islamisch-extremistische Organisationen.

Zu den bedeutendsten extrem nationalistischen Organisationen gehört die "Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V." (ADÜTDF)<sup>1</sup> mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie vertritt das Gedan-

Die ADÜTDF wird auch "Türk-Föderation" genannt.



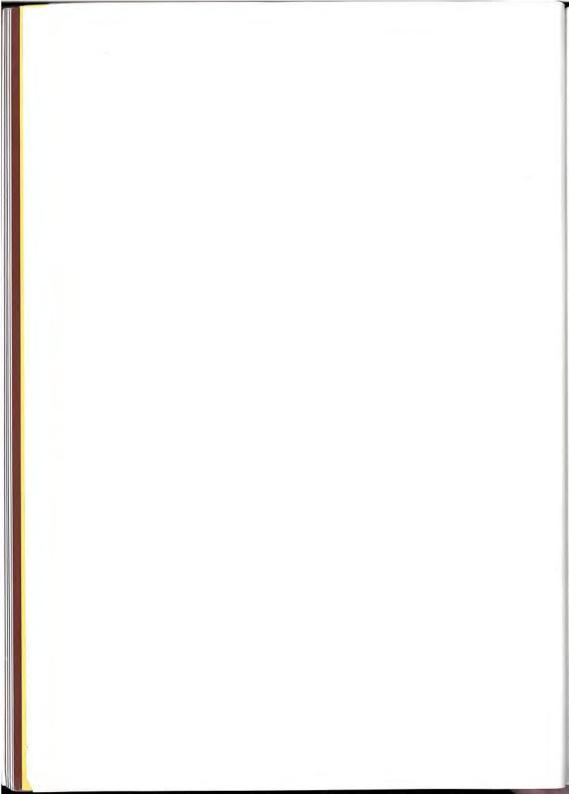
YARGILAYAMAZ



1 MAYIS ta Devrimci Mucadele Biokiarında Buluşalım !

UBLIK ODER IN AKTI

REPUBLIK TÜRKEI WIEDER IN AKTION!



kengut der in der Türkei verbotenen "Partei der Nationalen Bewegung" (MHP)¹. Die ADÜTDF führte im April 1984 in Wiesbaden ihren 6. Großen Kongreß durch. An diesem Treffen nahmen über 2 000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem europäischen Ausland teil. Vorsitzender der ADÜTDF ist Dr. Ali BATMAN aus Frankfurt am Main. Ein Vorstandsmitglied hat seinen Wohnsitz in Rheinland-Pfalz.

Unter den islamisch-extremistischen Organisationen ist die "Islamische Union Europa e.V." mit Sitz in Köln die bekannteste. Mit ihrem Streben nach Reislamisierung des türkischen Staates und dessen Eingliederung in eine islamische Staatengemeinschaft propagiert sie die politischen Ziele der in der Türkei verbotenen "Nationalen Heilspartei" (MSP).

#### 3. Kurden

Die Kurden streben einen autonomen kurdischen Staat an, der die kurdischen Gebiete im Iran, im Irak, in der Türkei und in Syrien umfassen soll.

Teile dieser nach Autonomie strebenden Kräfte befürworten die Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele.

Seit dem Jahre 1979 entfaltet die im Jahre 1975 in der Türkei gegründete und kurz darauf dort verbotene "Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) auch in der Bundesrepublik Deutschland extremistische Aktivitäten. Dabei lehnt sie sich am moskauorientierten Marxismus-Leninismus an und bekennt sich zum proletarischen Internationalismus mit dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft. Die PKK befürwortet ausdrücklich den "unvermeidbaren bewaffneten Kampf" gegen Polizei, Militär und Regierung in der Türkei. Bei ihrer jährlichen Gründungsfeier, die im Jahre 1984 in Köln stattfand, konnten rund 4 000 Teilnehmer aus dem In- und Ausland festgestellt werden.

Ähnliche politische Ziele verfolgt die "Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V." (KOMKAR). Im März 1984 wurde in Köln die "Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V." (FEYKA-Kurdistan) gegründet. Die FEYKA-Kurdistan versteht sich nach ihrer Satzung als Dachorganisation der im Bundesgebiet ansässigen

In Anlehnung an die u.a. auch von den Jugendorganisationen des MHP verwendete Symbolfigur "Grauer Wolf" werden türkische Rechtsextremisten, insbesondere die Anhänger der "Idealistenvereine", von ihren politischen Gegnern als "Graue Wölfe" bezeichnet. Eine Organisation "Graue Wölfe" gibt es allerdings in der Bundesrepublik Deutschland nicht.

Kurdenvereine und sieht ihre Aufgabe u.a. in der Unterstützung des Unabhängigkeits- und Freiheitskampfes des kurdischen Volkes. Bei Plakatklebeaktionen des FEYKA-Kurdistan wurden auch in Rheinland-Pfalz ansässige türkische Staatsangehörige festgestellt.

#### 4. Iraner

Im April 1984 wurde in Mainz die bundesweite "Organisation Iranischer Demokraten im Ausland" (OIDA) gegründet. Bei dieser Organisation, die in mehreren Städten der Bundesrepublik Deutschland Ortsgruppen unterhält, handelt es sich um einen Zusammenschluß von oppositionellen iranischen Gruppen. Die Mitglieder und Sympathisanten der "OIDA" agieren gegen die Regierung Khomeinis. Die Regierung wird als Unterdrücker, als menschenfeindlich und als antidemokratisch bezeichnet.

Gemäß ihrer Satzung verfolgt die OIDA u.a. folgende Ziele:

- "die Verteidigung der Kämpfe der Völker Irans; Sturz des Regimes der Islamischen Republik"
- "den Kampf zur Errichtung der "bedingungslosen" politischen Einheit, Redefreiheit, Religionsfreiheit, freie Wahlen"
- "die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker der Welt"
- "die Verteidigung der nationalen und demokratischen Kämpfe der Völker Iranisch-Kurdistans und ihrer Autonomie".

Die Sektion Mainz der "OIDA" hat sich bisher nur mit Flugblattaktionen an die Öffentlichkeit gewandt.

# 5. Jugoslawen

Die im Bundesgebiet lebenden Exilkroaten, die den gegenwärtigen jugoslawischen Staat ablehnen, verfolgen weiterhin ihr Ziel eines selbständigen Staates Kroatien. Hierbei sind sie bereit, auch mit Waffengewalt vorzugehen. Bei Exekutivmaßnahmen gegen Kroaten wurden Waffen, Munition und umfangreiches Schriftenmaterial sichergestellt.

In Rheinland-Pfalz sind Aktivitäten von exilkroatischen Organisationen im Berichtsjahr nicht bekannt geworden.



### KURDISTAN Jahrgang: 2 Dezember 1984 REPORT Preis 1 -DM

#### DER NATIONALE BEFREIUNGSKAMPF KURDISTANS TRITT IN DAS JAHR 1985 MIT VERSTÄRKTEM KAMPFGEIST EIN!

#### Der Nationale Befreiungswiderstand entwickelt sich!

Am 15. August 1984 berichteten Rundfunkund verschiedene Desseagenturen aus aller Welt bren Volkern über die von PKK-Partisanen versetzten Schläge gegen die kolonialistische, türkische Armee in Eruh (Landkreis yon Surt) and Semdinli (Landkreis van Hakkari). Bei den unterschiedlich kommentierten Berichten wurde auf die hohen Verluste der kolonialistischen Armee hinnewiesen

Die Aktionen von Eruh und Semdinli, die die Botschaft des Nationalen Befreiungskampfes unter der Führung der PKK auf der Ebene des bewaffneten Wider-

standes verkündeten, haben die Frage Kurdistans und den Befreiungskampf auf klare Weise zutage gebracht. Die Gründe der Aktionen und die von ihnen verursachten Resultate sind aus die-Sight was historischer Bedeutung

Berichten zufolge haben sich die Aktionen wie folgt entwickelt: In der Nacht zum 15. August hat

die Refrejungseinheit Kurdistans (HRK) unter der Führung der PKK Überfälle gegen die kolonialistischen Armeetruppen in den Landkreisen Eruh und Semdinli durchgeführt.

Fortsetzung auf Seite 5

#### Der Eintritt unserer ruhmreichen Führerin. Der PKK, in das 7. Kampfiahr wurde von den werktätigen Massen aus Kurdistan mit einer Begeisterung erweckenden Veranstaltung begrüßt!

Der Finnitt der Avantearde des Volkey and Proletariats you Kurdistan, unserer Partet, der PKK, in Kampfjahr wurde von seiten der verktätinen Massen mit einer Begeisterung erweckenden Veranstaltung begrüßt. An der Veranstaltung, die am 1. Dezember1984 in der Sporthalle Köln stattfand, haben sich ca. 7ausend Manner, Franco, Jugendtiche und Alterebeteiliet Tausende von Werktatigen aus Kurdistan, die die Halle ausfullten, bekannten sich zu der Widerstandslinie unserer Partei und verdammten mit ihren Parolen die kolonialistische faschistische Junta und jegliche ihrer Diener. Die wichtigste Elgenschaft dieser Veranstaltung, die eine politische Aktion darstellte, ist die große Teilnahme der werktatigen Massen aus Kurdistan. Trotz aller Schwierigkeiten begannen die Massen sich telion in den Frühstunden des Tages vor der Halle versammeln, um sich an



bekennen, die Widerstandsnam len auszurufen und den kamnfen-HRK (Befreiungseinheit Kurdistans)-Einheiten Starkung zu geben. Lausende von Patrioten, deren Zahl sich gegen 16 Uhr ver-

einen Festort Die moße Beneiste rung und die Atmosphare der Lintschlossenheit verkundeten schon den Verlauf der "Veranstaltung Nationalen Widerstandes dec Kurdistans

Lastretanna and Seite 2

#### Liebe Kurdistan-Report Leser!

Unsere Welt tritt in ein neues Jahr ein. Das Proletariat und die Volker der Welt befinden sich in Vorbereitung, dem Jahr 1985 störker zu begegnen und in diesem Johr eine Welt zu schaffen, in der das Leben erträglicher wird.

Es werden auf der Weltebene von seiten unterschiedlicher Presseand Rundfunkorgane Rilanzen aczagen und versucht darzustellen. was ein ganzes Jahr gebracht bzw. was es genommen hat. Neben den wichtigen politischen Entwicklungen gehören einfache Ereig-nisse, sogar das Leben berühmter Megschen, die man als wichtige Personlichkeiten bezeichnet, zu diesen Bilanzen. Inwieweit die Welt n der Tat gegenüber fundamentalen Ereignissen, gegenüber den für ihre Existenz kampfenden Välkern, die das Schicksal dieser Welt andern, empfindlich ist. bleibt ungewiß. Fines der Lander, dir in das Jahr 1985 auf andere Art eintreten, ist

Kurdistan. In unserem Land Kurdistan, von dem die Welt bis vor kursem so gut wie nichts wußte., wird dem Jahr 1985 mit verstarktem Widerstand unseres Volkes begegnet. Das Jahr 1984 war aus der Widerstand unseres Volkes begegnet. Das unar 1994 war aus der Sicht Kurdistons dos Jahr der Ereignisse. In diesem Jahr wurde in Kurdiston erbarmungslos gekämpft, Wahrend sich unser Wider-stand unter der Führung der PKK tagtäglich erhob, wurden uns unsere Feinde und unsere Freunde klarer. Die faschistischen, turki-schen Kolonialisten und die imperialistischen Krafte, die unseren Kampf und die Sprengung der Sklavenketten unseres Volkes um jeden Preis zu verhindern versuchten, haben ihre grausamen und harbarischen Gesichter, wie in den vergangenen Jahren, offen dargelegt. Der unserem Volk angesagte imperialistische und Koloniali-stische Vernichtungskrieg fand nicht nur in Kurdistan statt, sondern auch auf der europäischen Ebene, wa sich die arbeitenden Massen nus Kurdistan befinden. Besser gesagt, man hat es nicht für nötreci-dia gehalten, diesen fortgesetzten Krieg zu verheimlichen und führte Was waren die Charakteristiken des Jahres 1984 aus der Sicht Kur-

distans? Nach dem militarisch-Jaschistischen Putsch im Jahre 1980 zog sich die PKK ins Ausland zurück und setzte ihre Vorbereitungen fort. Sie beschloß wahrend ihres II. Kongresses im Jahre 1982, diese Vorbereitungen im eigenen Land in einen Kampf umzusetzen und begann, unverzüglich ihre Kröfte nach Kurdistan zu übertragen. Die imperialistischen Kräfte, die sich darüber im klaren waren, daß der Unabhängigkeitskampf Kurdistans ihre Herrschaft in der Region vollig schwächen wurde und der kolonial-faschistische, türkische Staat, der ebenfalls wußte, daß ein solcher Kampf seine eigene Ver nichtung bedeuten würde, haben ihre Angriffe insbesondere ab diesem Zeitpunkt massiviert. In den Jahren 1980 - 1982 wurde der Kompf und die Vertretung der Interessen der Revolution gegen den Feind von seiten der gefangenen Revolutionäre übernommen. In die-sen Jahren versuchte man in den Gefängnissen die Kapitulation zu erweingen und somit die Einschuchterung und den Zusammenbruch innerhalb der Partet zu etreichen. An erster Stelle die PKré-ZK-Mitglieder Mazlum Dogan, Kemal Pir, Hayri Durmus und alle Militanten der PKK haben unter barbarischer Folter die Ideologie der Partei vertreten, den Widerstand erhoben und die Verkommenheit des Feindes dargelegt. Unter welchen grausamen Folterungen die zahlreichen PKK-Militanten ermordet wurden, ist der europäischen Öffentlichkeit bekannt. In diesen Jahren war die kolonialistisehe Barbarei auf dir Gefängnisse konzentriert. Gleichzeitig Fortsetzung auf Seite 10

\*\*\*\*

#### Auf der Veranstaltung des 7. Jahrestages der Gründung der PKK wurde das Grußwort des Generalsekretärs, Abdullah Öcalan, in deutscher Sprache wie folgt wiedergegeben:

Abdullah Ocalan richtet dieses Grußwort an die Partei-Militan-ten und die Arbeiterklasse, an die revolutionar-demokratischen Kräfte der Türkei und an die sozialistischon Krafte der Welt.

diesem großen Tag zur PKK zu

Der Generalsekretar der PKK, Abdullah Ocalan, betoot in seiner Rede, daß die PKK bei ihrem Emtritt in das 7, Jahr im Verhaltnis 20 den vergangenen Jahren reifer neworden und bereit ist, ihre Auf-

#### Die Welt diskutiert über Kurdistan!

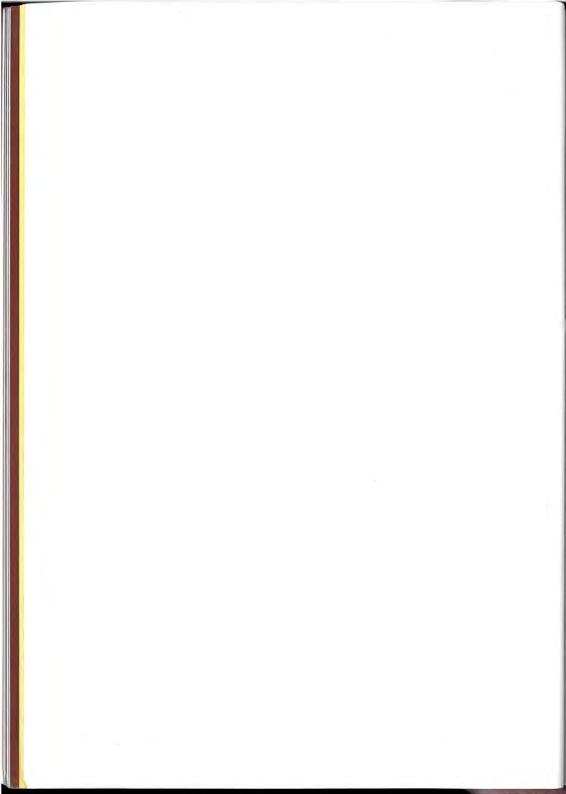
Während die Angriffsaktionen vom 15. August einerseits Wege für die erneute Erhebung des Nationalen Befreiungskampfes Kurdistans und für die ständige Entwicklung rum endgultigen Sieg eröffneten, die Volksmassen in Kurdistan tief berührten und wachrüttelten und ihnen den entschridenden Anstoß gaben, auf dem Fundament der wachsenden Keime der Hoffnung in die Reihen des Kampfes ein-zutreten, sozusagen die erneute Wiederbelebung realisierten. Wiederbelebung realisierten, brachten sie andererseits eine Schockwirkung in der gesamten internationalen Offentlichkeit her-vor. Unter der Einwirkung dieses Schocks richteten sich alle Augen auf Kurdistan und seinen Nationalen Befreiungskampf unter der Führung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Die Rundfunk- und Presseorgane begannen die Entwicklungen aus nächster Nähe zu verfolgen, und gaben, ihrem jeweiligen Charakter entsprechend, verschieden kom-mentierte Veröffentlichungen her-aus. Dieses erwachte Interesse

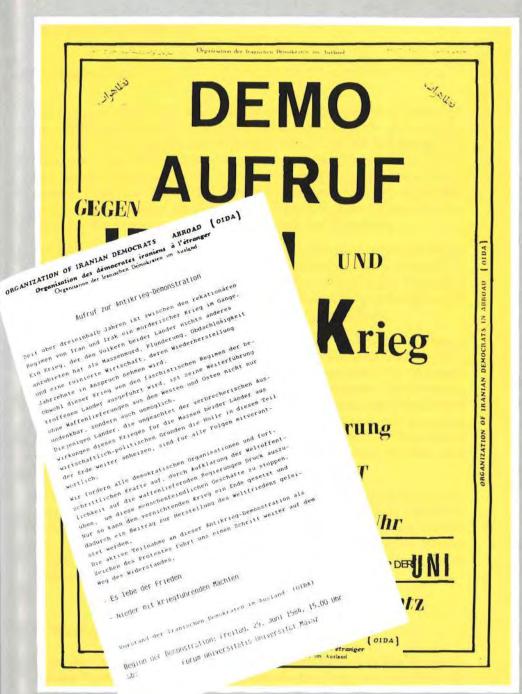
basiert sowohl auf der Tatsache. daß sich die in Vergessenheit geratene Realitat Kurdistans allen Kraften wiederholt und in starkerem Maße aufdrangt und daß der Charakter des Kampfes, den die Bewegung der PKK anführt, die Interessen diverser Krafte unmittelbar beruhrt, als auch darauf, daß die Propaganda nach dem Motto Wir haben die Revolutionare aufnerieben" seitens der kolonial-faschistischen Junta, die die Revohitionare seit 4 Jahren mit grenzenloser Gransamkeit bekampft und sich zum Ziel gesetzt hat, die revolutionare Bewegung bis in thre kleinsten Zellkerne auseinanderzutreiben, ebenfalls Einfluß auf die internationale Offentlichkeit nimmt. Diese Lugenpropaganda. die die kolonial-faschistische Junta mit intensivierter Anstrengung vorfuhrt, um bei ihren Alliierten trauen herzustellen und ihre Maßnahmen als erfolgreich darzustellen, hatte verschiedene Kräfte derartig beeindruckt, daß diese

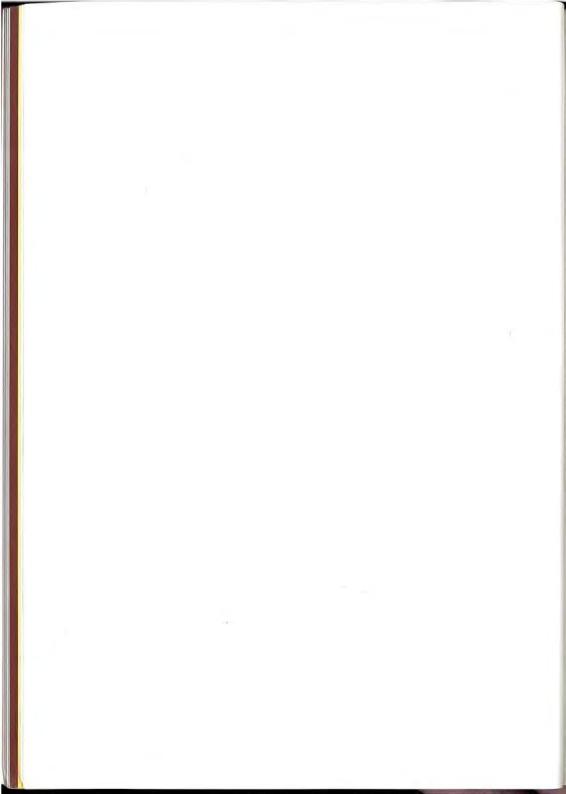
Fortsetrung ouf Scite 7

gaben mit Erfolg zu erfüllen. Er saul, daß in einer Lage, in der ein Land you seiten des turkischer Kolomalismus allen erdenklichen Methoden der Vernichtung ausgesetzt ist und in der die Existenz dieses Landes der Weltoffentlichkeit unbekannt ist, die Entstehung der PKK eine erneute Geburt des kurdischen Volkes bedeutet. Kurdistan, in dem versucht wird, jegliche Organisierung aufzulosen. ist ein Gebiet, auf dem die nationale Befreiung nicht einfach verwirklicht werden kann. Schon beim ersten Schritt, die Hinderpisse and nationaler and internationaler Ehene abzuschaffen. mußten hunderte von PKK-Militanten ihr Leben opfern. Er führt aus, daß der Kampf eines Volkes. dem jegliche Freiheiten und alles genommen wurde, daß dieser Kampf für ein unabhängiges Leben nicht reibungstos zum Erfolg geführt werden kann. Dies sehen wir an den Errignissen in der Welt. Der Generalsekretär der PKK fordert von den Militanten und Volksmassen ein Bewußtsein, das diese Schwierigkeiten erkennt, da aufgrund der spezifi-schen Eigenschaften Kurdistans diese Schwierigkeiten noch gro-

Um die Ziele der Befreiung zu erreichen muß, wie Abdullah Oca-Fortsetzung auf Seite 3







# D. Spionageabwehr

# 1. Allgemeines

Die Spionagetätigkeit der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten gegen die Bundesrepublik Deutschland wurde im Jahre 1984 unvermindert fortgesetzt. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen: Die Bundesrepublik Deutschland ist die Nahtstelle zwischen der Nordatlantik-Pakt-Organisation und dem Warschauer Pakt. Auf ihrem Territorium sind neben der Bundeswehr Streitkräfte der NATO-Partnerstaaten stationiert. Als eine der führenden Industriestaaten der Welt verfügt sie über ein großes Wirtschaftspotential mit einer hochentwickelten Wissenschaft und Forschung.

Die Ausspähungen der gegnerischen Nachrichtendienste waren darauf gerichtet, Informationen über politische Entscheidungsprozesse und militärische Kräfteverhältnisse oder Planungen zu erlangen sowie den Vorsprung des Westens auf wissenschaftlich-technologischem Gebiet aufzuholen und Investitionen für die eigene Wirtschaftsforschung einzusparen.

Wie in den Vorjahren waren die Nachrichtendienste der DDR, die "Hauptverwaltung Aufklärung" (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und die "Verwaltung Aufklärung" (VA) des Ministeriums für Nationale Verteidigung, Hauptträger geheimdienstlicher Aktivitäten. Sie haben gegenüber den Nachrichtendiensten der übrigen Warschauer-Pakt-Staaten den Vorteil, keine Sprachbarrieren überwinden zu müssen, mit Mentalität und Lebensgewohnheiten der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland vertraut zu sein und auf verwandtschaftliche Beziehungen zwischen den Bürgern beider deutscher Staaten aufbauen zu können.

Die Nachrichtendienste haben im politischen System des Kommunismus eine traditionell hohe Bedeutung. Sie sind unverzichtbare Instrumente der Politik der sogenannten friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in der politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit dem ideologischen Gegner. Ihre Mitarbeiter werden als "heldenhafte Kämpfer an der unsichtbaren Front" geehrt.

# 2. Werbung von Agenten

Trotz der Verwendung technischer Aufklärungsmittel sehen sich die gegnerischen Nachrichtendienste gehalten, zur Beschaffung von Informationen Agenten einzusetzen.

Bundesbürger wurden nach wie vor bei Reisen in den kommunistischen Machtbereich angesprochen. Da die gegnerischen Nachrichtendienste am Aufenthaltsgenehmigungsverfahren beteiligt sind und ihnen die Überwachung des Reiseverkehrs obliegt, sind sie in der Lage, für ihre Ziele nützliche Personen auszuwählen, Anbahnungen bis ins einzelne vorzubereiten und ohne eigene Gefährdung durchzuführen. Zu den bevorzugten Zielpersonen zählen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, aber auch Geschäftsreisende und Personen, die ihren Wohnsitz in einem militärstrategisch bedeutsamen Landesteil haben.

Zur Vorbereitung für die Ansprachen schufen die gegnerischen Nachrichtendienste zum Teil bewußt verfängliche Situationen für die Zielpersonen. In Betracht kamen insbesondere Anschuldigungen wegen unerlaubter Ausfuhr von Antiquitäten oder Kunstgegenständen, wegen Einfuhr beim Zoll nicht deklarierter Waren oder wegen illegalen Geldumtausches. Auch nutzten sie verwandtschaftliche Beziehungen zu Personen im kommunistischen Machtbereich aus, indem sie Vorteile, wie Befreiung vom Zwangsumtausch, Einreisebewilligungen oder Aufenthaltsgenehmigungen, versprachen. Oftmals verwandten die Anwerber bei ihren Ansprachen auch Legenden, um den Angesprochenen zunächst über Person und Absichten des Ansprechenden zu täuschen. Hierbei traten sie als Wissenschaftler oder Journalisten auf, die vorgaben, Fachliteratur oder Informationsmaterial zu benötigen, oder sie bedienten sich des Vorwandes, das gleiche Hobby wie der Angesprochene zu haben. Nicht selten behaupteten sie, lediglich über die allgemeine politische Lage Meinungen und Informationen austauschen zu wollen.

Vor allem die Nachrichtendienste der DDR setzten die sogenannten Offiziellen Reisekader bei deren Dienstreisen in die Bundesrepublik Deutschland in besonderer Weise für ihre Zwecke ein. Bei den "Offiziellen Reisekadern" handelt es sich in der Mehrzahl um überzeugte Anhänger der kommunistischen Ideologie, aber auch um Personen, die bei Ablehnung des nachrichtendienstlichen Auftrages um Einschränkung ihrer Westkontakte fürchten. Ihnen oblag die Aufgabe, persönliche Beziehungen zu Zielpersonen aufzubauen oder fortzusetzen, um diese zu einem für Werbungszwecke geeigneten Aufenthalt in der DDR zu bewegen. Bürger der DDR, die den Antrag auf Umsiedlung, zum Beispiel im Wege einer Familienzusammenführung, gestellt hatten oder politische Gefangene unterlagen in einem hohen Maße den Werbungsbemühungen der Nachrichtendienste der DDR.

Unter dem Zwang der persönlichen Situation gingen diese Menschen oft eine nachrichtendienstliche Verpflichtung ein. Ein Großteil offenbarte sich allerdings nach Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland den Sicherheitsbehörden.

Auch alle übrigen östlichen Nachrichtendienste nahmen insbesondere Aussiedlungsbemühungen deutschstämmiger Bürger zum Anlaß für Werbungen. Vielfach wurde die Bewilligung der Ausreise von einer Verpflichtung zur Mitarbeit abhängig gemacht.

# 3. Auftragsschwerpunkte

In Rheinland-Pfalz stand wiederum die Militärspionage aufgrund der Vielzahl militärischer Anlagen und der Konzentration von Streitkräften der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland in einzelnen Landesteilen an erster Stelle. Die gegnerischen Nachrichtendienste interessierten sich für Kasernenanlagen und Raketenbasen, aber auch für alle sonstigen Objekte und Waffensysteme. Die Zahl der Aufklärungsfahrten der bei dem Oberbefehlshaber der französischen Stationierungsstreitkräfte akkreditierten Sowjetischen Militärmission (SMM) in Baden-Baden hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert.

Ferner umfaßten nachrichtendienstliche Aufträge die Lieferung betrieblicher Daten, die Erstellung von Charakteristiken von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und die Ausspähung von Betreuungseinrichtungen für Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR.

# 4. Führung von Agenten

Die Nachrichtendienste der Warschauer-Pakt-Staaten halten die Verbindung zu Agenten hauptsächlich durch persönliche Begegnungen mit deren Führungsoffizieren aufrecht.

Aus Sicherheitsgründen bevorzugen die Nachrichtendienste der DDR Treffen im eigenen Land, vornehmlich in Berlin (Ost). Um eine Enttarnung durch Ostblockreisen zu verhindern, werden besonders qualifizierte Agenten häufig in das neutrale Ausland bestellt. Dagegen sind Treffs in der Bundesrepublik Deutschland selten und setzen in der Regel eine enge Beziehung zwischen Nachrichtendienst und Agent voraus.

Die Agenten der übrigen östlichen Nachrichtendienste wickeln ebenfalls ihre Treffs häufig im Ostblock ab. Nach wie vor werden sie jedoch von Angehörigen "Legaler Residenturen" in den amtlichen und halbamtlichen Vertretungen und Einrichtungen der Staaten des Warschauer Pakts wie Bot-

schaften, Konsulaten, Handelsvertretungen, Militärmissionen, Niederlassungen der Luftfahrtgesellschaften sowie Vertretungen von Presse, Rundfunk und Fernsehen betreut.

Daneben werden "Operative Reisekader" als Instrukteure oder Kuriere eingesetzt. Instrukteure haben den Auftrag der Führungsstelle, dem Agenten Weisungen zu erteilen, ihn fachlich und politisch anzuleiten und beschafftes Informationsmaterial zu übernehmen. Kuriere nehmen erfahrungsgemäß über sogenannte Tote Briefkästen<sup>2</sup> Verbindung mit dem Agenten auf.

Zum Transport von Spionagematerial, Anweisungen und Geld werden Container verwandt, die oftmals in Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens eingebaut sind und dem ungeschultem Auge verborgen bleiben. Die Übersendung von Spionagematerial und die Übermittlung von Nachrichten erfolgen auch über die Post an sogenannte Deckadressen.

Als technische Verbindungsmittel stehen den gegnerischen Nachrichtendiensten Telefon, Radio und Funk zur Verfügung. Die Radiosendungen werden verschlüsselt auf Kurzwelle ausgestrahlt. Der Einsatz von Funk ist in der Regel nur für besondere Situationen gedacht.

Die nachrichtendienstlichen Treffs finden in erster Linie in sogenannten Konspirativen Wohnungen statt. Ferner werden Hotelzimmer und Gaststätten benutzt. Die nachrichtendienstliche Schulung umfaßt u.a. konspiratives Verhalten, Erkennen von Observationen, Geheimschriftverfahren und Mikratfotografie.

## 5. Einzelfälle

Fall 1:

Nachrichtendienstliche Anbahnung mit anschließender Verpflichtung zur Tätigkeit für einen Nachrichtendienst der DDR

Der Kfz.-Schlosser A. wurde während eines Verwandtenbesuchs in der DDR zum Volkspolizeikreisamt vorgeladen. Unverfänglich erkundigte sich sein Gesprächspartner über seine persönlichen Verhältnisse und stellte Fragen zu allgemein-politischen Themen. Man kam überein, das Gespräch fortzusetzen.

Versteck für nachrichtendienstliches Material.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In offiziellen Institutionen getarnte nachrichtendienstliche Stützpunkte.

Bei diesem Treffen erschien sein Gesprächspartner in Begleitung eines Mannes, den er als Kollegen vorstellte. Dieser zeigte Interesse für die Probleme des arbeitslosen A. und bot diesem zur Lösung seiner unbefriedigenden wirtschaftlichen Situation eine Zusammenarbeit an. Es wurde ein weiteres Treffen in Berlin (Ost) vereinbart, zu dem A. den seine Arbeitslosenunterstützung betreffenden Schriftverkehr mitbringen sollte.

In der Folgezeit reiste A. dreimal nach Berlin (Ost), um sich, wie sich zwischenzeitlich herausstellte, mit Mitarbeitern eines Nachrichtendienstes der DDR in Hotelzimmern zu treffen. Ihm wurde jeweils Geld ausgehändigt. Als Gegenleistung übergab er, wie vereinbart, u.a. eine Reihe seine Person betreffender amtlicher Unterlagen und Anschriften weiblicher Bekannten. Bei seiner letzten Reise verpflichtete er sich schriftlich zur Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR. Daraufhin erhielt er einen Decknamen. A. wurde inzwischen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit verurteilt.

#### Fall 2:

## Anbahnungsversuch eines Nachrichtendienstes der DDR

O., die bei den Streitkräften eines NATO-Partnerstaates beschäftigt ist, hielt sich zu einem Verwandtenbesuch in der DDR auf. Kurz nach ihrer Anreise wurde ihre Verwandte von einem angeblichen Kriminalbeamten aufgesucht, der O. sprechen wollte. Da O. zu dieser Zeit nicht anwesend war, vereinbarte er ein Treffen.

Bei diesem Gespräch gab der angebliche Kriminalbeamte zu erkennen, daß er die persönlichen Verhältnisse von O. genau kannte. Er fragte sie über die örtlichen Verhältnisse an ihrer Arbeitsstelle aus und forderte sie auf, ihm Informationen über die Angehörigen der Streitkräfte zu besorgen. Dabei stellte er finanzielle Leistungen in Aussicht. Weiterhin lud er sie zu einem neuen Treffen in die DDR ein.

O. erkannte die Absicht ihres Gesprächspartners und lehnte das Angebot ab. Nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland offenbarte sie den Anbahnungsversuch.

#### Fall 3:

## Aufforderung an einen DDR-Bürger, einen Bekannten aus der Bundesrepublik dem MfS zuzuführen.

M. wurde an seinem Arbeitsplatz in Berlin (Ost) von einem Mitarbeiter des MfS aufgesucht, der Informationen über Personen aus seinem Bekanntenkreis verlangte. Mehrmals traf sich M. mit ihm, da er im anderen Falle berufliche Nachteile befürchtete.

Der MfS-Mitarbeiter forderte M. schließlich auf, im Interesse der DDR und zur "Sicherung des Friedens" für das MfS konkrete Aufgaben zu erledigen. Er sprach ihn auf einen Bekannten aus der Bundesrepublik Deutschland an, den M. während eines Urlaubs in einem Ostblockland kennengelernt hatte.

M. sollte eine Verbindung zu dem Bekannten herstellen, da dieser in der Forschung tätig war. Diesen Auftrag lehnte M. ab. Er gab vor, wegen seines Gesundheitszustandes dazu nicht in der Lage zu sein.

Nach seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland offenbarte er den Sachverhalt.

#### Fall 4:

## Bemühungen des MfS, Häftlinge anzuwerben.

Der Kraftfahrer S. aus der DDR, der nach Verbüßung einer aus politischen Gründen verhängten Freiheitsstrafe in die Bundesrepublik Deutschland entlassen worden war, offenbarte bei seiner Einreise, das MfS habe ihn während seiner Haft für eine geheimdienstliche Tätigkeit anwerben wollen. Als Gegenleistung seien ihm nach seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland Besuchsreisen zu Angehörigen in die DDR angeboten worden. Er habe jedoch abgelehnt.

In der Folgezeit setzte sich S. in der Bundesrepublik Deutschland für Flüchtlinge aus der DDR ein. Anläßlich einer Transitreise nach Berlin (West) wurde er von Mitarbeitern des MfS an einer Autobahnraststätte unter dem Vorwurf festgenommen, Beihilfe zur "Republikflucht" zu leisten. Sie ließen ihn erst wieder frei, nachdem er sich dieses Mal für eine geheimdienstliche Tätigkeit verpflichtet hatte. Er erhielt den Auftrag, eine Organisation, die sich mit Menschenrechtsverletzungen in der DDR befaßt, abzuklären und Personen, die die DDR illegal verlassen wollen, dem MfS zu melden. Das gegen S. wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit eingeleitete Ermittlungsverfahren mußte aus Rechtsgründen eingestellt werden.

# E. Personeller und materieller Geheimschutz sowie personeller Sabotageschutz

Die Darstellung der Aktivitäten östlicher Geheimdienste macht deutlich, daß die Ausspähungsbemühungen der gegnerischen Geheimdienste unvermindert fortbestehen. Es ist deshalb wichtig, nicht nur nachrichtendienstliche Angriffe zu erkennen und abzuwehren, sondern ebenso ihnen von vornherein durch präventive Maßnahmen wirksam zu begegnen. Ein wesentlicher Teil der Spionagebekämpfung besteht daher in der Absicherung der gefährdeten Bereiche durch den personellen und materiellen Geheimschutz. Geheimschutz ist vorbeugende Spionageabwehr. Die vorbeugende Abwehr gilt ebenfalls für den personellen Sabotageschutz.

Der Verfassungsschutz wirkt bei Sicherheitsüberprüfungen von Personen sowie bei technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen anderer Stellen mit. Je vorausschauender der vorbeugende Geheimschutz und der vorbeugende Sabotageschutz arbeiten, desto geringer sind die Gefahren der Ausspähung, des Geheimnisverrats und der Sabotage.

Die Mitwirkungsbefugnis des Verfassungsschutzes ergibt sich beim personellen Geheimschutz aus § 3 Abs. 2 Nr. 1 des Landesverfassungsschutzgesetzes (LVSG)¹ und beim personellen Sabotageschutz aus § 3 Abs. 2 Nr. 2 LVSG. Der personelle Geheimschutz umfaßt die Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können. Hingegen besteht der personelle Sabotageschutz in der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen. Für beide Bereiche regelt sich das Verfahren der Sicherheitsüberprüfungen nach den Sicherheitsrichtlinien vom 30. November 1971.

Im Rahmen des materiellen Geheimschutzes berät der Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 LVSG Behörden beim Ergreifen technischer und organisatorischer Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

Die Aufbewahrung, Verwaltung und Beförderung dieser Verschlußsachen richtet sich in Rheinland-Pfalz im einzelnen nach der aufgrund neuer Er-

Im Anhang abgedruckt.

kenntnisse der Spionageabwehr überarbeiteten Verschlußsachenanweisung (VSA) vom 16. November 1982, die am 1. Dezember 1982 in Kraft getreten ist. Die neue VSA, die in den wesentlichen Teilen mit denen des Bundes und der übrigen Länder übereinstimmt, stellt eine entscheidende Verbesserung des Geheimschutzes dar. Durch Straffung und Präzisierung konnte der mit dem Schutz von Verschlußsachen verbundene Verwaltungsaufwand insgesamt reduziert werden. In enger Zusammenarbeit mit den Geheimschutzbeauftragten der Behörden wurden im Jahre 1984 die zur Beschäftigung mit Verschlußsachen ermächtigten Bediensteten durch Vorträge, Filme, Belehrungen, persönliche Gespräche und Broschüren in Fragen des materiellen Geheimschutzes geschult. Dazu gehörte auch die Unterrichtung über die Arbeitsweise und Absichten der gegnerischen Nachrichtendienste.

Die Mitwirkung des Verfassungsschutzes beim personellen und materiellen Geheimschutz erstreckt sich auch auf Firmen, die vom Bundesminister der Verteidigung zur Durchführung geheimhaltungsbedürftiger Entwicklungen und Fertigungen herangezogen werden und daher verstärkt der Ausforschung durch kommunistische Nachrichtendienste ausgesetzt sind. So wurden auch in Rheinland-Pfalz im Jahre 1984 diese geheimschutzverpflichteten Firmen in Verbindung mit dem Bundesminister für Wirtschaft vom Verfassungsschutz in personellen und materiellen Sicherheitsangelegenheiten betreut.

## F. Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

### Verfassungstreue der Bewerber für den öffentlichen Dienst¹

In Ausprägung des Artikels 33 Abs. 2, 4 und 5 des Grundgesetzes (GG) darf gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes, § 4 Abs. 1 Nr. 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes und § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes Rheinland-Pfalz in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Die Pflicht des Beamten zur Verfassungstreue gehört zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG, hat daher Verfassungsrang und gilt für jedes Beamtenverhältnis, auch für die Beamtenverhältnisse auf Zeit, auf Probe und auf Widerruf. Eine Unterscheidung nach der Art der vom Beamten wahrzunehmenden Funktionen ist hierbei nicht zulässig.

Die politische Treuepflicht fordert die Bereitschaft, sich zum Staat und seiner freiheitlichen demokratischen, rechts- und sozialstaatlichen Ordnung zu bekennen. Dabei bleibt es dem Beamten nicht verwehrt, an Erscheinungen dieses Staates Kritik zu üben und für Änderungen der bestehenden Verhältnisse einzutreten. Unverzichtbar ist aber, daß der Beamte sich hierbei der verfassungsrechtlich zulässigen Mittel bedient, den Staat - ungeachtet seiner Mängel - und die geltende verfassungsrechtliche Ordnung bejaht und aktiv für sie eintritt. Im einzelnen bedeutet dies, daß er sich insbesondere eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanzieren muß, die den Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen oder diffamieren. Auch wer sich aus Gleichgültigkeit, Leichtgläubigkeit, Unerfahrenheit oder Naivität für Zielsetzungen einsetzt oder hierzu mißbrauchen läßt, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren sind, wird der Pflicht zur Verfassungstreue nicht gerecht. Die Bürger müssen darauf vertrauen können, daß staatliche Funktionen nur Beamten anvertraut werden, die ihr Amt im Geist unserer Verfassung führen.

Vgl. BVerfGE 39, 334 ff; BVerwGE 47, 330 ff; BVerwG, NJW 1981, 1386 ff; BVerwG, NJW 1981, 1390 ff; BVerwG, NJW 1981, 1392 ff; BAG, NJW 1976, 1708 ff; BAG, NJW 1978, 69 ff; BAG, NJW 1981, 71 ff; BAG, NJW 1981, 73 ff; BAG, NJW 1983, 779 ff; BAG, NJW 1983, 1812 ff.

Angestellte und Arbeiter sind gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 des Bundesangestelltentarifvertrages und § 9 Abs. 9 Satz 2 des Manteltarifvertrages des Bundes und der Länder ebenfalls zur Verfassungstreue verpflichtet. Die Anforderungen an ihre Treuepflicht ergeben sich aus den ihnen zu übertragenden Funktionen. In einzelnen Fällen oder bei bestimmten Fallgruppen kann sich aus Art und Umfang dieser Funktionen ergeben, daß an die Bewerber dieselben Anforderungen gestellt werden müssen wie an Beamte; das ist zum Beispiel bei einer Lehr- oder Erziehungstätigkeit der Fall.

"Gewähr bieten" bedeutet, daß keine Umstände - feststellbare oder festgestellte äußere Verhaltensweisen des Bewerbers - vorliegen dürfen, die Zweifel an der künftigen Erfüllung der Pflicht zur Verfassungstreue rechtfertigen.

Bestehen Zweifel daran, daß der Bewerber jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt und können diese Zweifel nicht ausgeräumt werden, darf er nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt werden.

Umstände, die Zweifel an der Verfassungstreue begründen können, sind u.a.

1. politische Aktivitäten in einer Partei oder anderen Organisationen, deren Ziele sich gegen die Verfassungsordnung richten,

 hierzu gehören die Kandidatur zu Wahlen für eine solche Partei oder für deren Unterorganisationen sowie die Herausgabe und Verteilung von Flugblättern mit eindeutig der Verfassungsordnung widersprechendem Inhalt -

2. die Mitgliedschaft in einer Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung - auch wenn die Zugehörigkeit zu einer solchen Partei nicht zwingend ein verfassungstreues Verhalten ausschließt, so kann sie doch unter Berücksichtigung der Einzelumstände Schlüsse auf eine mangelnde Gewähr der Verfassungstreue rechtfertigen; Beurteilungskriterien sind neben politischen Aktivitäten u.a. der freiwillige Parteibeitritt, die mit der Parteizugehörigkeit verbundene Verpflichtung zu aktiver politischer Mitarbeit für die Ziele der Partei (Kaderpartei), die fehlende Distanzierung von den verfassungsfeindlichen Zielen der Partei und die Fortsetzung der Mitgliedschaft.

Hierbei ist nicht entscheidend, ob bei der Partei die Voraussetzungen für ein Verbot nach Art. 21 Abs. 2 GG vorliegen oder bereits die Verfassungswidrigkeit durch das Bundesverfassungsgericht festgestellt ist.

## 2. Mitwirkung des Verfassungsschutzes bei der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst

In Rheinland-Pfalz erteilt der Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 3 Satz 1 LVSG auf schriftliche Anfrage von Behörden, denen die Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst obliegt, nach pflichtgemäßem Ermessen Auskunft aus bereits vorhandenen Unterlagen. Solche Erkenntnisse werden aufgrund des gesetzlichen Auftrages nach § 3 Abs. 1 LSVG zur Beobachtung verfassungs- und sicherheitsgefährdender Bestrebungen gesammelt. Gesonderte Ermittlungen wegen oder anläßlich einer Einstellung in den öffentlichen Dienst führt der Verfassungsschutz nicht durch. Die Auskunft wird nach § 3 Abs. 3 Satz 2 LVSG auf die gerichtsverwertbaren Tatsachen beschränkt, die Zweifel daran begründen können, daß der Bewerber jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird. Erkenntnisse, die mehrere Jahre zurückliegen oder sich auf Aktivitäten vor Vollendung des 18. Lebensjahres des Bewerbers beziehen, werden nur mitgeteilt, wenn sie entweder als Teil einer fortgesetzten Entwicklung noch von Bedeutung sind oder wenn sie nach Art und Schwere nicht den "Jugendsünden" zugerechnet werden können. Der Verfassungsschutz gibt keine Empfehlung ab. Die Einstellungsbehörde entscheidet nach der Anhörung des Bewerbers selbständig über das Einstellungsgesuch. Von der beabsichtigten Ablehnung eines Bewerbers wird der zuständige Minister oder sein Vertreter unterrichtet. Das Verfahren ist im Rundschreiben der Landesregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst vom 5. Dezember 1972 in der Fassung vom 23. Oktober 1979<sup>1</sup> näher geregelt. Es garantiert ein Höchstmaß an Rechtsstaatlichkeit. Von den 7 645 Anfragen der Einstellungsbehörden aus dem Jahre 1984 teilte der Verfassungsschutz in 18 Fällen Erkenntnisse mit; hierbei trafen die Einstellungsbehörden 2 ablehnende Entscheidungen.

## 3. Verfassungstreue der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst<sup>2</sup>

Gemäß § 52 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes, § 35 Abs. 1 Satz 3 des Beamtenrechtsrahmengesetzes und § 63 Abs. 1 Satz 3 des Landesbeamtengesetzes Rheinland-Pfalz ist der Beamte verpflichtet, sich durch sein gesamtes

1 Im Anhang abgedruckt.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Vgl. BVerfGE 39, 334 ff; BVerwG, NJW 1982, 779 ff - sogenanntes Peter-Urteil -; BVerwG, NJW 1984, 813 ff; BVerWG, DVBl. 1984, 955 ff - sogenanntes Meister-Urteil -; BAG, NJW 1976, 1708 ff; BAG, NJW 1978, 69 ff.

Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. Aus dem Gesetzeswortlaut "gesamtes Verhalten" ergibt sich, daß es sich bei der politischen Treuepflicht um eine beamtenrechtliche Kernpflicht handelt. Beamtenrechtliche Kernpflichten können auch zeitlich und örtlich außerhalb des Dienstes verletzt werden. Es kommt auf den sachlichen Zusammenhang an.

Während bei einem Bewerber Zweifel der Einstellungsbehörde an seiner Verfassungstreue zur Ablehnung der Einstellung genügen, bedarf es bei einem Beamten des Nachweises eines Dienstvergehens, einer schuldhaften Verletzung der politischen Treuepflicht nach § 77 Abs. 1 Satz 1 des Bundesbeamtengesetzes, § 45 Abs. 1 Satz 1 des Beamtenrechtsrahmengesetzes und § 85 Abs. 1 Satz 1 des Landesbeamtengesetzes Rheinland-Pfalz.

Bei Lebenszeitbeamten sind in diesem Fall Maßnahmen nach der Bundesdisziplinarordnung bzw. nach dem Dienstordnungsgesetz Rheinland-Pfalz zu treffen; dies bedeutet regelmäßig die Entfernung aus dem Dienst. Gegen Beamte auf Probe und auf Widerruf findet ein förmliches Dienstordnungsverfahren nicht statt; bei ihnen kommt anstelle einer Entfernung aus dem Dienst eine Entlassung in Betracht.

Dabei entlastet den Beamten sein Vorbringen nicht, er halte bis zu einem etwaigen Verbot der Partei seine aktive Mitgliedschaft in ihr für rechtmäßig. Zumindest seit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975¹, von dessen Inhalt eine breite Öffentlichkeit über die Publikationswege Kenntnis erhalten hat, fehlt einem Beamten, der einer nicht verbotenen Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung angehört, nicht das Unrechtsbewußtsein hinsichtlich der Aktivitäten für seine Organisation. Denn nach den Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts schützt das sogenannte Parteienprivileg nach Art. 21 GG ihn nicht vor Disziplinarmaßnahmen wegen seines Eintretens für eine Partei mit Zielen, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind. Ein Beamter, der ungeachtet etwaiger Disziplinarmaßnahmen sein Wirken für die Partei fortsetzen will, verletzt beharrlich die politische Treuepflicht und ist daher für den Staat untragbar.

Auch bei Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes kommt es nicht auf die Besorgnis an der künftigen Erfüllung der Verfassungstreuepflicht, sondern auf eine konkrete Arbeitsvertragsverletzung an. Erst diese berechtigt, die Auflösung des Arbeitsverhältnisses zu erwägen.

<sup>1</sup> Vgl. BVerfGE 39, 334 (357 ff).

# Im öffentlichen Dienst von Rheinland-Pfalz beschäftigte Linksextremisten

Stand: Dezember 1984

	Arbeiter	Angestellte	Beamte	insgesamt
unmittelbarer Landesdienst	2	7	13	22
Kommunaldienst	2	20	2	24
Dienst in sonstigen öffentlichen Ein- richtungen	÷	3	0.00	3
insgesamt	4	30	15	49

# Im öffentlichen Dienst von Rheinland-Pfalz beschäftigte Rechtsextremisten

Stand: Dezember 1984

	Arbeiter	Angestellte	Beamte	insgesamt
unmittelbarer Landesdienst	-	Tay 1	1	1)
Kommunaldienst		1	-	1
Dienst in sonstigen öffentlichen Ein- richtungen	-	1-3	-	-
insgesamt	-	1	1	2

## Zum Vergleich:

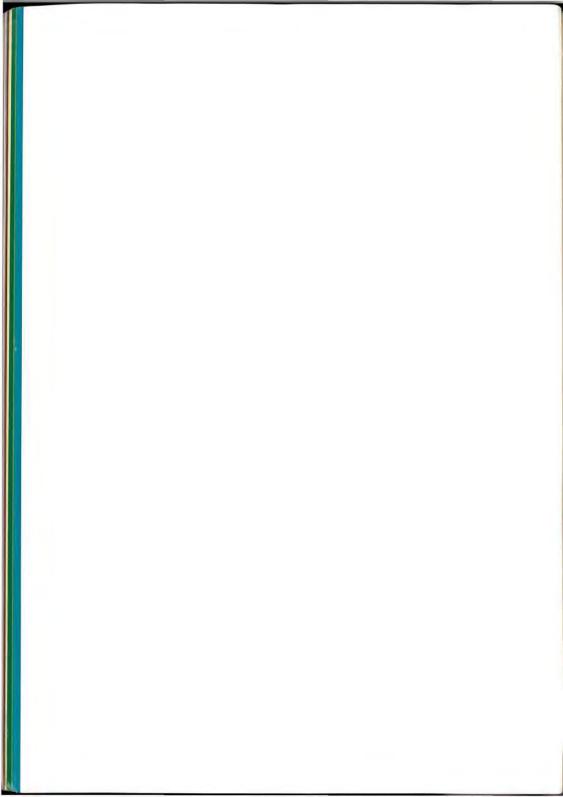
## Extremisten im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland

Stand: Dezember 19841

	Rechtsextremisten	Linksextremisten	
Bundesebene <sup>2</sup>	111	221	
Landesebene	91	1473	
Kommunalebene	54	526	
insgesamt	256	2220	

Vgl. Verfassungsschutzbericht 1984 des Bundes.
 Ohne Wehrpflichtige.

## G. Anhang



## Rechtliche Grundlagen

## 1. Grundgesetz

Art. 73 Nr. 10 Buchst. b und c

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ...

10. die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder ...

 b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und

c) zum Schutz gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

(1)... Durch Bundesgesetz können ... Zentralstellen ... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

2. Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Verfassungsschutzänderungsgesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382)

\$1

- (1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.
- (2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

\$2

- (1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.
- (2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

53

- (1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über
- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben.

- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
- Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.
- (2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit.
- bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

 bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,

- bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.
- (3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.
- (4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

#### \$4

- (1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.
- (2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.
- (3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

#### \$5

- (1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.
- (2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

3. Landesgesetz über den Verfassungsschutz in Rheinland-Pfalz (Landesverfassungsschutzgesetz - LVSG -) vom 23. Januar 1975 (GVBl. S. 33), geändert durch Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über den Verfassungsschutz in Rheinland-Pfalz vom 21. Dezember 1978 (GVBl. S. 769)

#### 61

#### Zweck des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder.

#### 62

#### Zuständige Behörde

- (1) Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes werden vom Ministerium des Innern wahrgenommen.
- (2) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern tätig werden.

#### 53

#### Aufgaben des Verfassungsschutzes

- (1) Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über
- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes für eine fremde Macht,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.
- (2) Der Verfassungsschutz wirkt mit
- bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
- 2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
- bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Der Verfassungsschutz erteilt auf Anfrage von Behörden, denen die Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst obliegt, nach pflichtgemäßem Ermessen Auskunft aus vorhandenen Unterlagen gemäß Absatz 1. Die Auskunft ist auf solche gerichtsverwertbaren Tatsachen zu beschränken, die Zweifel daran begründen können, daß der Bewerber jederzeit für die freiheitliche, demokratische Grundordnung eintreten wird.

#### \$4

#### Befugnisse des Verfassungsschutzes

- (1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1, ist der Verfassungsschutz berechtigt, bei der Erfüllung seiner Aufgaben die nach pflichtgemäßem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen und dabei nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden.
- (2) Der Verfassungsschutz kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist, von den Behörden des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.
- (3) Dem Verfassungsschutz und seinen Angehörigen stehen polizeiliche Befugnisse nicht zu.

#### \$5

#### Verpflichtung zur Amtshilfe und Auskunftserteilung

Die Behörden des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände, der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts und die Gerichte des Landes leisten dem Verfassungsschutz Rechts- und Amtshilfe. Darüber hinaus übermitteln sie unaufgefordert dem Verfassungsschutz alle Auskünfte, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1, die ihnen bekannt werden.

#### 56

#### Weitergabe von Erkenntnissen an Dritte

Der Verfassungsschutz kann seine Erkenntnisse auch an andere als staatliche Stellen weitergeben, soweit dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder erforderlich ist.

#### \$7

#### Parlamentarische Kontrolle

- (1) Zur Kontrolle des Ministers des Innern hinsichtlich der Tätigkeit des Verfassungsschutzes bildet der Landtag zu Beginn jeder Wahlperiode eine Parlamentarische Kontrollkommission. Die Rechte des Landtags, seiner Ausschüsse und der Kommission aufgrund des Landesgesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz bleiben unberührt.
- (2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus drei Mitgliedern, die vom Landtag aus seiner Mitte mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Die Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung.

- (3) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder der Kommission sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Kommission bekannt werden. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden.
- (4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Kontrollkommission ausscheidet.

#### \$7a

#### Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission

- (1) Der Minister des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission mindestens zweimal jährlich umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Verfassungsschutzes und über Vorgänge von besonderer Bedeutung.
- (2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung des Ministers des Innern bestimmt.
- (3) Jedes Mitglied kann den Zusammentritt und die Unterrichtung der Kontrollkommission verlangen.

#### 58

#### Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

#### Rundschreiben der Landesregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

RdSchr. d. MdI v. 5.12.1972 (MinBl. 1973, Sp. 41), geändert durch RdSchr. v. 23.10.1979 (MinBl. S. 413)

- Die Regierungschefs des Bundes und der Länder haben am 28. Januar 1972 folgenden Beschluß gefaßt:
  - "1. Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern

darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt;

sind Beamte verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen.

Es handelt sich hierbei um zwingende Vorschriften.

 Jeder Einzelfall muß für sich geprüft und entschieden werden. Von folgenden Grundsätzen ist dabei auszugehen:

#### 2.1 Bewerber

- 2.1.1 Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt.
- 2.1.2 Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Einstellungsantrages.

#### 2.2 Beamte

Erfüllt ein Beamter durch Handlungen oder wegen seiner Mitgliedschaft in einer Organisation verfassungsfeindlicher Zielsetzung die Anforderungen des § 35 Beamtenrechtsrahmengesetz nicht, aufgrund derer er verpflichtet ist, sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten, so hat der Dienstherr aufgrund des jeweils ermittelten Sachverhaltes die gebotenen Konsequenzen zu ziehen und insbesondere zu prüfen, ob die Entfernung des Beamten aus dem Dienst anzustreben ist.

- Für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst gelten entsprechend den jeweiligen tarifvertraglichen Bestimmungen dieselben Grundsätze."
- Zur Durchführung des Beschlusses der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 28. Januar 1972 wird folgendes bestimmt:
  - 2.1 Vor der Einstellung eines Bewerbers in den öffentlichen Dienst haben die Einstellungsbehörden zunächst beim Ministerium des Innern und für Sport unter Angabe der Wohnanschriften des Bewerbers mindestens aus den letzten 5 Jahren anzufragen, ob Tatsachen bekannt sind, die Bedenken gegen die Einstellung begründen. Es ist erst dann anzufragen, wenn der Bewerber für die Einstellung in die engere Wahl kommt. Bei Bewerbern, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wird von einer Anfragen abgesehen; soweit bei ihrer Einstellung nach besonderen Vorschriften eine Sicherheitsüberprüfung stattzufinden hat, bleiben diese Vorschriften unberührt. Die Anfrage erfolgt bei Bewerbern, die im öffentlichen Dienst ausgebildet worden sind und deren Weiterbeschäftigung im Landesdienst beabsichtigt ist, nach Abschluß der Ausbildung und bei Bewerbern, die keine Ausbildung ableisten, nach Vollendung des 18. Lebensjahres.

Das Ministerium des Innern und für Sport ist verpflichtet, Anfragen dieser Art unverzüglich zu beantworten. Die Auskünfte sind auf Tatsachen zu beschränken, die gerichtsverwertbar sind.

2.2 Beabsichtigt die Einstellungsbehörde, nach Eingang der Auskunft des Ministeriums des Innern und für Sport den Bewerber einzustellen, so ist der Bewerber vor der Entscheidung über die Einstellung zunächst schriftlich zu belehren. Diese Belehrung kann dem Bewerber auch mit der Einstellungszusage übersandt werden. Der Bewerber hat vor seiner Einstellung die Belehrung zu bestätigen und dazu eine Erklärung zu unterschreiben. Die Erklärung ist zu den Personalakten zu nehmen.

2.3 Bestehen aufgrund der vom Ministerium des Innern und für Sport mitgeteilten oder anderweitig bekanntgewordenen Tatsachen oder wegen der Weigerung des Bewerbers, die vorbezeichnete Erklärung zu unterschreiben, Zweifel daran, daß der Bewerber jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt und können diese Zweifel nicht ausgeräumt werden, darf er nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt werden. Der zuständige Minister oder sein Vertreter ist vor der beabsichtigten Ablehnung eines Bewerbers zu unterrichten.

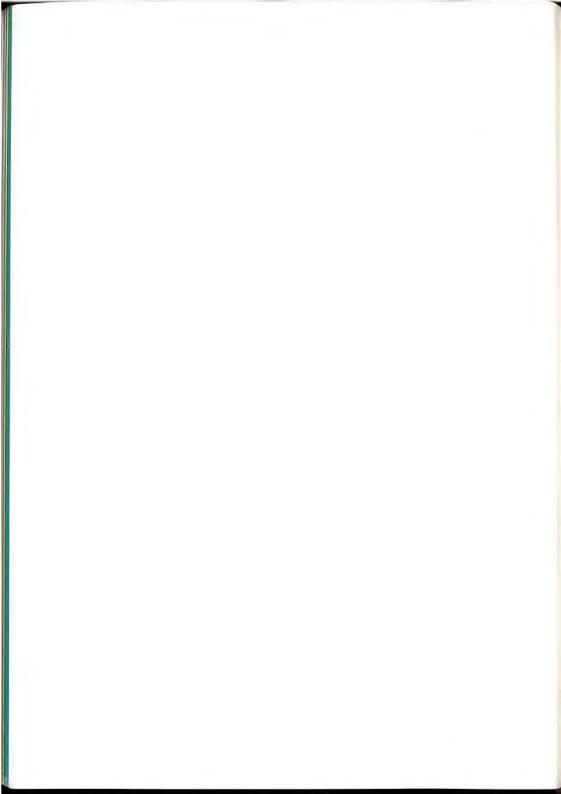
Die Verfassungstreue ist auch bei Angestellten und Arbeitern Voraussetzung für die Einstellung in den öffentlichen Dienst. Die Anforderungen an die Treuepflicht der Angestellten und Arbeiter ergeben sich aus den ihnen zu übertragenden Funktionen. In einzelnen Fällen oder bei Fallgruppen kann sich aus Art und Umfang der zu übertragenden Funktion ergeben, daß an die Bewerber dieselben Anforderungen gestellt werden müssen wie an Beamte; das ist z.B. bei einer Lehr- oder Erziehungstätigkeit der Fall.

2.4 Die Entscheidung, durch die eine Einstellung in den öffentlichen Dienst aus den unter 2.3 genannten Gründen abgelehnt wird, ist dem Bewerber schriftlich unter Darlegung der Gründe mitzuteilen. Betrifft sie die Übernahme in ein Beamten- oder Richterverhältnis, so muß sie außerdem eine Rechtsmittelbelehrung enthalten.

#### 2.5 Im öffentlichen Dienst Beschäftigte

Besteht der Verdacht, daß ein Angehöriger des öffentlichen Dienstes gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstößt, unterrichtet seine Dienststelle das Ministerium des Innern und für Sport und prüft, ob ein Dienstordnungsverfahren bzw. ein außerordentliches Kündigungsverfahren einzuleiten ist.

- Soweit nach besonderen Vorschriften eine Sicherheitsüberprüfung bei der Einstellung erfolgt, entfällt die Einstellungsüberprüfung nach 2.1.
- Diese Richtlinien gelten für alle staatlichen Behörden des Landes. Den kommunalen Gebietskörperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.



## **ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS**

AB - Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

ADÜTDF - Föderation der Türkisch-Demokratisch Idealistenvereine

in Europa e.V.

ANS/NA - Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten

AKON - Aktion deutsche Einheit e.V.

ARF - Aktion deutsches Radio und Fernsehen

BI-DAP - Bürgerinitiative - Deutsche Arbeiterpartei

BWK - Bund Westdeutscher Kommunisten

DA - Deutscher Anzeiger

DFG-VK - Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienst-

gegner

DFU - Deutsche Friedens-Union

DKEG - Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes

DKP - Deutsche Kommunistische Partei
DNZ - Deutsche National-Zeitung

DVR - Deutsches Vereinigtes Reich e.V.

DVU - Deutsche Volksunion e.V.

ER - Ehrenbund Rudel - Gemeinschaft zum Schutz der

Frontsoldaten

FAP - Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei

FEYKA-

Kurdistan - Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereini-

gungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

FIDEF - Förderation der Arbeitervereine der Türkei in der

Bundesrepublik Deutschland e.V.

GAD - Grüne Aktion Deutschland -

Landesverband Rheinland-Pfalz

GIM - Gruppe Internationale Marxisten

HNG - Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene

und deren Angehörige e.V.

HVA - Hauptverwaltung Aufklärung

I.d.I. - Initiative deutscher Interessen e.V.I.f.A - Initiative für Ausländerbegrenzung

JN - Junge Nationaldemokraten

JP - Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation

KB - Kommunistischer Bund

KBW - Kommunistischer Bund Westdeutschland

KFAZ
- Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit
KOMKAR
- Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der

Bundesrepublik Deutschland e.V.

KPD - Kommunistische Partei Deutschlands (im Jahre 1956 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt)

KPD - Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten

MAZ - Marxistische Arbeiterzeitung MfS - Ministerium für Staatssicherheit

MG - Marxistische Gruppe

MHP - Partei der Nationalen Bewegung

MLPD - Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MLSV - Marxistisch-Leninistischer Schüler- und

Studentenverband

MSB Spartakus- Marxistischer Studentenbund Spartakus

MSP - Nationale Heilspartei

MSZ - Marxistische Studentenzeitung

NPD - Nationaldemokratische Partei Deutschlands

NVF - Nationale Volksfront

OIDA - Organisation Iranischer Demokraten im Ausland

PKK - Arbeiterpartei Kurdistan

RAF - Rote Armee Fraktion RZ - Revolutionäre Zellen

SDAJ - Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend SEW - Sozialistische Einheitspartei Westberlins

SHB - Sozialistischer Hochschulbund SMM - Sowjetische Militärmission

SRP - Sozialistischer Bund Reichstreuer Patrioten

SVP - Soziale Vaterländische Partei

UZ - Unsere Zeit

VA - Verwaltung Aufklärung
VDR - Verein zur Förderung der Wiederherstellung der Einheit

Deutschlands und des deutschen Volkes in Frieden und

Gleichheit vor allen Völkern e.V.

VOGA - Volksbewegung für Generalamnestie

VVN-BdA - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund

der Antifaschisten

WC - Bundesrepublikanisch-jüdischer

Wiedergutmachungs-Club

